B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung 132

Neudruck 1993

Deutsche und Tschechen

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Vorbemerkung . . . 1

Das Nationalitätenproblem in Böhmen und Mähren bis 1918 . . . 2
- Der Beginn nationalstaatlicher Bestrebungen . . . 2
- Die Nationalitätenfrage in der Paulskirche . . . 2
- Das Anwachsen des tschechischen Selbstbewußtseins . . . 2
- Auswirkungen des Volkstumskampfes bis 1918 . . . 3
- Die tschechische Exilpolitik während des Ersten Weltkrieges . . . 4
- Die Entscheidungen der Friedenskonferenz 1919 . . . 4

Das sudetendeutsche Problem von 1919/20 bis 1933 . . . 6
- Die Verfassung der Tschechoslowakei . . . 6
- Die Lage der Deutschen im tschechoslowakischen Staat . . . 6
- Der Zusammenschluß der Deutschen . . . 7

Die Jahre von 1933 bis 1937 . . . 8
- Die tschechoslowakische Innenpolitik . . . 8
- Die außenpolitische Entwicklung . . . 9

1938 – das entscheidende Jahr . . . 10
- Vom Anschluß Österreichs bis zur Maikrise . . . 10
- Von der Wochenendkrise bis zum 19./20. 9. 1938 . . . 12
- Vom 21. 9. 1938 bis München . . . 15

Die Konferenz in München . . . 16
- Die Eingliederung des Sudetenlandes . . . 18
- Anpassung in der ČSR . . . 19
- Hitlers Politik gegenüber der „Rest-Tschechei" . . . 20
- Die Slowakei erklärt sich für unabhängig . . . 20
- Der Marsch nach Prag . . . 20

Das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" . . . 21
- Die politische und wirtschaftliche Entwicklung . . . 21
- Die nationalsozialistische Zielsetzung . . . 22
- Der tschechische Widerstand . . . 24
- Heydrich und Lidice . . . 24
- Das Ende des Protektorats . . . 25

Das zweite tschechoslowakische Exil . . . 25
- Benešs Plan . . . 25
- Erste Kontakte mit sudetendeutschen Emigranten . . . 26
- Die Rekonstituierung der ČSR . . . 26
- Die Entwicklung des „Transfer"-Konzeptes . . . 27
- Die Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokraten . . . 28

Der „Transfer" der Sudetendeutschen 1945–1946 . . . 28
- Das Kriegsende und der Beginn des Terrors gegen die Deutschen . . . 28
- Der Ablauf der Vertreibung . . . 30
- Die kommunistische Machtübernahme . . . 30
- Die kommunistische Unterwanderung des Staates . . . 30
- Der Prager Staatsstreich . . . 32

Die Volksdemokratie . . . 34
- Die Folgen des kommunistischen Umsturzes . . . 34
- Die innere Entwicklung von Gottwald bis Novotný . . . 36

Der „Prager Frühling" . . . 38
- Die wirtschaftliche und politische Lage am Vorabend des „Prager Frühlings" . . . 38
- Demokratisierungsversuche unter Dubček . . . 39
- Das Ende des „Prager Frühlings" . . . 42

Von der Erneuerung der Diktatur bis zur „samtenen Revolution" . . . 44
- Die Sicherung der kommunistischen Herrschaft . . . 44
- Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung: „Charta 77" und die Folgen . . . 45
- Vom Zerfall der kommunistischen Macht bis zum Sieg der Demokratiebewegung . . . 46

Von der Föderalisierung bis zur Spaltung der Tschechoslowakei . . . 50
- Die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft . . . 50
- Die Spaltung der ČSFR . . . 51

Die Sudetendeutschen nach 1945 . . . 53
- Die Aufnahme . . . 53
- Gesellschaftliche Eingliederung . . . 53
- Die Sudetendeutschen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland . . . 53
- Die Entwicklung bis zum 1. Prager Vertrag von 1973 . . . 54
- Von 1973 bis zur „samtenen Revolution" 1989 . . . 55
- Die neueste Entwicklung . . . 55

Literaturhinweise . . . 56

Vorbemerkung

Die *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 132 mit dem Titel „Deutsche und Tschechen 1848–1948" erschienen erstmals Anfang 1969, wenige Monate nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR. Der „Prager Frühling" war weltweit auf große Zustimmung gestoßen und hatte die Hoffnung auf eine Wandlung des kommunistischen Systems hin zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" beflügelt. Auf seine brutale Niederschlagung durch die Truppen des Warschauer Paktes reagierte die Welt mit Entrüstung und tiefer Enttäuschung. In der Bundesrepublik Deutschland hatten die Ereignisse des Jahres 1968 die Anteilnahme an dem Schicksal und der Geschichte der Tschechen und Slowaken außerordentlich gesteigert. Die Ausgabe der Informationen zur politischen Bildung zum deutsch-tschechischen Verhältnis stieß daher auf großes Interesse.

Fast ein Vierteljahrhundert später ist nach den weltpolitischen Wandlungen des Jahres 1989 auch ein neues Kapitel in den Beziehungen der beiden Völker aufgeschlagen worden. Für die Neuauflage ist der Text der damaligen Auflage leicht gekürzt worden. Ergänzend hinzugekommen ist eine Geschichte der Tschechoslowakei von der Wiederbegründung der „Tschechoslowakischen Republik" (ČSR) 1945 über die „Tschechoslowakische Sozialistische Republik" (ČSSR) 1960, die „Tschechische und Slowakische Föderative Republik" (ČSFR) 1990 bis zur Trennung in eine „Tschechische Republik" (ČR) und „Slowakische Republik" (SR) zum 1. Januar 1993. Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen waren bis 1989 durch den Ost-West-Gegensatz gekennzeichnet, der Tschechen und Slowaken und die Westdeutschen in feindliche Lager zwang, wenn auch 1973 der Versuch unternommen worden war, das Verhältnis durch den Vertrag von Prag zu normalisieren.

Die Umwälzungen von 1989 haben Deutsche und Tschechen wieder und auf neue Weise zusammengebracht. Die Tschechen sind wie die anderen Völker Ostmitteleuropas und Osteuropas nach Europa zurückgekehrt. Der damalige tschechoslowakische und heutige tschechische Staatspräsident Václav Havel gab in seiner Begrüßungsrede für Bundespräsident Richard v. Weizsäcker bei dessen Besuch in Prag am 15. 3. 1990, dem 51. Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in die Tschechoslowakei, den Hoffnungen beider Völker Ausdruck: „Ich glaube, wir erleben einen wichtigen Tag. Er ist wichtig in vielerlei Hinsicht. Vor allem könnte er der Beginn eines neuen Aktes in dem tausendjährigen tschechisch-deutschen Drama sein, in dem sich dauerhaft und unauflöslich die Motive der Spannung, des Streits und des Kampfes mit denjenigen des fruchtbaren Zusammenlebens und tiefer gegenseitiger Beeinflussung verbanden. In diesem neuen Akt könnte endlich die zweite Gruppe der Motive – nach den bitteren Erfahrungen der Neuzeit – die erste überwiegen.

Die Zeit ist nämlich reif, uns endlich mit freundschaftlichem Lächeln und der Gewißheit die Hand zu reichen, daß wir einander nicht mehr fürchten müssen, weil uns die gemeinsame und teuer bezahlte Achtung vor dem Menschenleben, den Menschenrechten, den Bürger-Freiheiten und dem allgemeinen Frieden verbindet. Dieser gemeinsame Ausgangspunkt öffnet große Horizonte möglicher Zusammenarbeit: Wir können uns gemeinsam bemühen um ein demokratisches Europa, das der Welt nicht Krieg gibt, sondern Toleranz ausstrahlt, um ein Europa, das an seine besten kulturellen Traditionen anknüpft.

Die Beziehung Deutschlands zur Familie der europäischen Völker und die Beziehung dieser Familie zu Deutschland ist traditionell – schon im Hinblick auf seine Größe, Stärke und zentrale Stellung – das wichtigste Element der europäischen Stabilität."

Stadtansicht von Prag aus dem Jahre 1894.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Das Nationalitätenproblem in Böhmen und Mähren bis 1918

Der Beginn nationalstaatlicher Bestrebungen

Die Geschichte deutsch-tschechischer Beziehungen in Böhmen und Mähren beginnt mit dem Erwachen des Nationalbewußtseins in beiden Völkern, das das Ende eines jahrhundertelangen gemeinsamen Schicksals im Habsburgerreich einleitete.

Ende des 18. Jahrhunderts griffen die vom Rationalismus und von der Aufklärung entwickelten politischen Ideen – Gewährung und Sicherung der Grund- und Menschenrechte für den einzelnen, Mitwirkung der Bürger in einem freiheitlich gestalteten staatlichen Leben – sowie das in den USA und Frankreich vorgelebte Beispiel für die Schaffung eines modernen, das heißt liberalen und demokratischen Nationalstaates auch auf die Völker Mittel- und Osteuropas über. Es war für die weitere Entwicklung entscheidend, daß dabei diese nationalstaatliche Idee nicht einfach übernommen wurde. Von der herderschen Volksgeistlehre ausgehend prägten die deutschen Romantiker eine spezifische Vorstellung vom Nationalstaat, die künftig für die mittel- und osteuropäischen Völker maßgeblich werden sollte. Zum Unterschied von der westeuropäisch-angloamerikanischen Definition war danach nicht der Wille der einzelnen Bürger zur Identifizierung mit dem Staat ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zu einer Nation; darüber entschied vielmehr das Hineingeborensein in eine Volksgemeinschaft, deren geistige Gemeinsamkeit sich in der gleichen Sprache ausdrückte.

In der Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft hatten die Weckung des politischen Bewußtseins und das Verlangen nach nationaler Selbstverwirklichung starke Impulse empfangen. Das Erlebnis des von allen Stämmen geführten Befreiungskampfes ließ die Hoffnung aufkommen, nach dem gemeinsam errungenen Sieg werde das System monarchischer, zum Teil übernationaler Territorialstaaten abgelöst durch ein Gefüge demokratisch gestalteter Nationalstaaten. Der Wiener Kongreß machte diese Erwartungen zunichte. Es begann die ein Jahrhundert währende Auseinandersetzung zwischen den restaurativen, die fürstenstaatliche Ordnung verteidigenden Kräften und den Anhängern des demokratischen Nationalstaates.

Zu dieser Spaltung der Untertanenschaft kam im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn als zusätzliche Komplikation die Frage, auf welche Weise Grenzen gefunden werden könnten, die das Nationalbewußtsein saturierten.

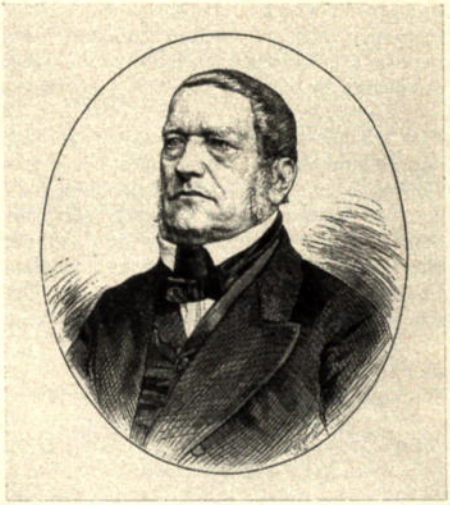
Die Nationalitätenfrage in der Paulskirche

Die erste deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte, versuchte dem nationalstaatlichen Gedanken zu genügen. Sie nahm in den Deutschen Bund, zu dem Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien gehörten und aus dem das föderativ gestaltete Deutsche Reich geschaffen werden sollte, die überwiegend deutschen Gebiete von West- und Ostpreußen sowie einen Teil der Provinz Posen auf (siehe Karte „Deutscher Bund 1815–1866", Seite 3).

Für die fremdsprachigen Volksteile, insbesondere Polen und Tschechen, sah der § 188 der Verfassung „Gleichberechtigung ihrer Sprache ..., in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege" vor. Diese Lösung stieß auf den Widerspruch Wiens, das die Aufnahme des habsburgischen Gesamtreiches verlangte. Aus Böhmen kam ein anderes Konzept: Unter Berufung auf das historische „Böhmische Staatsrecht" planten deutsche und tschechische Bewohner Böhmens, aus den Gebieten der ehemaligen Wenzelskrone einen Staat böhmischer Nationalität zu schaffen. Als unter der Führung des Historikers František Palacký eine tschechische Gruppe versuchte, sich die Führungsrolle in diesem Staat zu sichern, organisierten sich auch die Deutschen, um ihre nationalen Interessen zu wahren („Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Schutze ihrer Nationalität", „Konstitutioneller Verein von Teplitz" etc.). 1848/49 wurde der nationale Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen politisch relevant. Da weder die Frankfurter Verfassung noch die folgenden Planungen des österreichischen Reichstags (Wien und Kremsier: Beibehaltung der Außengrenzen, aber innere Gliederung nach nationalen Wohngebieten und damit Spracheinheiten) verwirklicht wurden, blieb das Problem bestehen. Das bisherige gemeinsame Bewußtsein, innerhalb der Habsburger Monarchie „Böhme" gleichgültig welcher Sprache zu sein, wurde abgelöst vom verpflichtenden Gefühl, sich zu „seiner" Nation bekennen zu sollen. Hinzu kam der durch Verwaltungsmaßnahmen (Registrierung der Umgangssprachen) gegebene Zwang, sich zu einer Sprache bekennen zu müssen. Wesentlich war dabei noch, daß deutscherseits die Neigung zur Beibehaltung der habsburgischen Monarchie – die man sich modernisiert wünschte – stärker war als der Wunsch, die deutschen Gebiete von Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien in ein deutsches Reich einzugliedern.

Das Anwachsen des tschechischen Selbstbewußtseins

In der Folgezeit traten soziale Veränderungen ein: Die Bauernbefreiung steigerte das Selbstbewußtsein der nun freien tschechischen Bauern. Die Abwanderung der ärmeren Schichten in die durch das Angebot von Industriearbeitsplätzen noch attraktiver gewordenen Städte ließ den tschechischen Bevölkerungsanteil dort anwachsen (Prag 1847: 64 % Deutsche – 1857: 44 % – 1880: 20 %). Trotzdem blieb, solange Österreich durch seine Zugehörigkeit zum Deutschen Bund eine Verankerung im deutschen Bereich besaß, die deutsche Führungsrolle in der hohen Verwaltung unangetastet. Vom Ende des



František Palacký (1798–1876), tschechischer Historiker und Politiker.

Deutschen Bundes im Jahre 1866 an war jedoch abzusehen, daß gegenüber den zur Selbständigkeit drängenden nichtdeutschen Nationalitäten innerhalb des Habsburgerreiches die bisherige Bindegewalt des deutschen Elements nicht mehr ausreichen würde. Für die Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien war die unmittelbare Folge der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung von 1866/67, daß sie sich in ihrem Selbstverständnis nunmehr in erster Linie als Österreicher sehen mußten und bezüglich ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten allein auf Wien verwiesen waren. Eine große Hoffnung war eine Umwandlung der Verwaltungsstruktur: Die Kronländer mit einem kaiserlichen Statthalter an der Spitze und mit Landesverwaltungen und Landtagen sollten aufgelöst werden; in dem neuzuschaffenden Nationalitätenbundesstaat waren national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper vorgesehen, „deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und gerechten Wahlrechts besorgt" werden sollte; zur Überwindung des schwelenden Sprachenstreits lehnte man die Einführung einer offiziellen Staatssprache ab, zog aber eine „Vermittlungssprache" in Erwägung. Mit Ausnahme des „Mährischen Ausgleichs" (1905) – da in Mähren durch die Siedlungsverzahnung zwischen Deutschen und Tsche-

Deutscher Bund 1815–1865

chen eine nationale Trennung kaum möglich war – wurde ein neues Wahlsystem entwickelt; jede Volksgruppe erhielt eine „nationale Kurie", gewählt nach einer eigenen Wählerliste; eine Majorisierung in der Sprachenfrage war ausgeschlossen – kam es zu keiner Lösung der anstehenden Probleme. Weder die Liberalisierung und Demokratisierung noch die Klärung der nationalen Frage machten Fortschritte. Folglich entwickelten die Tschechen gegenüber dem bestehenden Staat immer stärker werdende Vorbehalte, aber auch die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien vermochten sich nicht völlig mit ihm zu identifizieren.

Auswirkungen des Volkstumskampfes bis 1918

Die Untätigkeit der kaiserlichen Regierung mußte den Volkstumskampf verschärfen. Die Zahl der schon nach 1848 ins Leben gerufenen Vereine und Bünde vergrößerte sich. Bis 1914 hatten sich in beiden Bevölkerungsteilen zahlreiche Organisationen gebildet, wobei jede Gründung der einen Seite mit einer Gegengründung der anderen Seite beantwortet wurde (Parteien, Schutzvereine, Schulvereine; 1860 zum Beispiel gründeten großdeutsch Gesinnte den „Turnerbund", der mit der Turnbewegung in Deutschland in Verbindung stand; 1862 entstand der panslawisch orientierte „Sokol"). Die Auseinandersetzung entbrannte auf allen Ebenen, in allen Bereichen, ob es sich um die Frage einer Ortstafelbeschriftung, der Unterrichtssprache in der Schule, der Sicherung eines Arbeitsplatzes oder um den Einkauf bei deutschen bzw. tschechischen Kaufleuten handelte. Unter diesen Umständen war es fast zwangsläufig, daß in diesem Raum die ersten Parteien entstanden, die die

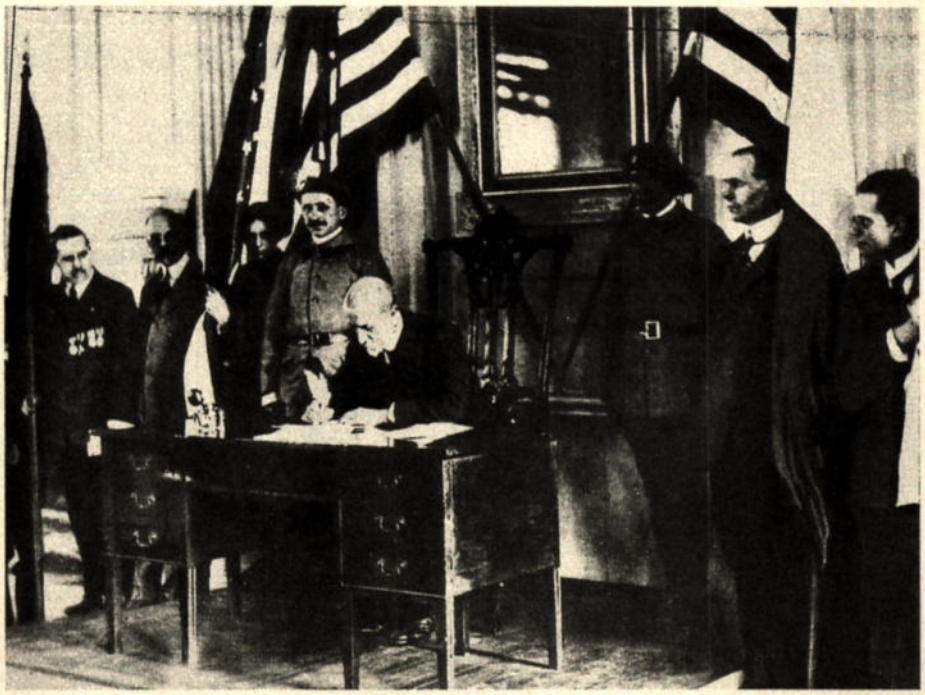
anstehenden sozialen Fragen ausschließlich unter nationalem Aspekt zu lösen gedachten: 1897 gründeten Tschechen die „Nationalsozialistische Partei", 1904 folgte die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei", die sich ab 1918 „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" (DNSAP) nannte.

Innerhalb des monarchischen Staatsgebildes war bis 1914 bereits eine neue Struktur entstanden, die unter der Belastungsprobe eines länger dauernden Krieges in ihrer Gegensätzlichkeit sichtbar werden mußte. Die Bindefunktion der äußerlich gewahrten Ordnung und die Nützlichkeitserwägung eines Wirtschaftsraumes von der Größe Österreich-Ungarns wurde hinfällig. Die anfänglichen militärischen Erfolge der Mittelmächte beschleunigten den Prozeß, da die kaiserliche Regierung gegen jene Tschechen, die nicht genügend „Patriotismus" bewiesen hatten bzw. bewiesen, rigoros vorging und damit der Propaganda für die „Befreiung" der Tschechen Anlässe lieferte; andererseits entwickelten in der Phase des vermeintlichen Sieges auch deutsche Gruppen Nachkriegslösungen, die in nationalistischer Manier das Eigenleben der nichtdeutschen Bevölkerungsteile weitgehend reduzieren sollten.

Kaiser Karl von Österreich ergriff erst in der Endphase des Krieges Initiativen, um dem Zerfall entgegenzuwirken: Als Versöhnungsgeste gegenüber den Tschechen war die Freilassung ihrer politischen Führer Kramář und Rašin gedacht; den Deutschen wurde die Gründung eigener Provinzen versprochen. Am 16. 10. 1918 erklärte sich der Monarch in einem Manifest („An meine getreuen österreichischen Völker") zur Annahme des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung bereit; die Monarchie sollte in einen Nationalitäten-Bundesstaat umgeformt werden. Am 21. 10. 1918 wurde daraufhin ein deutsch-österreichischer Nationalstaat gegründet, dem Deutsch-Böhmen und das Sudetenland als Provinzen angehörten; Südböhmen und Südmähren wurden Oberösterreich bzw. Niederösterreich angegliedert (Definition der Grenzen am 14. 11. 1918). Die gesamte Republik Deutsch-Österreich erklärte sich am 12. 11. 1918 zum „Bestandteil der Deutschen Republik". Da das kaiserliche Manifest für Ungarn die „Integrität der Länder der hl. ungarischen Krone" forderte, war eine nationalitätenpolitische Lösung hier nicht durchführbar. Auch die Tschechen akzeptierten das Manifest nicht; deren Führer hatten bereits am 2. 10. 1918 erklärt, eine Regelung im Rahmen der Monarchie komme nicht mehr in Frage, vielmehr seien für sie die von der tschechoslowakischen Auslandsregierung mit den Siegermächten erarbeiteten Entscheidungen maßgebend.

Die tschechische Exilpolitik während des Ersten Weltkrieges

Während die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung mehr oder weniger willig von 1914 bis 1918 ihre Pflicht getan



Masaryk unterzeichnet in Washington die Unabhängigkeitserklärung der Tschechoslowakei.

hatte, waren tschechische Politiker bemüht gewesen, in London, Paris und Washington ihr nationalstaatliches Anliegen durchzusetzen. Tomáš G. Masaryk und sein Mitarbeiter Edvard Beneš waren bereits 1914 bzw. 1915 emigriert. Sie gewannen die Alliierten für sich, da sie den geplanten Nationalstaat demokratisch zu ordnen versprachen und exiltschechische militärische Unterstützung im Kampf gegen die Mittelmächte anboten. In das 1915 gegründete tschechische Auslandskomitee traten auch Slowaken ein. Der Wunsch nach einer selbständigen Slowakei war in den letzten Jahren stark angewachsen; man glaubte ihn im Zusammenwirken mit den Tschechen am ehesten verwirklichen zu können.

Es war für die nunmehr „tschecho-slowakischen" Bestrebungen von Vorteil, daß die Alliierten zunächst keine festen Pläne für die Neugestaltung Ostmitteleuropas besaßen. Über die Aufstellung einer eigenen tschechischen Armee sollte die Anerkennung als kriegführende Macht erreicht werden. Die Revolution in Rußland förderte die tschechischen Pläne insofern, als die aufgestellte „Tschechische Legion" erfolgreich gegen die Rote Armee kämpfte und dadurch zur Popularität der Tschechen bei den Westalliierten beitrug. Am 28. 6. 1918 erkannte Frankreich die „tschechoslowakische Nation" als kriegführend an, am 9. 8. bzw. 2. 9. folgten Großbritannien und die USA. Deren im einzelnen unterschiedlichen Erklärungen war gemeinsam, daß sie den tschechoslowakischen Nationalrat als de-facto-Regierung werteten.

In der Heimat hatte sich inzwischen ein Nationalausschuß unter Kramář gebildet, der sich mit den Exilpolitikern solidarisch erklärte. Daraufhin wurde am 28. 10. 1918 gleichzeitig in Prag und Washington die Tschechoslowakische Republik proklamiert. Dieser Staat hatte zwar eine anerkannte Regierung, aber eine Definition seiner Grenzen stand aus, zumal die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens inzwischen zu Provinzen Deutsch-Österreichs geworden waren. Das von den Alliierten proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker ließ die deutsche Seite erwarten, daß auch ihre Entscheidung bei der Friedenskonferenz respektiert würde. Bis zum Konferenzbeginn aber setzten die Tschechen bei den Alliierten durch, sowohl die von Ungarn besiedelten Gebiete der Slowakei als auch die von Sudetendeutschen besiedelten Provinzen vorläufig militärisch zu besetzen; weder die ungarische Gegenwehr noch der österreichische Protest bewirkten eine Zurücknahme dieser Maßnahmen. Äußerungen tschechischer Politiker (Rašin: „Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase – jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt" [4. 11. 1918]; Masaryk: „Die von den Deutschen bewohnten böhmischen Gebietsteile sind und bleiben unser ... Wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die einst als Immigranten und Kolonisten hierhergekommen sind, ist damit ein für allemal festgelegt. Wir haben ein gutes Recht auf die Reichtümer unseres gesamten Landes ..." [23. 12. 1918]) ließen zudem fürchten, die getroffenen Vorentscheidungen würden auch auf der Friedenskonferenz gebilligt werden.

Die Entscheidung der Friedenskonferenz 1919

An ihr nahmen die tschechoslowakischen Delegierten als Vertreter einer Siegermacht teil. Sie verstanden es, den faktischen Vorsprung und das psychologische Plus einer bereits während des Krieges be-

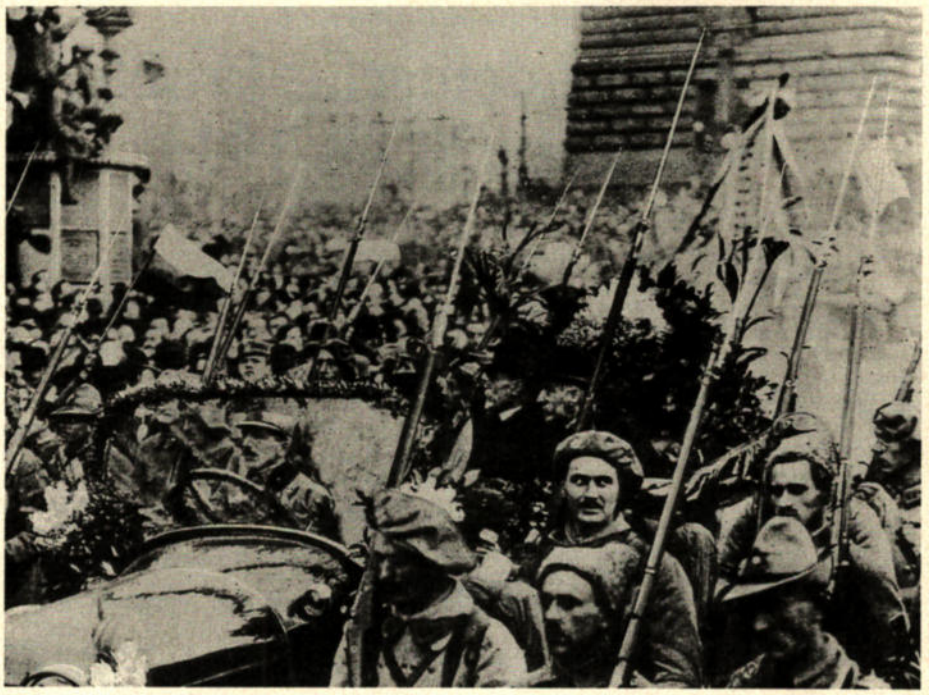
währten militärischen und demokratischen Bundesgenossenschaft bei den alliierten Großmächten zu nutzen. Die Vertreter der Republik Deutsch-Österreich und eine eigene, ihnen angeschlossene Delegation der Sudetenländer (Deutschböhmen, Sudetenschlesien und die deutschen Siedlungsgebiete Mährens) legten detaillierte Memoranden vor, deren Kern der Anspruch auf Selbstbestimmung sowie der Hinweis auf die Schwächen eines nach tschechischen Vorstellungen zwangsweise geschaffenen Staatswesens bildete; eine Alternative sah wenigstens die Angliederung Südböhmens und Südmährens an Österreich, für die übrigen deutschen Gebiete den Status autonomer Kantone im tschechoslowakischen Staat vor.

Die Konferenz akzeptierte diese Vorschläge jedoch nicht, sondern folgte, wenn auch unter großen und besonders von den Amerikanern vorgebrachten Bedenken, den Denkschriften der tschechoslowakischen Regierung, von denen das „Memoire III" des Außenministers Beneš das Problem der Deutschen in Böhmen behandelte. Beneš führte einige dubiose Gründe an, bevölkerungsstatistische (die Zahl der Deutschen sei nicht 2,4, sondern nur 1,6 Millionen; es gebe keine rein deutschen Bezirke; die Deutschen zerfielen zudem in drei geographische Gruppen ohne politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeit), wirtschaftliche (ohne die deutschen Gebiete sei der tschechoslowakische Staat kaum lebensfähig), historische (die Deutschen seien lediglich als Kolonisten und von Wien geschickt gesteuerte Beamte zum Zweck der Germanisierung in das ursprünglich tschechische Gebiet gekommen) und schließlich strategische.

Eine wesentliche Rolle für die Meinungsbildung der Alliierten spielte auch die Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt in Rußland, Ungarn und Bayern kommunistische Regierungen amtierten. Der neuen Tschechoslowakei war daher als demokratischem Staat zur Abwehr des Bolschewismus eine wichtige Funktion zugedacht.

Die von der österreichischen und der Weimarer Nationalversammlung erhobenen Einsprüche blieben erfolglos. Die am 3. und 4. März 1919 in den Sudetengebieten von den dort lebenden Deutschen aller politischen Richtungen abgehaltenen Protestkundgebungen gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts wurden von tschechischem Militär gewaltsam unterbunden (54 Deutsche getötet); Beneš versicherte, es habe sich um eine Aktion einiger weniger Aufwiegler gehandelt.

Im Vertrag von St. Germain (10. 9. 1919) wurde die Zuordnung der Sudetengebiete zur Tschechoslowakei verfügt. Gleichzeitig trat der Vertrag zum Schutz der Minderheiten in Kraft. Der Friedensvertrag von Trianon (4. 6. 1920) legte die Grenzen der slowakischen Landesteile gegenüber Ungarn fest (3 Millionen Einwohner, darunter 640 000 Ungarn). Für die Karpato-Ukraine wurde eine eigene Autonomieregelung festgelegt, später allerdings nicht praktiziert (siehe Karte „Nationalitäten in der Tschechoslowakei" Seite 18).



Masaryk zieht, begleitet von Einheiten der „Tschechischen Legion", am 21. Dezember 1918 in Prag ein.

Bevölkerung der Tschechoslowakei nach den wichtigsten Nationalitäten in Tausend

Land	Gesamtbevölkerung	Tschechen und Slowaken	Deutsche	Polen	Ukrainer	Magyaren
1921						
Böhmen	6671 (100 %)	4383	2173 (33%)	1	2	5
Mähren	2663 (100 %)	2048	548 (20,1 %)	2	1	–
Schlesien	672 (100 %)	296	252 (40,5 %)	71	–	–
Slowakei	3001 (100 %)	2014	140 (4,7 %)	3	86	637
Karpato-Ukraine	607 (100 %)	20	10 (1,7 %)	–	373	104
insgesamt	13613 (100 %)	8761	3123 (23,4 %)	76	462	746
1930						
Böhmen	7110 (100 %)	4713	2271 (32,4 %)	1	7	8
Mähren Schlesien	3565 (100 %)	2596	800 (22,9 %)	79	4	3
Slowakei	3329 (100 %)	2346	148 (4,5 %)	1	91	572
Karpato-Ukraine	725 (100 %)	34	13 (1,9 %)	–	447	109
insgesamt	14729	9689	3232 (22,3 %)	82	549	692

Größen unter 1000 sind nicht berücksichtigt!

Quelle: Rhode, Gotthold: Die Tschechoslowakei von 1918 bis 1939, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 18 und 19/62.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Das sudetendeutsche Problem von 1919/20 bis 1933

Die Verfassung der Tschechoslowakei

Die Verfassungsstruktur des tschechoslowakischen Staates sollte nach den Worten Benešs dem Schweizer Modell folgen. In einer Denkschrift an den „Ausschuß der Konferenz für die neuen Staaten" wurden die Grundsätze der nationalen Proportionalität, der Schulautonomie, der Zweisprachigkeit und der gemischten Gerichtshöfe anerkannt (20. 5. 1919). Die von der ohne demokratisches Wahlverfahren und allein von Tschechen und wenigen Slowaken gebildeten „Revolutionären" Nationalversammlung am 29. 2. 1920 beschlossene Staatsverfassung begann mit der Formulierung „Wir, die tschechoslowakische Nation ...". Sie folgte grundsätzlich den westeuropäischen Vorbildern einer parlamentarischen Demokratie. Anders als in der Schweiz wurde jedoch kein kantonales Selbstverwaltungssystem geschaffen; der Staat war vielmehr zentralistisch geordnet, so daß alle Bürger in gleicher Weise der Zentralregierung unterstellt waren.

Gemäß den Grundsätzen des Minderheitenschutzvertrages war Zweisprachigkeit dann vorgesehen, wenn der Anteil des anderssprachigen Bevölkerungsteils 20 % betrug; die Einrichtung einer Minderheitenschule war erlaubt, wenn 40 Kinder dieser Minderheit im Schulbezirk lebten. Das gleichzeitig veröffentlichte Sprachengesetz erklärte die tschechoslowakische Sprache zur Staatssprache (das heißt tschechisch in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, slowakisch in der Slowakei).

Für das Jahr 1920 stellte dies eine eigenwillige Staatsstruktur dar: Es war weder dem Prinzip der Selbstbestimmung noch der demokratischen Gleichberechtigung Genüge getan, obschon der Staat grundsätzlich auf liberaler und rechtsstaatlicher Basis stand. Für die Masse der Tschechen und Slowaken stellte der neue Staat die Erfüllung ihrer nationalstaatlichen Wünsche dar; sie betrachtete ihn als Fortsetzung des historischen böhmischen Reiches in moderner Gestalt.

Die Lage der Deutschen im tschechoslowakischen Staat

Die Deutschen im tschechoslowakischen Staat (der im Jahre 1902 erstmals verwendete Begriff „Sudetendeutsche" wurde erst nach 1918 als Sammelbezeichnung verwendet) standen vor der Notwendigkeit, zu diesem Staat Stellung zu nehmen. Das aus dem Erlebnis der Zwangseingliederung entwickelte Solidaritätsgefühl, wie es etwa in den Märztagen 1919 in den Demonstrationen der deutschen Bevölkerung für ihr Selbstbestimmungsrecht zum Ausdruck gekommen war, wich allmählich der Aufgliederung in die bereits im österreichischen Kaiserstaat bestehenden verschiedenen politischen Gruppierungen. Neu war nur ihr unterschiedliches Verhältnis zum neuen Staat.

Aktivisten und Negativisten

Auf der Parteiebene ergab sich daraus seit der Mitte der 20er Jahre die Spaltung in Aktivismus und Negativismus: Die Entscheidung zur Mitarbeit am Staat durch die Aktivisten fiel aus realpolitisch-pragmatischen und aus wirtschaftlichen bzw. aus wirtschaftlich-unternehmerischen Erwägungen; sie ging nicht zuletzt auch auf die zahlreichen freundschaftlichen Werbeworte tschechischer Politiker zurück. Die Verweigerer einer politischen Mitwirkung (Negativisten) lehnten die nationalstaatliche Struktur der ČSR prinzipiell ab und verwiesen auf die zahlreichen antideutschen Verlautbarungen, auf die durch die Verfassung verankerte Verweigerung der Gleichberechtigung sowie auf die Nichtgewährung des Selbstbestimmungsrechts.

Im ersten Parlament, das am 18. 4. 1920 gewählt worden war, saßen unter 300 Abgeordneten 72 Deutsche. Die tschechisch-nationalistische Partei Kramářs hatte – wie schon bei den Gemeindewahlen 1919 – eine Niederlage erlitten, so daß die fünf tschechischen-sozialistischen Parteien unter Ministerpräsident Tusar die Regierung bildeten. Zunächst verharrten alle deutschen Abgeordneten in der Opposition, die Nichtsozialisten verweigerten jede Mitarbeit, da sie Loyalität gegenüber dem Staat vorausgesetzt hätte. Der Gedanke, nunmehr ebenso Hochverrat zu begehen wie die Tschechen gegenüber dem habsburgischen Staat vor 1918, lag nahe. Der deutsche Agrarier Krepek sagte am 20. 6. 1920: „... Nun haben Sie Ihren eigenen Staat errichtet und uns mit Hilfe der siegreichen Westmächte in diesem Staat festgehalten und heute stehen wir in unserer nationalen Bedrängnis genau dort, wo Sie einst gestanden sind. Sehen Sie denn nicht, daß Sie uns ein Beispiel gegeben haben, das man nur nachzuahmen braucht? Sie haben dem deutschen Volk förmlich vorgezeichnet, wie man sich gegen einen solchen Staat zu verhalten hat! ..."

Trotzdem verharrten auf die Dauer nur die DNP und die DNSAP in ablehnender Haltung und bildeten eine „Arbeitsgemeinschaft" (ursprünglich Kampfgemeinschaft). Die anderen Parteien, vor allem die von Josef Seliger und ab 1920 von Ludwig Czech geführten Sozialdemokraten, entschlossen sich zu konstruktiver Mitarbeit in der Erwartung, die deutschen Forderungen auf diesem Wege eher durchsetzen zu können. Sie wurden auf harte Proben gestellt, da die praktischen Maßnahmen der Prager Regierung die vielfachen tschechischen Versicherungen der Verständigungsbereitschaft Lügen straften: Bei der ohne deutsche Beteiligung durchgeführten Bodenreform kamen 30 % des Sudetengebietes an nichtdeutsche Verwalter bzw. Besitzer; die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz von 1920 beinhaltete schikanöse Bedingungen für die von deutschen Beamten abzulegende tschechische Sprachprüfung — Zehntausende von Deutschen verloren daraufhin ihre Position; die Folge war, daß auch in den deutschen Gebieten zunehmend tschechische Staatsbedienstete eingesetzt wurden.

Alle diese Aktionen konnten als Schritte zu dem Ziel verstanden werden, die Staatsgrenze zur Volksgrenze werden zu lassen. Daß schließlich zwei deutsche Minister 1926 in das Kabinett Švehla eintraten (Spina, vom Bund der Landwirte als Minister für öffentliche Arbeit; Mayr-Harting, von der deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei als Justizminister) und sich ab 1929 auch die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) an einer Koalition beteiligte (Czech, Minister für Soziale Fürsorge), ging auf innen- und außenpolitische Erwägungen zurück. Man hoffte, die für die deutsche Seite bisher völlig negative Entwicklung auf diese Weise verändern und das Ziel einer inneren Umgestaltung so noch am ehesten erreichen zu können; hinzu kamen wirtschaftliche Erwägungen, die eine Zusammenarbeit nahelegten; nicht unbedeutend trug auch dazu bei, daß gemäßigte deutsche und tschechische Kräfte die chauvinistischen und antisemitischen

Ludwig Czech, Führer der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP), 1929–1938 Minister in mehreren tschechoslowakischen Kabinetten.

Tendenzen (etwa der Alldeutschen bzw. der Panslawisten) in gleicher Weise als eine Bedrohung der demokratischen Ordnung ansahen; schließlich spielte auch die außenpolitische Entwicklung eine Rolle, da die Konferenz von Locarno (1925) und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (1926) dem Geist des Ausgleichs zwischen Deutschen und Tschechen auch auf internationaler Ebene einen gewissen Impuls gegeben hatten. Im Schiedsvertrag mit der Tschechoslowakischen Republik verpflichtete sich das Deutsche Reich, alle etwa entstehenden Streitigkeiten ohne Anwendung von Gewalt zu lösen.

Der Zusammenschluß der Deutschen

Aber weder die deutsche Regierungsbeteiligung im Innern noch Bemühungen um Internationalisierung des Problems brachten entscheidende Veränderungen. Das Ergebnis der 24 sudetendeutschen Petitionen an den Völkerbund von 1920 bis 1931, bei denen Grundsatz- und Detailkonflikte angesprochen wurden, war deprimierend: In keinem Fall wurde in der beklagten Sache eine Änderung erreicht. In der Innenpolitik, wo nach der Vorstellung des deutschen Botschafters in Prag der Kampf um die Rechtsstellung der Sudetendeutschen ausgefochten werden mußte anstatt vor einem internationalen Forum, gab es ebensowenig Fortschritte, vielmehr sogar Rückschläge. So wurde zum Beispiel die Mindestschülerzahl zur Gründung einer Minderheitenschule erhöht, die Neugliederung der Verwaltungseinheiten 1927/28 brachte für die deutsche Seite nachteilige Grenzziehungen, eine Änderung der Sprachenverordnung erfolgte nicht; das „Prinzip der nationalen Kulturautonomie" wurde von den tschechischen Sozialisten zwar 1930 anerkannt, aber noch nach Jahren waren keine praktischen Folgerungen gezogen. Die Enttäuschung über alle diese Mißerfolge und Verzögerungen schlug sich zunächst nicht in den Wahlergebnissen nieder; die sogenannten aktivistischen Parteien konnten ihren Stimmenanteil zum Teil sogar vergrößern (siehe Tabelle, Seite 7).

Aber es konnte unter den gegebenen Umständen nicht ausbleiben, daß sich auf der Ebene unterhalb der Regierungs- und Parlamentsarbeit in der Breite der deutschen Bevölkerung ein genossenschaftliches bzw. bündisches Eigenleben mit eigenen politischen Zielvorstellungen entwickelte. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise förderten diesen Prozeß noch, da die sudetendeutschen Gebiete davon stärker betroffen wurden als die tschechischen; die Ursache dafür lag in der mehr auf Export ausgerichteten industriellen Struktur, der Auftragsrückgang bewirkte relativ hohe Arbeitslosigkeit. Das Bemühen, diese Not zu lindern, förderte den Selbsthilfegedanken. Schutzverbände für wirtschaftliche Hilfeleistung, Arbeitsvermittlungs- und Finanzhilfevereinigungen entstanden; im gleichen Zeitraum lebte aber auch die Tradition der politischen Bünde stark auf, um das deutsche Solidaritätsbewußtsein zu pflegen.

Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1920–1935 (Sitzverteilung)

Parteien	Wahlen vom 18. 4. 20	vom 15. 11. 25	vom 27. 10. 29	vom 19. 5. 35
Tschechen und Slowaken				
Sozialdemokraten	74	29	39	38
Republikanische Partei des Landvolks (Agrarier)	40	45	46	45
Volkspartei	33	31	25	22
Nationalsozialisten (Tschechische Sozialisten)	24	28	32	28
Nationaldemokraten	19	13	15	17
Gewerbepartei	6	13	12	17
Arbeiterpartei	3	–	–	–
Slowakische Volkspartei	–	23	19	22
Faschistische Partei	–	–	–	6
Liga gegen gebundene Kandidatenlisten	–	–	3	–
	199	182	191	195
Deutsche				
Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP)	31	17	21	11
Bund der Landwirte (Agrarier) (BdL)	11	24	16	5
Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei (DCSVP)	10	13	14	6
Deutsche Nationalpartei (DNP)	10	10	7	–
Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP)	5	7	8	–
Deutsche Demokratische Freiheitspartei (DDFP)	5	–	–	–
Sudetendeutsche Partei, Vorsitzender Konrad Henlein (SdP)	–	–	–	44
	72 (25,6 %)	71 (23,7 %)	66 (22,0 %)	66 (22,0 %)
Weitere Parteien				
Magyarische Parteien	1	4	–	–
Magyarisch-Deutsche Parteien	9	–	9	9
Polnische Parteien	–	2	–	–
Polnisch-Jüdische Wahlgemeinschaft	–	–	4	–
Kommunistische Partei der ČSR	–	41	30	30
Abgeordnete insgesamt	281 (100 %)	300 (100 %)	300 (100 %)	300 (100 %)

Quelle: Čelovsky, Boris: Das Münchener Abkommen 1938, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 18 und 19/62.

Man gründete Kulturverbände, Schulverbände, zahlreiche Jugend- und Studentengruppen.

Allen diesen Zusammenschlüssen gemeinsam war die Bildung nationaler Gesinnung im weitesten Sinn; innerhalb dieses gemeinsamen Ziels reichte das Spektrum von Vereinen, die Volkslied- und Volkstanzveranstaltungen durchführten, bis zu Gruppen, die eine deutsch-elitäre Gesinnung kultivierten. Zu den letzteren gehörte der nur wenige hundert ausgewählte Mitglieder umfassende „Kameradschaftsbund", der die Sudetendeutschen zur Entwicklung eines eigenen „Stammesgefühls" führen und die Spitzenkräfte zur Übernahme der sudetendeutschen Führung vorbereiten wollte. Die Leiter der Massenorganisation „Deutscher Turnverband" folgten ähnlichen Gedankengängen. Zu ihnen gehörte auch Konrad Henlein, von Beruf Sparkassenbeamter, dann als Turnlehrer und Verbandsturnwart tätig. Nationalsozialistisch ausgerichtet war der nach einer Zeitschrift benannte „Aufbruch"-Kreis, der eine ausgeprägt nationalistische und antisemitische politische Linie verfolgte und sich für einen Anschluß an Deutschland einsetzte. Zu den führenden Vertretern des Anschlußgedankens gehörte Karl Hermann Frank.

Die ČSR-Regierung mußte durch diese Aktivitäten das Staatskonzept bedroht sehen und setzte sich durch eine umfangreiche Polizeikampagne zur Wehr, wogegen wiederum die deutschbürgerlichen Fraktionen des Abgeordnetenhauses protestierten.

1932 wurde der Volkssportverband der DNSAP aufgelöst, den Abgeordneten der DNSAP, denen Identifizierung mit der reichsdeutschen NSDAP in bezug auf Ideologie und Auftreten vorgeworfen wurde, sprach man die parlamentarische Immunität ab (10. 2. 1933). Es begann eine weitgespannte Verfolgung wegen hoch- und landesverräterischer Handlungen, der Empfang ausländischer (reichsdeutscher) Rundfunksendungen wurde verboten (29. 5. 1933), die DNSAP wurde aufgelöst, die DNP in ihrer Tätigkeit eingestellt. Die Mandate der beiden Parteien wurden auf die übrigen deutschen Parteien aufgeteilt (Oktober 1933). Aber der Bewußtwerdungsprozeß der Sudetendeutschen war inzwischen zu weit fortgeschritten, als daß derartige Gewaltmittel den erwünschten Zweck noch hätten erreichen können. Die tschechoslowakischen Maßnahmen ließen den Gedanken eines politischen Zusammenschlusses der Sudetendeutschen relativ schnell reifen. Der durch seine Tätigkeit beim Turnverband in weiten Kreisen der Sudetendeutschen bekannte Konrad Henlein gründete am 1. 10. 1933 die „Sudetendeutsche Heimatfront" (SHF) bewußt als Sammelbewegung. Der Zustrom zur neuen Partei bestätigte, daß nicht nur die früheren Anhänger der Rechtsparteien, sondern auch die große Zahl der von der bisherigen Entwicklung Enttäuschten hier eine Hoffnung sahen — eine Hoffnung, die sich natürlich nicht unwesentlich von den inzwischen offenkundigen wirtschaftlichen und politischen Erfolgen Hitlers nährte.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Die Jahre von 1933 bis 1937

Die tschechoslowakische Innenpolitik

Die Ziele der Sudetendeutschen Partei

Im Gründungsaufruf der SHF bekannte sich Henlein zur „deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft", aber auch zur Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat und zu den demokratischen Grundforderungen. In einer Rede in Böhmisch-Leipa (21. 10. 1934) distanzierte er sich ausdrücklich vom Nationalsozialismus, forderte vom tschechoslowakischen Staat die Anerkennung des sudetendeutschen Lebensraumes und Volksbodens, der Lebensrechte, des kulturellen und wirtschaftlichen Besitzstandes und des Arbeitsplatzes; erst dann könnten sich die Sudetendeutschen aus innerer Überzeugung zum Staat bekennen. In der seit 1934 erscheinenden Parteizeitung „Rundschau" wurde dieses politische Programm detailliert und verbreitet. Die SHF wurde 1935 erst nach Ablegung der Bezeichnung „Front" zur Parlamentswahl zugelassen. Sie errang als „Sudetendeutsche Partei (SdP), Vorsitzender Konrad Henlein" 1 249 497 Stimmen und 44 Sitze. Henlein selbst hatte sich um keinen Parlamentssitz beworben. Führer der Fraktion der SdP wurde Karl Hermann Frank.

Diese SdP wurde nicht an der Regierungsbildung beteiligt; dadurch verstärkte sich der Eindruck, eine Gruppe minderen Rechts zu sein. Henlein sah sich auf andere Wege zur Durchsetzung der Ziele verwiesen. Er knüpfte Auslandskontakte, vornehmlich mit Berlin und London. Die deutsche Reichsregierung und die NSDAP gaben finanzielle Hilfe und politische Ratschläge, lehnten aber ein unmittelbares Eingreifen ab; die Sudetendeutschen müßten sich vorläufig selbst helfen, wurde Henlein bei seinem Aufenthalt in Berlin anläßlich der Olympischen Spiele bedeutet. In Großbritannien versuchte Henlein Hilfe für eine „faire Lösung" des sudetendeutschen Problems zu erhalten, worunter eine Umstrukturierung in einen Nationalitätenstaat zu verstehen war.

Für Selbstbestimmungsrecht

Für den Appell, das 1918/19 den Sudetendeutschen verweigerte Selbstbestimmungsrecht nunmehr durchsetzen zu helfen, war der Zeitpunkt richtig gewählt: Die öffentliche Meinung der westeuropäischen Länder war einer Revision der seinerzeit getroffenen Entscheidungen nicht mehr völlig abgeneigt; speziell im Falle der Tschechoslowakei förderten die Veröffentlichungen von Memoiren und Akten über die Vorgänge bei Weltkriegsende die Auffassung, daß bei der Gründung der ČSR demokratische Grundsätze verletzt worden seien. Obgleich sich

Im November 1934 kam es in Prag zu schweren Auseinandersetzungen zwischen tschechischen und deutschen Studenten. Tschechoslowakische Polizei ging gegen tschechische Studenten vor, die die deutsche Universität in Prag erstürmen wollten, um die Herausgabe der Universitätsinsignien zu erzwingen.

diese Erkenntnis auch in der Tschechoslowakei selbst inzwischen verbreitet hatte, reagierten die Politiker nicht durch Eingehen auf Henleins Forderungen einer innerstaatlichen Lösung.

Mit dem Vorwurf, er betreibe die Geschäfte Hitlers, begründete man die Ablehnung. Ab etwa 1937 trat die Entwicklung in eine neue Phase: Sowohl die nationalsozialistischen Wortführer innerhalb der SdP wie auch große Teile der Anhängerschaft wünschten eine stärkere Bindung der sudetendeutschen Politik an das Reich, wobei sich die Gruppe derer, die lediglich Hilfe bei der autonomistischen Lösung erwartete, von der, die den Anschluß an Deutschland erstrebte, unterschied. Diese unterschiedlichen Vorstellungen der SdP-Führer und -Mitgliedschaft blieb bis zuletzt charakteristisch für die Partei.

Die Bemühungen der Neoaktivisten

Die deutschen aktivistischen Parteien versuchten angesichts der Situation nochmals eine Kursänderung der tschechoslowakischen Politik zu erreichen. Sie erhielten dabei ideelle Unterstützung durch die antinationalsozialistischen Emigranten, die in den Jahren seit 1933 die ČSR als „Hort der Demokratie" aufgesucht hatten. Auch auf tschechischer und slowakischer Seite schlossen sich die um die demokratische Ordnung besorgten Kräfte zusammen.

Die sudetendeutschen aktivistischen Parteien – DSAP, DCSVP und BdL – legten am 28. 1. 1937 dem Ministerpräsidenten Hodža ein Memorandum mit den dringendsten nationalpolitischen Forderungen vor. Die daraufhin mit den tschechoslowakischen Parteien gemeinsam gefaßten Beschlüsse führten zu einigen Bemühungen, wie zum Beispiel Verbesserung bei der Beseitigung der deutschen Arbeitslosigkeit und bei der Beteiligung Deutscher im Staatsapparat. Beneš versprach im April 1937 die Durchführung der strengen Proportionalität auf allen Gebieten im Verlauf der nächsten fünf Jahre.

Henleins SdP brachte etwa zum gleichen Zeitpunkt sechs „Volksschutzgesetzentwürfe" ein, die die Gleichberechtigung jeder Volksgruppe sichern sollten; die Mehrheitsparteien verwarfen sie wegen „Verfassungswidrigkeit". Die daraufhin im November von Henlein vorgebrachte energische Forderung nach Autonomie war bereits offensichtlich stärker auf eine Reaktion in Berlin hin berechnet als auf Prag, da von hier nur noch Ablehnung erwartet werden konnte.

Mit ihrer starren Haltung hatten sich die tschechischen Parteien, aber auch die Aktivisten, in weitgehende Bewegungslosigkeit hineinmanövriert, während Henlein nun offen die Hilfe Berlins anforderte, in der Überzeugung, „... daß eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei praktisch unmöglich und eine Lösung der sudetendeutschen Frage nur vom Reich her denkbar" sei (19. 11. 1937). Er erhielt diese Unterstützung, da dieses Eingreifen an der Jahreswende 1937/38 auch Hitlers Programm entsprach.

Kundgebung der Sudetendeutschen Heimatfront in Böhmisch-Leipa 1934.

Die außenpolitische Entwicklung

Das nationalsozialistische Programm

Punkt 1 des NSDAP-Programms vom 24.2.1920 hatte gelautet: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland."

Für eine derartige Neuordnung Europas waren die damaligen Grenzen wie die Grenzen von 1914 irrelevant. Da diese Raumpolitik nach 1933 zunächst nicht durchführbar war, setzte man in der offiziellen Außenpolitik die Weimarer Linie der friedlichen Bemühung um eine Revision des Versailler Vertrages fort. Hinter dieser Fassade erfolgte die Aufrüstung, nach deren Abschluß die aggressive Politik der Raumgewinnung beginnen sollte. Im Rahmen dieser Zielsetzung gab es kein „sudetendeutsches Problem". Erst aufgrund der Überlegungen, auf welche taktische Weise einige der Ziele ohne europäischen Krieg zu erreichen wären, sollte das Auslandsdeutschtum als Werkzeug zur inneren Zersetzung der zu erobernden Staaten herangezogen werden. Das sudetendeutsche Problem spielte deshalb in der nationalsozialistischen Außenpolitik von 1933 bis 1937/38 keine zentrale Rolle; die Unterstützung Henleins bedeutete keine Identifizierung mit seiner Politik. Erst Ende 1937 waren die Vorbereitungen für die Durchführung des „Lebensraumprogramms" so weit gediehen, daß die Zerschlagung der Tschechoslowakei projektiert werden konnte. Der sudetendeutsche Kampf um Selbstbestimmung wurde nunmehr als Vehikel zur leichteren Erreichung des eigentlichen Zieles brauchbar. Henleins Hilfsgesuch vom 19. 11. 1937 wurde daher angenommen und sein weiteres Vorgehen gegenüber Prag im einzelnen mit Berlin abgestimmt.

Die Außenpolitik der Tschechoslowakei

Als Siegerstaat gehörte die ČSR von 1919 an zur Gruppe der Status-Quo-Mächte. Die enge Bindung an Frankreich (Bündnisvertrag 25. 1. 1924) als der Führungskraft des Versailler Systems erschien ebenso selbstverständlich wie die an Jugoslawien und Rumänien, mit denen sie durch die Abwehr des ungarischen Revisionismus und einer Restauration der Habsburger in Österreich oder Ungarn verbunden war (Kleine Entente).

Gegenüber Deutschland war das Verhältnis zwar korrekt, jedoch wegen der ungeklärten Minderheitenfrage gespannt; ähnliches galt für Polen. Daran änderten auch gelegentliche Bekundungen zur friedlichen Lösung aller strittigen Fragen wenig. Insgesamt erfuhr die Position der ČSR in der internationalen Politik im Laufe der Jahre eine zunehmende Schwächung; dies hing im wesentlichen mit dem Prestigerückgang des Völkerbundes, mit den innenpolitischen Krisen in Frankreich, die die außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten lähmten, mit der britischen Appeasementpolitik, insbesondere während der Amtszeit Chamberlains (ab 28. 5. 1937), und mit der Erstarkung der der ČSR feindlich gesonnenen Nachbarstaaten zusammen. Der Versuch sowohl Frankreichs als auch der ČSR, geschwächte Positionen durch neue Bündnisabschlüsse auszugleichen (Frankreich – Sowjetunion 1935, ČSR – Sowjetunion 1935, Erneuerung der Kleinen Entente 1933), konnte wenig bewirken: Die Kleine Entente war nur so stark wie ihre Schutzmacht Frankreich, und der Kontakt mit der Sowjetunion verband nicht nur zwei ideologisch konträr ausgerichtete Staaten, sondern hatte auch zur Folge, daß durch die Goebbels-Propaganda gegenüber der ČSR der Vorwurf des „bolschewistischen Flugzeugmutterschiffes in Europa" erhoben wurde.

Nachdem Beneš 1935 nach Masaryks Rücktritt Staatspräsident geworden war, setzte Kamil Krofta seine Außenpolitik fort. Angesichts der Lage wäre eine international publik gemachte innenpolitische Reform dringend notwendig gewesen; ihr hätte freilich, wie Masaryk immer wieder betont hatte, eine innere Befriedung vorhergehen müssen. Der Aufschub dieser Reform mußte zur Folge haben, daß die nichttschechoslowakischen Volksgruppen als Sprengkraft erhalten blieben. Die außenpolitischen Freunde waren andererseits entweder nicht in der Lage zu helfen oder auch nicht mehr willens, die unverändert antirevisionistische Innenpolitik Prags zu unterstützen.

Der Bündnispartner Jugoslawien war ohnehin seit der Regierung Stojadinovič (1935) auf eine wirtschaftliche und politische Annäherung an Deutschland umgeschwenkt. Die Haltung Großbritanniens wurde wesentlich durch die Medien bestimmt. Chamberlain äußerte im November 1937, „sie würden es nicht länger billigen, die Tschechoslowakei, wie sie gegenwärtig sei, durch Gewalt zu erhalten". Durch eine veränderte Presseberichterstattung, insbesondere in der „Times", war ein Prestigeverlust Benešs erfolgt. Die Zeitungen bezeichneten übereinstimmend das ungelöste Minderheitenproblem als die Ursache für die instabile Lage dieses doch von seiner Konstruktion her demokratischen Staates. Die Äußerung des britischen Botschafters Henderson sei als Beispiel zitiert: „Ein Krieg, um die Welt vor einer deutschen Politik des Gebrauchs nackter Gewalt zu retten, hat meiner Ansicht nach alle moralischen Gründe für sich. Ich kann jedoch nicht einsehen, daß wir uns – in diesem 20. Jahrhundert mit seinen Grundsätzen der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechts – auf moralischem Boden befinden, wenn wir Krieg führen, um 3¼ Millionen Sudetendeutsche zu zwingen, minderwertige Untertanen eines slawischen Staates zu bleiben."

Die ČSR befand sich an der Jahreswende 1937/38 auch außenpolitisch in einer höchst prekären Lage: Beneš erkannte zwar den Zusammenhang zwischen der innenpolitischen Krise und der Verschlechterung der außenpolitischen Position, meinte jedoch, Zeit für einen organischen Lösungsablauf zu haben, der keine Gefahren für den Staat mit sich bringen sollte. So wurden wie in der Innenpolitik auch in der Außenpolitik Konzepte entwickelt (zum Beispiel Donauföderation), die auf der Überzeugung beruhten, es stünden zur allmählichen und vorsichtigen Verwirklichung lange Zeiträume zur Verfügung.

Die Ansicht, die bestehenden Verträge schützten die ČSR hinreichend, bestärkte die tschechoslowakischen Politiker in diesem Kurs. Schon die ersten Monate des Jahres 1938 zeigten, daß gerade dies nicht der Fall war.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

1938 – das entscheidende Jahr

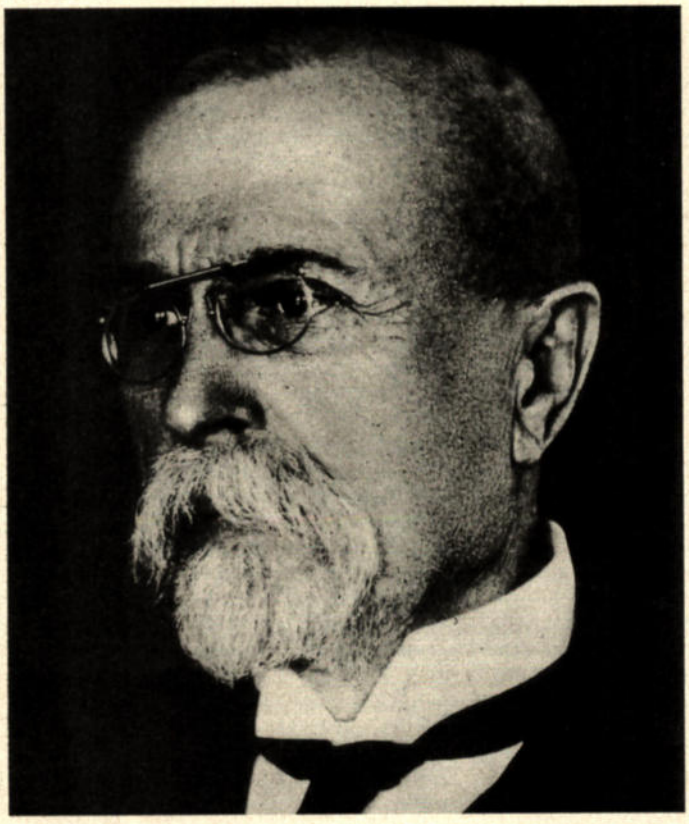
Vom Anschluß Österreichs bis zur Maikrise

Am 4. 2. 1938 führte Hitler in der Spitze der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes ein Personalrevirement durch; v. Blomberg, v. Fritsch und v. Neurath mußten ihre Ämter an Hitler, v. Brauchitsch und v. Ribbentrop abgegeben. Gleichzeitig wurde ein Oberkommando der Wehrmacht unter dem willfährigen Generaloberst Keitel errichtet. Hitlers Reichstagsrede vom 20. 2. 1938 machte seine Entschlossenheit zum Handeln noch deutlicher: Das Reich werde die 10 Millionen Deutschen, die infolge des Versailler „Wahnsinnsaktes" an einer Vereinigung mit Deutschland gehindert worden seien, in ihrem Recht auf Selbstbestimmung schützen. Am 11./13. 3. 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs, wobei gleichzeitig gegenüber der ČSR beruhigende Erklärungen abgegeben wurden.

Außenpolitische Isolierung

Die Nervosität in Prag wuchs verständlicherweise trotzdem: Die außenpolitische Isolierung erschien angesichts der deutschen Umklammerung sowie der Forderungen Polens auf Teschen und Ungarns auf die ungarisch besiedelten Gebiete der Slowakei beängstigend. Eine Hilfe der Sowjetunion war unsicher, da sie nach den Säuberungsaktionen militärisch und politisch geschwächt und ver-

Tomáš G. Masaryk (1850–1937), Staatspräsident der Tschechoslowakei von 1918–1935.



Edvard Beneš (1884–1948), von 1918–1935 Außenminister, wurde nach Masaryks Rücktritt Staatspräsident.

traglich zum Eingreifen ohnehin nur verpflichtet war, wenn sich Frankreich einschaltete; zudem hätte erst eine Erlaubnis Polens bzw. Rumäniens für den Durchmarsch sowjetischer Truppen eingeholt werden müssen. Frankreich andererseits konnte nur zugunsten der ČSR handeln, wenn Großbritannien bereit war, es bei seinen Vertragsverpflichtungen zu unterstützen; dazu bekannte sich Chamberlain zwar in seiner Rede vom 24. 3. 1938, ließ aber keinen Zweifel, daß er erwartete, die sudetendeutsche Frage werde sich auf dem Verhandlungsweg lösen lassen.

Die tschechische öffentliche Meinung tendierte trotzdem zur Unnachgiebigkeit sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber der SdP. Inzwischen hatten sich auf die dringende Aufforderung Henleins vom 16. 3. hin die noch bestehenden sudetendeutschen bürgerlichen Parteien in der ČSR aufgelöst; der BdL und die DCSVP verließen die Regierungskoalition und gliederten sich der SdP ein. Die SdP litt allerdings auch jetzt noch unter gewissen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem autonomistischen Flügel hinter Henlein und den radikalen Kräften hinter Frank, die den Anschluß anstrebten. Hitler versicherte in einem Gespräch den beiden SdP-Führern (28. 3.), er werde das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit lösen. Die SdP müsse nun beginnen, an Prag unerfüllbare Forderungen zu stellen; gleichzeitig solle Henlein seine Londoner Kontakte nützen, um eine Nichteinmischung zu erwirken.

Karlsbader Programm

Im Vollzug dieser von Hitler gesteuerten Politik veröffentlichte Henlein am 24. 4. 1938 im Rahmen einer großen Rede das „Karlsbader Programm":

1. Herstellung der vollen Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk.

2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate.

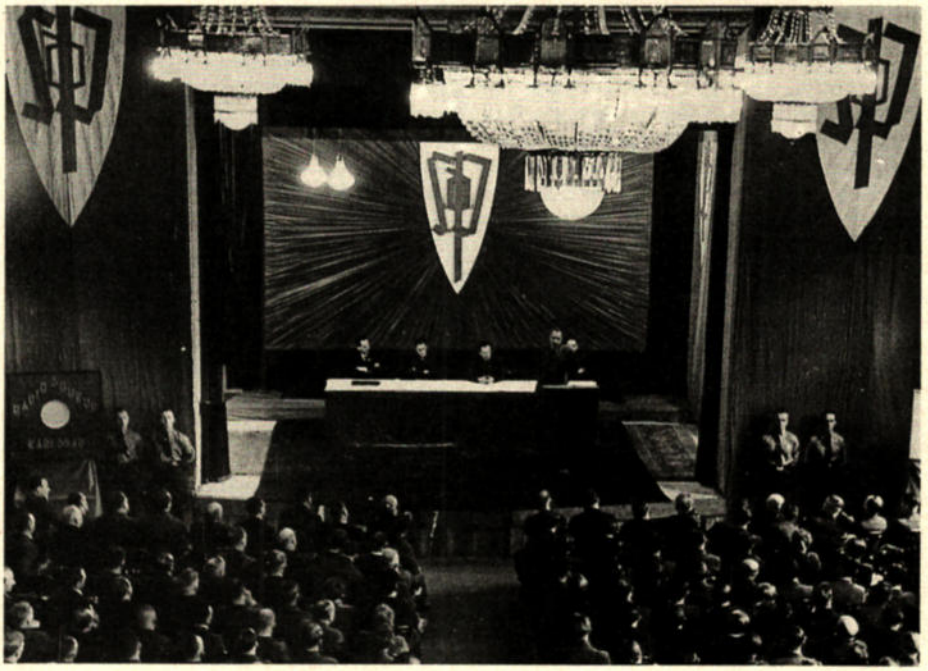
3. Feststellung und Anerkennung des sudetendeutschen Siedlungsgebietes.

4. Aufbau einer sudetendeutschen Selbstverwaltung im sudetendeutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um die Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt.

5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene sudetendeutschen Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes der Volksgruppe leben.

6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden.

7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte.



Auf der Tagung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad verkündete Henlein das „Karlsbader Programm".

8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.

Die Prager Regierung lehnte das Programm mit folgender Begründung ab: Punkt 1. sei bereits angenommen, 2. unannehmbar, 3. unzulässig; bei Punkt 4. sei nicht klar, wie weit gegangen werden solle, 5. sei vorhanden, 6. nicht praktikabel, 7. wäre nicht schwer erfüllbar, außer wenn gemeint sei, daß in deutschen Gebieten ausschließlich deutsche Beamte sein sollten; 8. sei weitreichend und gefährlich.

Chamberlains Appeasementpolitik

Da die tschechoslowakische Regierung, insbesondere Staatspräsident Beneš, als Motiv für ihre unnachgiebige Haltung die Hoffnung auf französische und britische Hilfe erkennen ließ, stellten die beiden Mächte nach einer Konferenz (28./29. 4. 1938) gegenüber Prag und Berlin klar, daß sie zu einem Höchstmaß an Konzessionen seitens der ČSR zur Befriedigung der Sudetendeutschen anraten würden; sollte die deutsche Reichsregierung dennoch Gewaltmaßnahmen ergreifen, so trete der Fall ein, „daß Frankreich sich kraft seiner Verpflichtungen gezwungen sehen würde, zu intervenieren und daß S. M. Regierung nicht garantieren könnte, daß sie nicht dasselbe täte." Diese Formulierung zeigte, daß Chamberlain sich in Verfolg seiner Appeasementpolitik nicht auf den französischen Kurs der „automatischen Verpflichtung für eine militärische Aktion" hatte festlegen lassen. Beneš wertete dieses Konferenzergebnis optimistisch als hinreichende Warnung gegenüber Berlin; Berlin seinerseits entnahm den diplomatischen Berichten, daß keine der beiden Mächte deutsche Forderungen mit Waffengewalt entgegentreten würde. Daraufhin stellte Hitler seine militärischen Planungen darauf ab, im Westen lediglich ein Mindestmaß an Truppen zu belassen. Bei seinem Staatsbesuch in Rom Anfang Mai 1938 versicherte er sich der unbedingten Solidarität des Achsenpartners, zu der Mussolini sich auch bekannte, ohne allerdings konkrete militärische Absprachen zu treffen, obwohl Hitler als Morgengabe den Verzicht auf Südtirol „auf alle Zeiten" mitgebracht hatte.

Großbritannien ergriff in der ersten Maihälfte diplomatische Initiativen in Prag und Berlin mit dem Ziel, das sudetendeutsche Problem ohne Gewaltanwendung zu lösen. Henlein hatte bei seinem gleichzeitig stattfindenden Besuch einen Vorschlag unterbreitet (neben einem Zentralparlament in Prag Landtage und regionale Selbstverwaltung der Minderheiten, Festlegung der Volksgrenzen durch ein unparteiisches Schiedsgericht usw.), den die britische Seite als vernünftig ansah und der sie in ihrem Bemühen bestärkte, Beneš zum Nachgeben zu bewegen.

Illusionen in Prag

Die Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und der SdP begannen am 17. 5., wurden jedoch bereits am 19. wieder abgebrochen, da die Nachrichten über deutsche Truppenbewegungen in Bayern und Sachsen an der tschechoslowakischen Grenze die Entwicklung in eine überaus kritische Phase brachten. Obwohl die Zuverlässigkeit der Meldungen, publiziert durch britische Nachrichtenstellen, eine deutsche Zeitung und einen tschechischen Oberst, nicht sofort überprüft werden konnte, ignorierte Beneš die Berliner Erklärung, die Nachrichten seien grober Unfug, und unter seinem Vorsitz beschloß ein Ministerrat, an dem auch Offiziere teilnahmen, die Teilmobilmachung (20. 5., 15.00 Uhr). Die Urteile über diese Maßnahme gingen und gehen weit auseinander: Beneš habe damit die Westmächte zu eindeutigen Stellungnahmen zugunsten der ČSR zwingen, er habe die eben stattfindenden Gemeindewahlen im antideutschen Sinn be-

einflussen bzw. er habe lediglich Ruhe und Ordnung im Staate sichern wollen.

Jedenfalls hing am 20./21. 5. alles von der Reaktion Hitlers auf den tschechoslowakischen Schritt ab. Auf dessen Entscheidung wirkten zwei Tatsachen: Am 21. 4. hatte er von Keitel eine Neufassung der Weisung für „Grün" verlangt, die die Lage nach dem Anschluß Österreichs berücksichtigte. Mitte Mai wurde der neue Entwurf Hitler vorgelegt. Ziff. 1. lautete: „Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt oder die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dazu schaffen." Der 20./21. 5. brachte zwar die Herausforderung, aber sie kam überraschend. Überdies hatte die britische Demarche am 21. 5. daran erinnert, daß Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs zur Intervention gezwungen sei. England könne auch ohne vertragliche Verbindung durch die Umstände bzw. aus politischer Notwendigkeit gezwungen werden, einzugreifen. Die Tatsache, daß Hitler nicht aggressiv reagiert hatte, wurde insbesondere in Prag triumphierend als Sieg der eigenen Stärkedemonstration interpretiert, der Illusionismus über die Lage steigerte sich noch mehr.

Die Sudetendeutsche Partei, aus den Gemeindewahlen 1938 mit einem 92,6-%-Sieg aller deutscher Stimmen hervorgegangen, nützte die nach der „Wochenendkrise" noch vergrößerte Bereitschaft Londons, die deutschen Forderungen in Prag zu unterstützen.

Hitler seinerseits unterzeichnete den eben fertiggestellten Entwurf der Weisung „Grün" nicht mehr. In der Fassung vom 30. 5. lautete Ziff. 1. jetzt: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung." Damit waren die Sudetendeutschen endgültig zum Manipulationsobjekt in Hitlers politischer Strategie geworden; der Kampf um ihr Recht war nicht mehr eigentlicher Zweck, sondern nur noch Hebelarm für die nationalsozialistische Raumpolitik. Natürlich blieb der Öffentlichkeit diese Wendung verborgen. Während sie bereits zu Figuren in Hitlers Spiel geworden waren, glaubten die Sudetendeutschen immer noch, in Hitler den tatkräftigsten Anwalt ausschließlich ihrer Interessen gefunden zu haben.

Von der Wochenendkrise bis zum 19./21. 9. 1938

Da der Wille zum Miteinander auch in Zeiten relativ ruhiger Entwicklung immer nur Teile der deutschen bzw. tschechoslowakischen Bevölkerung und unter Führung einzelner Politiker erfaßt hatte, jedoch das Nebeneinander bei gegenseitigem Mißtrauen vorherrschend gewesen war, konnte es unter den besonderen Verhältnissen des Frühjahrs und Sommers 1938 nicht ausbleiben, daß sich daraus ein Gegeneinander entwickelte. In beiden Volksgruppen wuchs die Tendenz zur nationalen Selbstbehauptung; wobei auf tschechischer Seite der Gebrauch der staatlichen Machtmittel um so schärfer wurde, je aussichtsloser der weitere Verfolg der bisher praktizierten Politik schien; für das Solidaritätsgefühl der Sudetendeutschen andererseits war es charakteristisch, daß es wohl immer noch keine einmütige Haltung in der Frage „Anschluß" oder „innerstaatliche Lösung" gab, aber es galt einfach als Gebot der Stunde, Geschlossenheit im Rahmen der SdP zu demonstrieren.

Propagandakrieg

An Reibungsflächen zwischen Deutschen und Tschechen fehlte es aufgrund der Verhältnisse nicht, und Zwischenfälle waren geradezu unvermeidlich. Am 17. 10. 1937 war es in Teplitz-Schönau erstmals zu einer schweren Auseinandersetzung gekommen, als führende SdP-Abgeordnete in ein Handgemenge mit tschechischer Polizei gerieten. Nach der wenig später erfolgten „Gleichschaltung" der Politik Henleins mit der des Dritten Reiches übernahm es die reichsdeutsche Presse, diesen Vorfall entsprechend propagandistisch auszuwerten und auf diese Weise die Auseinandersetzung systematisch anzuheizen. Der Propagandakrieg – in der „Führer"-Weisung vom 30. 5. 1938 schließlich als vorbereitendes Mittel zur Herbeiführung von „Grün" eigens aufgeführt (Punkt 3b) – war als Zermürbungstaktik gedacht und wurde im Laufe der Monate gesteigert. Hitler selbst lobte nachträglich (am 10. 11. 1938 vor der nationalsozialistischen Presse) die vorzügliche Arbeit, die die Propaganda geleistet habe:

„Ich war der Überzeugung, daß ich durch diese monatelange Tätigkeit langsam aber sicher die Nerven dieser Herren in Prag zerstören werde. Und dazu mußte auch die Presse mithelfen. Sie mußte mithelfen, langsam die Nerven dieser Leute zugrunde zu richten, und sie haben auch tatsächlich nicht standgehalten. In dem Augenblick der letzten und entscheidenden Belastung sind die Nerven der anderen zusammengebrochen, ohne daß es am Ende notwendig war, daß wir wirklich zur Waffe griffen ..."

Der Höhepunkt dieser gesteuerten Pressekampagne und der provozierenden Aktionen fiel allerdings erst in den September 1938, in eine Zeit, in der aufgrund vielfältiger diplomatischer Aktivität eine politische Lösung des Konflikts weitgehend vorbereitet war, die freilich Hitlers militärische Planung zu vereiteln drohte.

Diplomatische Aktivitäten

Nach der Wochenendkrise im Mai 1938 lief die diplomatische Aktivität in zwei Richtungen: Chamberlain versuchte nach dem Erfolg des britischen Auftretens gegenüber Hitler die nach seiner Meinung entspannte Lage zur beschleunigten Beseitigung des Krisenherdes zu nützen, d. h. verstärkt Prag zur raschen Einigung mit den Sudetendeutschen anzutreiben; Hitler andererseits bemühte sich, Ungarn und Polen für sein geplantes Vorgehen gegen die ČSR zu gewinnen. Ungarn ging sehr zögernd auf die Vorschläge zur Zusammenarbeit ein: Man verwies auf die Nachbarschaft der Ententemächte Jugoslawien und Rumänien; eine militärische Aggression wurde prinzipiell abgelehnt.

Polen, unter Außenminister Becks autoritärer Führung von ausgeprägtem nationalen

Der slowakische Politiker Hlinka (sitzend) mit einer Kopie des zwischen Masaryk und slowakischen Exilpolitikern 1918 in Pittsburgh geschlossenen Abkommens. Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1926.

Selbstbewußtsein erfüllt, ließ schon durch seine Absagen an Frankreich erkennen, daß es in opportunistischer Manier auf die günstige Gelegenheit des Zerfalls der ČSR wartete, um dann seine neutrale Haltung zu verlassen und sich die beanspruchten polnisch besiedelten Gebiete anzueignen.

Zu diesen von Nachbarstaaten erhobenen Forderungen kamen die Autonomiebestrebungen der Slowaken. Die Slowakische Volkspartei unter Hlinka hatte zeitweilig sogar mit der SdP zusammengearbeitet, um ihrem Anspruch auf ein eigenes Parlament Nachdruck zu verleihen. Die Slowaken beriefen sich auf das Abkommen, das 1918 zwischen Masaryk und slowakischen Exilpolitikern in Pittsburgh abgeschlossen, seither von tschechischer Seite jedoch nicht erfüllt worden war. Noch brach der Konflikt nicht offen aus, da regierungstreue Slowaken den autonomistischen Kurs Hlinkas nicht unterstützten.

Neue Zuspitzung der Lage

Mit voller Klarheit erkannten die Westmächte die kritische Lage für die ČSR. Die Einwirkung auf diplomatischer Ebene wurde insbesondere in England von der öffentlichen Meinung und der Presse unterstützt, es sei höchste Zeit, die Ungerechtigkeit von Versailles zu korrigieren und den Sudetendeutschen endlich das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Deshalb riet die britische Regierung Prag dringend, das von der SdP am 7. 6. gleichzeitig in Prag, Paris und London überreichte 14-Punkte-Programm ernst zu nehmen und so viel wie irgend möglich davon zu akzeptieren. Henleins Verhandlungen mit dem grundsätzlich verständigungsbereiten Ministerpräsidenten Hodža scheiterten jedoch.

Beneš befürchtete den Zerfall seines und Masaryks Lebenswerks, wenn die Umwandlung in einen Nationalitätenstaat vollzogen würde. Er erwiderte die weitgehenden SdP-Forderungen mit einem Regierungsentwurf, der nur wenige Konzessionen enthielt. Damit spitzte sich die Lage Mitte Juli abermals bedrohlich zu. Wiederum wurden unter Hinweis auf deutsche Truppenbewegungen in Prag militärpolitische Entschlüsse gefaßt (Dienstzeitverlängerung, Einberufung von Reserven). Die britische Regierung entschloß sich daraufhin zu einem weitergehenden Schritt.

Die Mission Lord Runcimans

Am 18. 7. einigte man sich mit Paris über den Plan, Lord Runciman als „unabhängigen Vermittler und Beobachter" in die ČSR zu entsenden. Erst am 23. 7. gab Prag nach Überwindung schwerer Bedenken bezüglich der eigenen Souveränität seine Zustimmung. Die SdP setzte durchaus Hoffnungen auf die Entsendung Runcimans; die deutsche Reichsregierung hingegen lehnte eine Stellungnahme ab. Runciman verhandelte vom 3. 8. an mit der Prager Regierung und der SdP. Im Stab Runcimans erkannte man sehr

Tschechoslowakische Polizisten und Soldaten halten sich in Eger für den Fall neuer Unruhen bereit.

bald, daß es innerhalb der SdP-Führung unterschiedliche Auffassungen zwischen Henlein und der Gruppe um Karl Hermann Frank gab, wobei insbesondere Frank den präzisen Weisungen Hitlers und Ribbentrops folgte, die ihrerseits trotz aller Einsprüche von Soldaten und Diplomaten die militärischen Vorbereitungen weit vorangetrieben hatten (der deutsche Generalstabschef, Generaloberst Beck, hatte in einer Denkschrift vom 6. 7. die Bitte an Hitler gerichtet, die befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen!). Auch ein Memorandum Runcimans an Hitler, die Mission nicht zu gefährden, führte zu keiner Einwirkung auf Frank. Eine innerstaatliche Lösung wurde immer weniger möglich. Die politischen Zusammenstöße, deren Zahl und Schwere zunahm, schienen Hitler noch dazu Recht zu geben.

In dieser Lage konnte Präsident Beneš dazu gebracht werden, einen Reformplan zu konzedieren („3. Plan", 30. 8.), der weitgehend die Forderungen des Karlsbader Programms erfüllte, aber von der SdP als ungenügend bezeichnet wurde (2. 9.). Beneš blieb auch nach dem dringenden Rat britischer Diplomaten, noch weiter nachzugeben, bei seiner Weigerung. Die Sudetendeutschen würden die Karlsbader Punkte nach ihrem Gutdünken interpretieren, er wolle zur Auflösung des Staates keine Blankovollmacht ausstellen. Runciman beschwor Beneš weiterhin, bis der Präsident in seinem „4. Plan" (5. 9.) territoriale Autonomie in den deutsch besiedelten „Kantonen", nationale Proportionalität auf allen Gebieten, sowie Gleichstellung der Sprachen zubilligte, eine zentrale Regierungsstelle für alle deutschen Kantone allerdings ablehnte.

Provozierte Zwischenfälle

Zu diesem Zeitpunkt kamen selbst diese Zugeständnisse, die, vor 1938 gewährt, den Konflikt wohl aus der Welt geschafft hätten, zu spät, da Hitler seine grundsätzliche Entscheidung bereits getroffen hatte. Die SdP, die Hitlers bevorstehende Rede auf dem Nürnberger Parteitag abwarten wollte, verzögerte die Verhandlungen über den 4. Plan. Um Hitler zuvorzukommen, verteidigte Beneš am 10. 9. seinen Plan in einer öffentlichen Rede; durch diese Reform werde die Republik zu einer der schönsten, der bestverwalteten, reichsten und gerechtesten Staaten auf der ganzen Welt. Sein Optimismus währte nur zwei Tage: Am 12. 9. forderte Hitler in seiner Parteitagsrede das Recht auf Selbstbestimmung, worunter in der gegenwärtigen Lage nur der Anschluß gemeint sein konnte, eine weitere Unterdrückung werde er nicht dulden. Gleichsam um die Unverträglichkeit der Situation zu demonstrieren, begannen gleichzeitig von der SdP auf Hitlers Weisung provozierte Zwischenfälle. Im „Völkischen Beobachter" las sich das so:

„Furchtbare Greueltaten der tschechischen Mordbanditen", „Dieser Verbrecherstaat muß zerschlagen werden", „Sudetendeutsche Gehöfte und Betriebe in Brand gesteckt", „Organisierte Menschenjagden im Egerland", „Zeugen des tschechischen Blutterrors – 23 000 Flüchtlinge", „Deutsches Blut klagt an!", „Frau und Kind von Panzerwagen zermalmt", „Tschechisch-kommunistische Vorbereitungen für einen Massenmord der Deutschen in Aussig".

Tschechoslowakische Polizeiberichte meldeten:

„Die nach der Beendigung der Rede Hitlers begonnenen Demonstrationen der SdP entwickelten sich im Laufe des 13. 9. zu einem Aufstand." „In vielen Orten wurden Hakenkreuzfahnen ausgehängt. Die Angehörigen der SdP sind mit Pistolen und auch Geweh-

ren und verschiedenen Waffen (Dolchen, Knüppeln, Schlagringen ...) bewaffnet. Es wurden neue Waffen deutscher Herkunft festgestellt. Gegner der SdP beider Nationalitäten werden verfolgt und bemühen sich, in das Landesinnere zu fahren." „Angehörige deutscher aktivistischer Parteien, Tschechen und Juden fahren ins Landesinnere ab bzw. senden ihre Familien dorthin, während Mitglieder der SdP in der Nähe der Grenze nach Deutschland hinüberwechseln." „In einigen Räumen wurden Massenüberläufe von Mitgliedern der SdP nach Deutschland festgestellt, wo sie für neue Unruhen bewaffnet werden sollen."

Die SdP-Führung erklärte: „... Wehrlose Frauen und Kinder, Hunderte von Toten und Schwerverletzten klagen an. Unter dem Deckmantel humanitärer Phrasen wird gemordet und geplündert ..."

Am 13. 9. verhängte die Regierung in mehreren sudetendeutschen Bezirken das Standrecht. Daraufhin brachen die SdP-Führer alle Verhandlungen mit Prag ab, kündigten das Autonomieprinzip des Karlsbader Programms und erklärten nunmehr (15. 9.) offen: „Wir wollen als freie deutsche Menschen leben! Wir wollen wieder Friede und Arbeit in unserer Heimat! Wir wollen heim ins Reich!"

Prag antwortete mit dem Verbot der SdP, worauf die Führung und zahlreiche Mitglieder nach Bayern flohen. Henlein erhielt am 17. 9. von Hitler den Auftrag, aus Flüchtlingen das Sudetendeutsche Freikorps (SFK) aufzustellen. Als Zweck wurde angegeben: „Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße." In den Anweisungen für das SFK hieß es: „... In den Untereinheiten des Freikorps sind Terrorgruppen zu bilden, die ständige Beunruhigung im sudetendeutschen Grenzgebiet hervorrufen. Größere Aktionen ordnet der Führer selbst über OKW an ..." „... Durchführung in Form von kleineren Unternehmungen gegen tschechische Postierungen, Wachhäuser usw. Auftreten in Form von Terrorgruppen ..."

Der Großteil der sudetendeutschen Bevölkerung war durch die Ereignisse und durch die Flucht der SdP-Führer verwirrt und beunruhigt. Da versuchten die sudetendeutschen Sozialdemokraten eine letzte Rettungsaktion: Sie forderten alle demokratisch gesinnten Deutschen auf, den neugegründeten „Deutschen Nationalrat" bei seinen Verhandlungen mit der Prager Regierung auf der Grundlage des 4. Planes zu unterstützen. Der Versuch scheiterte. Es war völlig unmöglich geworden, das Problem auf innerstaatlicher Ebene zu lösen. In der internationalen Politik gab es niemanden mehr, der sich für die Erhaltung der ČSR einzusetzen gedachte.

Am 7. 9. hatte die Londoner „Times" bereits in einem Artikel die Trennung von Deutschen und Tschechen vorgeschlagen; die britische Regierung erwog bereits vorm Nürnberger Parteitag eine Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und der ČSR; Henderson beschwor seine Regierung immer wieder, Hitler durch Erfüllung seiner Forderungen den Vorwand zur Gewaltanwendung zu nehmen. Am 13. 9. veröffentlichte Chamberlain schließlich den sensationellen Plan, persönlich zu Hitler zu einer Aussprache zu fliegen.

Chamberlain trifft Hitler

Die Verhandlungen am 15. 9. fanden auf dem Berghof bei Berchtesgaden statt. Hitler verlangte nicht nur die Abtrennung des Sudetengebietes und Annullierung von Bündnissen, die Deutschland als Bedrohung auffassen müsse (gemeint war das Bündnis der ČSR mit der Sowjetunion), sondern wies auch darauf hin, daß die übrigen Minderheitenprobleme der ČSR auf die Dauer nicht ignoriert werden könnten. Chamberlain reiste mit der Zusage ab, auf seine Regierung, auf Paris und auf Prag in diesem Sinne einzuwirken. Er wurde dabei vom Schlußbericht Runcimans bestärkt, in dem zwar die Verantwortung für das Scheitern aller Bemühungen Henlein, Frank und ihren Hintermännern angelastet, aber zugleich in realistischer Einschätzung der Lage eine Abtretung des sudetendeutschen Gebietes empfohlen wurde; die Entwicklung sei zu weit fortgeschritten, als daß noch eine andere Lösung in Frage komme. Unter dem Eindruck der Ereignisse erwog sogar Beneš am 15. 9. die Abtretung gewisser Teile des Sudetenlandes und ließ einen diesbezüglichen Vorschlag am 17. 9. in Paris überreichen.

Am 18./19. 9. berieten die britischen und französischen Politiker in London die weiteren Schritte. Daladiers Befürchtung, Hitler wolle die Zerstückelung der ČSR erreichen, um seinen Marsch nach Osten zu verwirklichen, traf zwar die Wahrheit; aber Chamberlain gab zu bedenken, daß eine Ablehnung von Hitlers Berchtesgadener Forderungen Krieg bedeute; die ČSR könne man eventuell zur Annahme der von ihr bisher strikt abgelehnten Gebietsabtretung bringen, wenn man ihr eine internationale Garantie der neuen Grenzen in Aussicht stellte; Großbritannien würde einer derartigen Garantie beitreten. Am 19. 9. wurden die auf dieser Basis entwickelten Vorschläge an Prag übermittelt.

„Wir sind beide davon überzeugt, daß nach den jüngsten Ereignissen jetzt ein Punkt erreicht ist, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Bezirke innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht mehr ohne eine Gefährdung der Interessen der Tschechoslowakei selber und des europäischen Friedens möglich ist. Im Lichte dieser Erwägungen sind beide Regierungen zu der Schlußfolgerung veranlaßt worden, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Lebensinteressen der Tschechoslowakei nur dann wirksam gesichert werden können, wenn diese Gebiete jetzt an das Reich abgetreten werden. Dies könnte entweder durch eine direkte Gebietsabtretung oder als Ergebnis einer Volksabstimmung geschehen. ... Wir erkennen an, daß die tschechoslowakische Regierung, wenn sie bereit ist, an den vorgeschlagenen Maßnahmen mitzuwirken, das Recht hat, gewisse Zusicherungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Sicherheit zu verlangen. Demgemäß würde die kgl. Britische Regierung zu einem Beitrag zur Befriedung Europas bereit sein, indem sie einer internationalen Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen nichtprovozierten Angriff beitritt. Eine der Hauptbedingungen einer solchen Garantie wäre die Sicherung der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei durch eine allgemeine Garantie gegen einen nicht provozierten Angriff an Stelle der bestehenden Verträge mit ihren Gegenseitigkeitsverpflichtungen militärischen Charakters ..."

Protestdemonstration in Prag am 22. September 1938 gegen die Londoner Vorschläge vom 19. September.

In Prag empfand man den Plan als „Verrat" und als „Preisgabe". Die Lage war ausweglos: Ob man die Vorschläge ablehnte oder annahm – das Ende der ČSR, so wie sie 1918–20 geschaffen worden war, schien besiegelt, entweder am Konferenztisch oder durch Krieg. Die Prager Regierung zögerte mit der Antwort, obschon auf Betreiben Hitlers Ungarn und Polen eine paritätische Behandlung ihrer Minderheiten forderten (20. 9.) und slowakische Autonomieansprüche zu erwarten waren. Die Nervosität in London, wo man bereits für den 21. 9. die nächste Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Hitler vereinbart hatte, wuchs, wich dann aber einer großen Verärgerung, als am Abend des 20. 9. Prags Ablehnung der Londoner Vorschläge eintraf. Unverzüglich wurde der Prager Regierung bedeutet, damit müsse sie die Verantwortung für die sich ergebenden Konsequenzen allein übernehmen. In Prag war man sich darüber im klaren, daß man völlig isoliert war; die Sowjetunion sparte zwar nicht mit harten Worten über die imperialistischen Ziele Hitlers, aber es unterlag keinem Zweifel, daß sie sich an das Junktim mit der französischen Handlungsweise hielt. Am 21. 9. gab Prag schließlich doch seine Zustimmung zu den Londoner Vorschlägen: „Wir hatten keine andere Wahl, weil wir allein standen. Wir standen vor den Schrecken des Krieges. Wir opferten uns für das Wohl Europas", sagte Außenminister Krofta. Die Prager Regierung erklärte:

„Durch die Umstände gezwungen und auf äußerstes Drängen der französischen und englischen Regierung akzeptiert die Regierung der Tschechoslowakischen Republik mit Bitternis die französisch-englischen Vorschläge in der Annahme, daß beide Regierungen alles tun werden, um bei der Realisierung der erwähnten Vorschläge die Lebensinteressen der Tschechoslowakischen Republik zu sichern ... Die Regierung nimmt die französisch-englischen Vorschläge als ein unteilbares Ganzes an und hebt die besondere Bedeutung hervor, die das versprochene Prinzip der Garantie für sie hat."

Die entscheidende Frage war nun, wie Hitler auf diese Situation reagieren würde. Würde er den Konflikt, obschon alle seine Forderungen erfüllt waren, weiter schüren, um „Grün" doch noch auslösen zu können?

Vom 21. 9. 1938 bis München

Chamberlain reiste unverzüglich nach Bad Godesberg (22. 9.). Erfüllt von der Hoffnung, seine Friedensmission erfolgreich zu Ende führen zu können, glaubte er mit Hitler nur noch Verfahrensfragen über die Abtretung besprechen zu müssen. Um so bestürzter war der britische Premier, als ihm Hitler sofort sagte, der Plan könne nicht mehr aufrechterhalten werden: Aufgrund der polnischen und ungarischen Forderungen, der unhaltbaren Zustände in den Grenzgebieten sowie der sowjetischen Äußerungen über eine militärische Unterstützung müßte „eine Lösung so oder so" bis zum 1. 10.

Hitler spricht im Sportpalast in Berlin (26. September 1938): „Wir wollen gar keine Tschechen ... in bezug auf das ... sudetendeutsche Problem ist meine Geduld jetzt zu Ende."

herbeigeführt werden. Hitler forderte die sofortige Besetzung der sudetendeutschen Gebiete sowie die Berücksichtigung der polnischen und ungarischen Ansprüche.

Schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung konnte Chamberlain diesem Gewaltverfahren nicht zustimmen, versprach lediglich die Übermittlung, jedoch keine Empfehlung des deutschen Memorandums, das ihm beim Gespräch am 23. 9. überreicht wurde und das in ultimativer Form Fristen für die Durchführung von Volksabstimmung und Besetzung enthielt. Als während der Sitzung die tschechoslowakische Mobilmachung (23. 9., 22.30 Uhr) gemeldet wurde, schien der Kriegsausbruch unmittelbar bevorzustehen. Die Lage mußte Chamberlain insofern paradox erscheinen, weil Hitlers Forderung von tschechischer Seite bereits grundsätzlich akzeptiert war und trotzdem noch eine blutige Auseinandersetzung ausbrechen sollte.

Die am 22. 9. umgebildete Prager Regierung unter General Široký sah Hitlers Godesberger Verhalten zutreffender: „Deutschland sucht Vorwand für Krieg, um sich nicht nur mit sudetendeutschem Gebiet zufrieden geben zu müssen." Die britische Regierung versuchte, Prag dazu zu bringen, wenigstens ihre Polizeiverbände aus dem sudetendeutschen Gebiet zurückzuziehen, um die Lage noch einmal zu entspannen. Aber die SFK-Verbände waren bereits aktiv geworden: Sie besetzten verschiedene Orte im Grenzgebiet, nahmen tschechische Polizisten und Beamte fest und überfielen selbst Gendarmeriestationen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verletzte.

Prag lehnte am 26. 9. das Godesberger Memorandum kategorisch ab. „... Diese Vorschläge gehen weit über das hinaus, was wir in dem sogenannten englisch-französischen Plan annahmen ... Diesen neuen und grausamen Forderungen gegenüber fühlt sich meine Regierung verpflichtet, äußersten Widerstand zu leisten ... Die Nation von St. Wenzeslaus, Johann Hus und Tomáš Masaryk will keine Nation von Sklaven sein ..." Die Note wurde in London überreicht, als Daladier und Chamberlain eine weitere Besprechung abhielten. Zur Erhaltung des Friedens um jeden Preis war jetzt nur noch der britische Premier bereit. Daladier sprach sich dafür aus, der ČSR militärisch zur Seite zu stehen. Die Konferenz endete ohne einen gemeinsamen Beschluß. Am 26. 9. um 17.00 Uhr unternahm Chamberlain einen letzten Versuch. Durch Horace Wilson, seinen außenpolitischen Berater, versuchte er, Hitler zum Eingehen auf das tschechoslowakische Zugeständnis vom 21. 9. zu bringen. Hitler antwortete, bis zum 28. 9., 14.00 Uhr müsse sein Godesberger Memorandum akzeptiert sein, bis zum 1. 10 sei das sudetendeutsche Gebiet besetzt, gleichgültig ob durch Verhandlungen oder durch Gewalt.

Wenige Stunden später hielt er im Berliner Sportpalast eine Rede. Nach scharfen Angriffen auf Beneš sagte Hitler über seine Verhandlungen mit Chamberlain:

„Ich habe es ihm weiter versichert und wiederhole es hier, daß es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt! Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die Tschechoslowakei ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen! Allein, ebenso will ich nun vor dem deutschen Volk erklären, daß in bezug auf das tsche ... [sic!] sudetendeutsche Problem meine Geduld

jetzt zu Ende ist. Ich habe Herrn Beneš ein Angebot gemacht [gemeint ist das Godesberger Memorandum]. Es ist nichts anderes, als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt in seiner Hand Frieden oder Krieg!"

Am 27. 9., 12.15 Uhr traf Wilson Hitler ein zweites Mal; Hitler ging auf Wilsons Versicherung, Chamberlain wolle für die Erfüllung der tschechischen Verpflichtungen die Verantwortung übernehmen, nicht ein, sondern verlangte abermals kategorisch die Annahme des Godesberger Memorandums. Wilson machte ihn darauf aufmerksam, daß Frankreich im Falle einer deutschen Gewaltanwendung zu seinem Vertrag mit der ČSR stehen und England sich verpflichtet fühlen würde, Frankreich Hilfe zu leisten. Trotz der Gefahr eines europäischen Kriegsausbruchs befahl Hitler unmittelbar nach der Aussprache (27. 9., 13.00 Uhr) die „Aktion gegen Grün" so vorzubereiten, daß ihre Durchführung ab 30. 9. möglich sein würde.

Am Abend des 27. 9. (22.00 Uhr) ließ auch Roosevelt Hitler wissen, die USA würden sich für Großbritannien und Frankreich einsetzen. Es gab nur noch eine Chance, der durch „Grün" projektierten gewaltsamen „Zerschlagung der ČSR" zuvorzukommen: Die ČSR mußte dazu gebracht werden, die Sudetengebiete vor dem 1. 10. an Deutschland zu übergeben!

Der Wettlauf mit der Zeit begann: Am 27. 9. abends befahl Hitler die Mobilisierung der Westdivisionen und eine größere Aktivität des SFK. Da entschlossen sich die Westmächte, den bereits Mitte September erwogenen Plan wieder aufzugreifen und Mussolini in ihre Friedensbemühungen einzuschalten. Der Duce hatte zwar in den vergangenen Wochen nicht mit markigen Worten zugunsten seines Achsenpartners gespart, aber man glaubte andererseits auch zu wissen, daß nur noch ein Wort Mussolinis Hitler würde umstimmen können. Roosevelt bat Mussolini am 28. 9., 4.00 Uhr, eine Konferenz bei Hitler zur Schlichtung der Streitfrage anzuregen. Um 10.00 Uhr sprach der britische Botschafter in Rom mit Außenminister Ciano im gleichen Sinn. Um 11.15 Uhr unterbreitete der französische Botschafter Hitler den Vorschlag, sich mit der Besetzung eines bestimmten Teils des Sudetenlandes am 1. 10. zu begnügen. Dies entsprach dem britischen Zeitplan, der in Berlin in der Nacht überreicht worden war und eine Besetzung vom 1. bis 10. Oktober in verschiedenen Etappen vorsah. Damit war die Godesberger Forderung nahezu erfüllt. Laut Ribbentrops Wort vom Vortag war „damit das Peinlichste, was uns passieren könnte" tatsächlich eingetreten. Hitler zögerte; lehnte er ab, brach sicherlich der europäische Krieg, wenn nicht ein Weltkrieg aus – „Grün" war unter der Voraussetzung eines möglichst isolierten Vorgehens gegen die ČSR konzipiert worden. In diesem Augenblick überbrachte der italienische Botschafter Attolico den Vorschlag Mussolinis, die Frist des Ultimatums um 24 Stunden zu verschieben. Hitler stimmte zu. Damit war der Weg frei für weitere Verhandlungen.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Die Konferenz in München

Am Nachmittag des 28. 9., 14.00 Uhr, hatte Hitler dem Plan zugestimmt, auf einer Konferenz der Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands den Modus für die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete festzulegen. Während Chamberlain und Daladier mit großer Erleichterung zusagten, am 29. 9. nach München zu reisen, war Hitler „nur halbwegs zufrieden". Seinen Unmut darüber, daß ihm die Gelegenheit zur Liquidierung der ČSR aus den Händen gewunden war, bekam Mussolini auf der gemeinsamen Fahrt von Kufstein nach München zu spüren. Es schien, als halte Hitler immer noch daran fest, „Grün" um 14.00 Uhr beginnen zu lassen, wenn die Konferenz scheiterte.

Außerdem wies er Mussolini auch noch auf weitere Perspektiven hin:

„Im übrigen wird der Tag kommen, an dem wir uns vereint gegen England und Frankreich werden schlagen müssen: Es ist von großem Wert, daß das stattfindet, solange an der Spitze unserer Länder der Duce und ich stehen, und zwar noch jung und in voller Kraft."

Mussolini war klar, daß nur im Falle der restlosen Annahme der Hitlerschen Forderungen der Kriegsausbruch zu vermeiden war. Diese Ansprüche waren von deutscher Seite bereits am Vortag in fünf Punkte gefaßt worden; durch seinen Botschafter in Berlin erhielt sie nunmehr Mussolini. Der Duce legte diesen Plan der um 12.45 Uhr zusammengetretenen Konferenzrunde vor. In drei Sitzungen einigte man sich auf den Text (30. 9., 1.30 Uhr).

In seinem Hauptteil stellt das Abkommen das Durchführungsverfahren für die am 21. 9. von Prag prinzipiell zugestandene Abtretung und für den auf der Grundlage von Hitlers Godesberger Memorandum ausgehandelten Besetzungsmodus fest. Im Zusatz wurde das Grenz-Garantieprojekt, von dem die britisch-französische Note vom 19. 9. gesprochen und das die tschechoslowakische Zustimmung vom 21. 9. als wesentlich bezeichnet hatte, auch von Deutschland und Italien akzeptiert. Der nach der ersten Zusatzerklärung konstituierte Ausschuß begann noch am gleichen Tag seine Tätigkeit in Berlin. Die in der zweiten Zusatzerklärung vorgesehene weitere Konferenz brauchte nicht einberufen zu werden, da Polen die beanspruchten Gebiete sofort besetzte und Ungarns Forderungen durch den ersten Wiener Schiedsspruch am 2. 11. 1938 geregelt wurden.

Der tschechoslowakischen Delegation wurde das Konferenzergebnis am 30. 9. um 1.30 Uhr überreicht und erläutert; eine Erklärung des Delegationsführers erwartete man nicht. Krofta stellte am 30. 9., 12.30 Uhr in Prag für die tschechoslowakische Regierung fest, „ ... daß wir uns den in München ohne uns und gegen uns getroffenen Entscheidungen unterwerfen ... Ich will nicht kritisieren, aber das ist für uns eine Katastrophe, die wir nicht verdient haben. Wir unterwerfen uns und werden uns bemühen, unserem Volk ein ruhiges Leben zu sichern. Ich weiß nicht, ob von dieser in München getroffenen Entscheidung Ihre Länder Vorteile haben werden. Allein, wir sind gewiß nicht die letzten, nach uns werden andere betroffen werden."

Die Großmächte hatten Entscheidungen getroffen, ohne den betreffenden Staat daran zu beteiligen; das Selbstbestimmungsrecht wurde nicht praktiziert. Einem Plebiszit in den deutsch besiedelten Gebieten hatte sich Beneš konsequent widersetzt, da die Gewährung der Abstimmung gleichlautende Forderungen in den slowakisch, ungarisch und polnisch besiedelten Gebieten nach sich gezogen hätte. Die Abtretung der Gebiete mit mehr als 50 % Deutschen erfolgte aus diesem Grunde ohne Befragung der Bewohner. Die durch den internationalen Ausschuß am 21. 11. 1938 festgelegte Grenze schlug allerdings auch tschechisch besiedelte Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung an Deutschland. Auf Grund des in Ziffer 7 vorgesehenen Optionsrechts waren Übertritte von Deutschen in das abgetretene Gebiet und von Tschechen aus ihm möglich. Der Versuch, eine ethnographisch möglichst zufriedenstellende Grenze zu finden, wurde zugunsten einer militärisch-strategisch vorteilhaften Grenzziehung nicht ernsthaft unternommen (siehe Karte „Tschechoslowakei – Staatsgrenzen 1919 bis 1945", Seite 18).

Abgetretene Gebiete:

- an Deutschland ca. 29 000 qkm mit 3,4 Millionen Einwohnern, darunter ca. 0,3 Millionen Tschechen und Slowaken (nach dem Stand vom 15. 5. 1939. Die beträchtlich höheren Zahlen für den Stand 1930 umfassen auch die nicht ortsansässigen Angehörigen der tschechoslowakischen Armee sowie zahlreiche eingesetzte tschechische Beamte, Angestellte und Lehrer);

- an Polen ca. 900 qkm mit 240 000 Einwohnern, darunter ca. 130 000 Tschechen;

- an Ungarn (Wiener Schiedsspruch vom 2. 11. 1938) ca. 12 000 qkm mit 1,0 Millionen Einwohnern, darunter ca. 0,3 Millionen Slowaken.

Die Rest-Tschechoslowakei (die inneren Regionen von Böhmen und Mähren, Slowakei, Karpato-Ukraine) umfaßte noch knapp 100 000 qkm mit 10,4 Millionen Einwohnern, darunter ca. 0,4 Millionen Deutsche.

Die französische Kammer billigte am 4. 10. 1938 mit 537:75 den Bericht Daladiers (Gegenstimmen: Kommunisten). Das britische Unterhaus nahm die Regierungserklärung über München mit 369:150 (Gegenstimmen vor allem Labour Party) an.

Die Weltöffentlichkeit feierte München als Rettung des höchst gefährdeten Friedens in Europa. Aber zum Unterschied von Chamberlain, der bei seiner Rückkehr der jubelnden Menge zurief „Ich glaube, das ist Frieden für unsere Zeit", wurde München von den Staatsmännern – deutschen wie ausländischen – schon kurze Zeit später heftig kritisiert.

Düster lautete Churchills Prognose nach München (5. 10. 1938):

„Alles ist vorbei. Schweigend, trauernd, verlassen und gebrochen versinkt die Tschechoslowakei im Dunkel. Sie hat in jeder Beziehung für ihre Verbindung mit Frankreich büßen müssen, von dessen Führung und Politik sie so lange beeinflußt war ... Das britische Volk sollte wissen, daß wir an einem furchtbaren Markstein unserer Geschichte vorübergekommen sind, daß das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde und daß jetzt das unheilvolle Urteil über die Demokratien des Westens gefällt worden ist: Man hat dich in einer Waage gewogen und zu leicht befunden! Glauben Sie nicht, daß es damit sein Bewenden habe. Es ist erst der Beginn der Abrechnung. Es ist erst der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird."

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sagte der französische Politiker Paul Reynaud: „München war der Kardinalirrtum der französischen und englischen Politik."

Für die sowjetische Außenpolitik bedeutete München einen Wendepunkt. Da sie von der Übereinkunft ausgeschlossen war und das Abkommen ebenfalls als eine Niederlage Englands und Frankreichs ansah, entschied sie sich für einen eigenen Kurs: Um Hitler eventuell von seinem antisowjetischen Konzept ablenken zu können, begann sie eine Annäherung an Deutschland in Erwägung zu ziehen, die auf Kosten Polens zustande kommen sollte.

Insgesamt gesehen wurde es der Weltöffentlichkeit bald bewußt, daß München keine wirkliche Entspannung gebracht hatte. Hitlers Expansionsdrang war nur vorübergehend gebremst worden. Er wertete München als Störung seiner Pläne zur Zerschlagung der Tschechoslowakei: „Chamberlain, der Kerl, hat mir den Einzug in Prag verdorben." Er war bis 1945 der Meinung, München sei die „verpaßte einzigartige Gelegenheit gewesen, leicht und schnell einen unvermeidlichen Krieg zu gewinnen." Aber die Westmächte hätten „wie Jämmerlinge alle unsere Forderungen bewilligt. Unter diesen Umständen war es wirklich schwer, die Initiative zu Feindseligkeiten zu ergreifen."

Aber auch Hitlers Gegner in Deutschland sahen durch München ihre Pläne vereitelt. Nach Becks Rücktritt (im August 1938) hatte General Halder in seinem Sinn weiterhin die Verbindung mit jenen Kräften – im Auswärtigen Amt insbesondere Staatssekretär v. Weizsäcker und die Brüder Kordt – aufrechterhalten, die den Krieg unter allen Umständen verhindern wollten. Die Militäropposition war entschlossen gewesen, Hitler an der Ausführung seiner Aggressionsabsichten gegenüber der ČSR zu hindern. Da weder Becks tiefschürfende Denkschrift noch die Einwände einzelner Generäle gegen einen derartigen Schritt, noch die Kontakte zu englischen Politikern mit dem Ziel, „drastische Vorstellungen" gegenüber Hitler zu erwirken, etwas fruchteten, beschlossen die verantwortungsbewußten Militärs zur Selbsthilfe zu greifen: Als Hitler den Angriffstermin auf Ende September festlegte, verlangte das OKH eine 24-Stundenfrist zwischen Information und Aktionsbeginn; während dieser Zeitspanne sollten Hitler, Goebbels, Himmler, Ribbentrop und andere Angehörige der kriegstreiberischen Gruppe verhaftet und anschließend auf Grund des erlassenen Angriffsbefehls vor dem Reichsgericht angeklagt werden. Das Zustandekommen der Münchener Konferenz bewahrte Hitler wahrscheinlich vor der Inhaftierung. Goerdeler schrieb am 11. 10. 1938:

Münchener Abkommen vom 29. September 1938. Von l. n. r.: Chamberlain, Daladier, Hitler, Mussolini, Graf Ciano.

„... Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden ... Hitler und Göring haben die ganze Welt geblufft. Doch die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnungen beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute von seinem Diktator frei sein ... Das Münchener Abkommen war nichts anderes als eine glatte Kapitulation Frankreichs und Englands vor aufgeblasenen Gaukelspielern ... Das Ende der Leidenszeit des deutschen Volkes unter brutaler Tyrannei und mittelalterlichen Methoden ist weit hinausgeschoben worden ... Indem Mr. Chamberlain vor dem Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben ..."

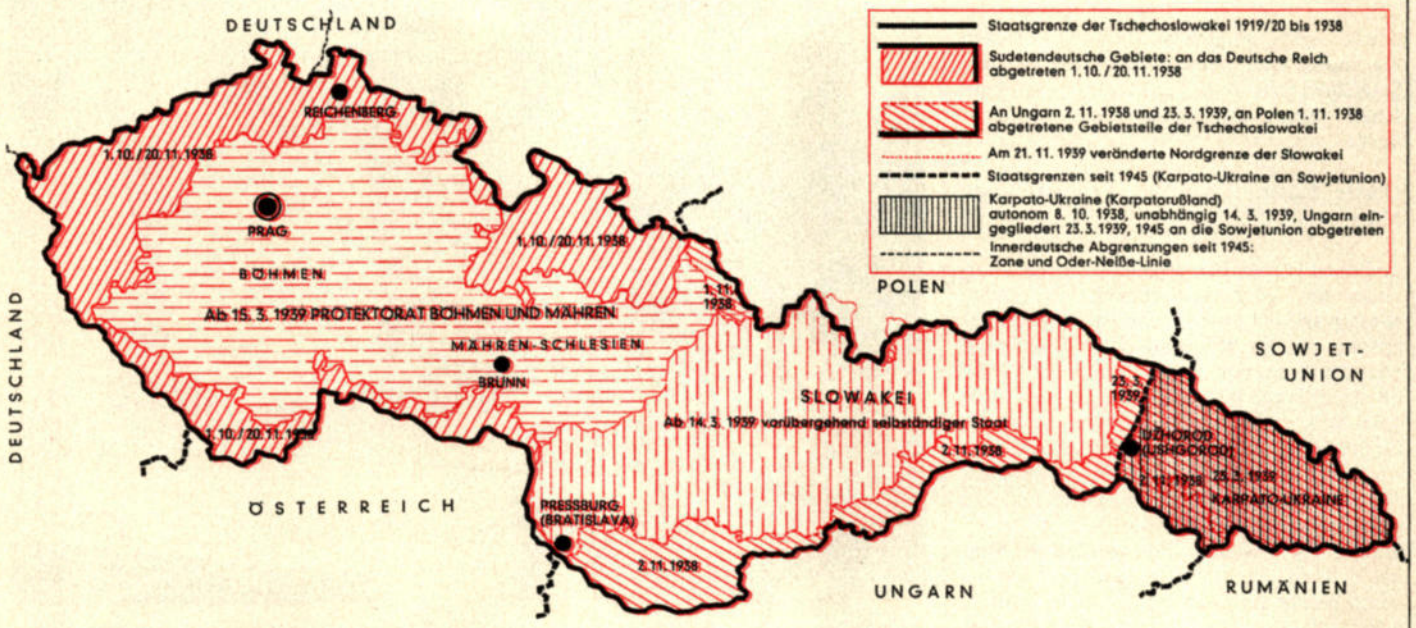
Die Stimmung der Sudetendeutschen, die in der Endphase der Entwicklung nur noch Objekt der Politik Hitlers gewesen waren, war nicht einhellig. Mochte die über die Hintergründe und Details nicht informierte Masse die „Heimkehr ins Reich" begeistert feiern und sich am Ziel eines langen und schweren Weges wähnen, mochten die Handlanger der Nationalsozialisten in karriereversprechende Positionen einrücken und ihrer Befriedigung über die Lage Ausdruck geben, die demokratischen politischen Führer empfanden das Münchener Abkommen als tragische Niederlage. Der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch urteilte: „In der Entscheidung über die Sudeten erreichte die Entwicklung einen Scheitelpunkt, welche in gerader Linie von dem Versailles der Sieger von 1918 zu dem Über-Versailles der Sieger von München führte ..." Die Prager Parteileitung der sudetendeutschen Sozialdemokraten erließ einen Aufruf:

„ ... Die Großmächte haben über die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete entschieden. Wir sind die Opfer dieser Entscheidung geworden. Es hat keinen Sinn, über diesen Vorgang, der mit der Wucht eines gewaltigen Schicksals auf uns hereingebrochen ist, zu richten. Vielleicht wird das Schicksal auch noch jene zu seinen Opfern ausersehen, die uns geopfert haben ..."

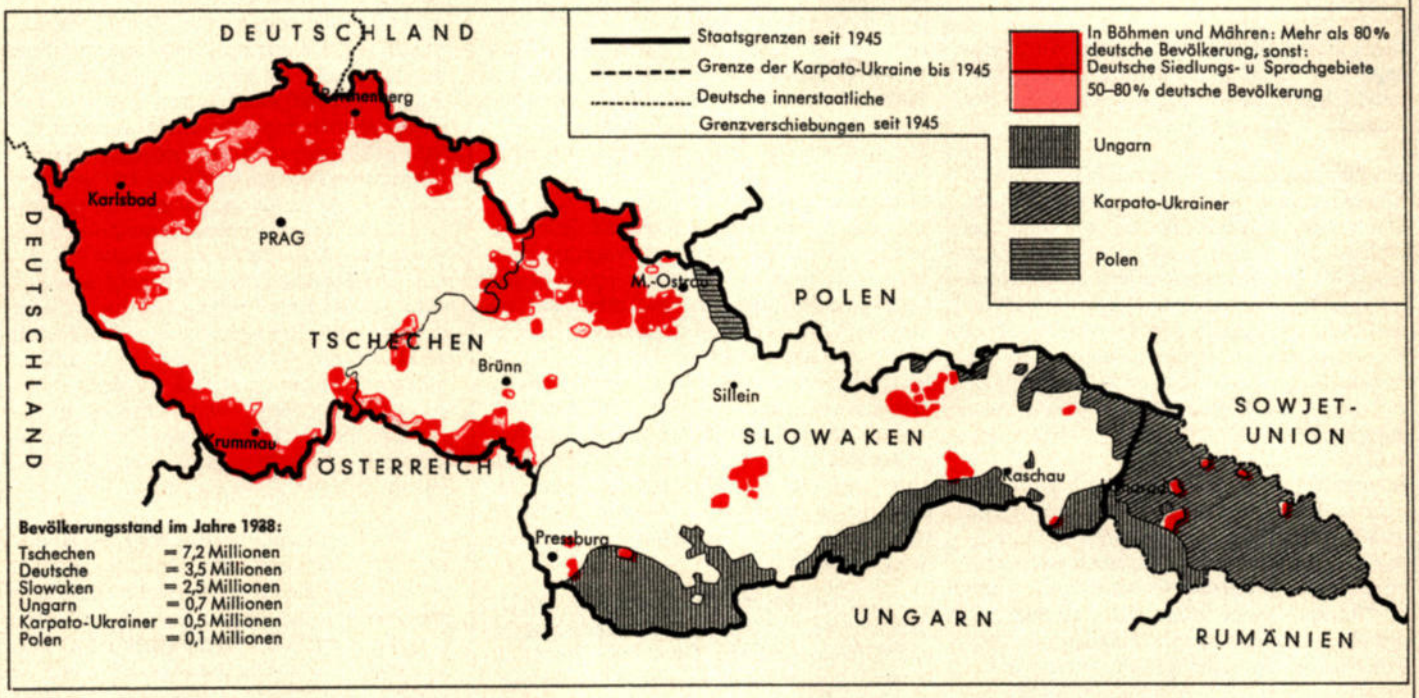
„München" wurde für die demokratischen Kräfte zum Symbol für den zynischen Mißbrauch des Anspruchs auf Selbstbestimmung und in der internationalen Politik zur Chiffre für die unrühmliche Preisgabe eines Bündnispartners sowie für die Kapitulation vor imperialistischer Gewaltanwendung.

Diese negative Beurteilung eines zunächst gefeierten Abkommens legt die Frage nahe, ob es für die Zeitgenossen vor der Konferenz eine Alternative gegeben hätte. Es wurden bereits englische Äußerungen zitiert, die auf die Unmöglichkeit verwiesen, zur Erhaltung

Tschechoslowakei Staatsgrenzen 1919–1945



Nationalitäten in der Tschechoslowakei



der Tschechoslowakei einen Krieg zu führen; ohne Frage hätte auch nach einem Erfolg der Alliierten den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden müssen. Auch tschechoslowakischen Politikern war klar geworden, daß eine Wiederherstellung des Zustandes von 1919, auch nach einem eventuell siegreichen Ausgang einer Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland, nicht denkbar war. Hier ist auch die Wurzel für die bereits kurz nach München erwogene Transfer-Lösung zu suchen: Am Gebietsbesitz von 1919 sollte festgehalten, die deutsche Bevölkerung jedoch aus dem Staat entfernt werden.

Die Eingliederung des Sudetenlandes

Mit dem Vollzug des Münchener Abkommens war für die weit überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen ihr nationales Ziel erreicht. Sie hatten den Anschluß an einen deutschen Nationalstaat lange Zeit erstrebt – nun allerdings kam er in der Form des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches. In einer aus der damaligen Sicht verständlichen Begeisterung ging die Eingliederung vor sich: Hitler ernannte Henlein am 1. 10. 1938 zum „Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete", die SdP wurde in die NSDAP überführt. (Die Mitgliedschaftszeit in der SdP wurde, was für die Ämterbesetzung wichtig war, jedoch auf Weisung der zentralen NSDAP-Leitung der Mitgliedschaft in der NSDAP nicht gleichgestellt: Die SdP habe ausschließlich um die Erhaltung des Deutschtums auf dem Boden der ehemaligen Tschechoslowakei gekämpft und damit keinen der Entwicklung der NSDAP vergleichbaren Kampf geführt!) Viele Sudetendeutsche, die jahrelang arbeitslos gewesen waren, erhielten in kurzer Zeit Beschäftigung im Alt-Reich oder in der

mit Reichsaufträgen florierenden und zum Teil in den Besitz großer deutscher Konzerne übergehenden Industrie des Sudetenlandes. Gleichzeitig verließen hunderttausende seit 1919 eingewanderte Tschechen mehr oder minder freiwillig und mehrere zehntausend Juden und Sozialdemokraten aus berechtigter Sorge um Leib und Leben das Territorium der „reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebiete". Die Reichsverwaltung des Jahres 1938 wurde durch Schaffung des „Reichsgaues Sudetenland" und Angliederung der südböhmischen und südmährischen Gebiete an Bayern und Nieder/Oberdonau eingeführt. Zahlreiche sudetendeutsche Organisationen mit langer Tradition an erfolgreicher Arbeit für die Belange der Volksgruppe wurden „gleichgeschaltet" und viele „reichsdeutsche" Bürokraten und Amtswalter mit zum Teil geringem Verständis für die diffizilen Probleme des Gebietes eingeschleust. Insgesamt war jedoch die überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen mit der Angliederung an einen mächtigen deutschen Staat durchaus einverstanden.

Hitlers Einzug in Eger.

Anpassung in der ČSR

In der Tschechoslowakei begann nach dem Rücktritt Benešs der Versuch, unter den neuen Verhältnissen das Konzept des Nationalstaates zu realisieren. Die Regierung des Generals Široký mußte in Erfüllung des Münchener Abkommens mit der bisherigen Politik brechen. Außenpolitisch wurden polnische und ungarische Ansprüche auf konational besiedelte Gebiete befriedigt und am 21. Oktober das Bündnis mit der UdSSR gelöst. Innenpolitisch trat mit dem 66jährigen prominenten Richter Dr. Emil Hácha am 30. November eine ebenso moralisch hochachtbare wie politisch blasse Figur an die Spitze des neuen Staates. Am 19. 11. 1938 erhielt die Slowakei die ihr bereits seit dem 30. 6. 1918 zugesagte Autonomie; die Tschechoslowakei war zur Tschecho-Slowakei geworden. Das Parteisystem des neuen Staates wurde radikal vereinfacht: Die bisherigen „bürgerlichen" Parteien wurden zur „Partei der nationalen Einheit" und die Linksgruppierungen zur „Partei der Arbeit" zusammengelegt. Jede politische Betätigung außerhalb dieses Rahmens – ob zum Beispiel für Kommunisten oder auch Faschisten – wurde verboten.

Diese fundamentale Umwandlung fand in der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Rudolf Beran (vormals Agrarier, jetzt „Nationale Einheit") vom 3. 12. 1938 ihren von breiten Volksmassen und einer starken Parlamentsmehrheit gebilligten Niederschlag. Beran sagte loyale Erfüllung des Münchener Abkommens zu und beschäftigte sich ausführlich mit dem Grundkonzept des neuen Staates. Durch ein Notverordnungsgesetz, das vom Parlament einstimmig gebilligt wurde, erhielt die Regierung das Recht, Verfassungsänderungen durchzuführen.

In Prag bestand Klarheit darüber, daß das Experiment der Anpassung an die geänderten Bedingungen ohne Aufgabe auch der nominellen Souveränität nur gelingen konnte, wenn Hitlers Drittes Reich den neuen Zustand tolerieren würde und die Masse des tschechischen Volkes mitging. Das tschechische Volk stand um die Jahreswende 1938/39 unter dem Eindruck des schweren Schocks, den ihm die Ergebnisse der Münchener Konferenz versetzt hatten: Der Traum einer stabilen demokratischen und international einflußreichen Macht im Herzen Europas war zu Ende. Als selbstverständlich angesehene Freunde im Westen und Osten waren in der Stunde der Bewährung ihrer Freundschaft – so sah es der einfache Tscheche – zu kühl rechnenden Geschäftspartnern geworden. Selbst das offizielle Organ der tschechoslowakischen Nationalsozialisten (Partei, der Beneš bis 1935 angehörte) drückte das in seiner Titelzeile vom 2. 10. 1938 aus: „Ihr Frieden und unser Opfer: Weder Frankreich noch England wollten für uns Krieg führen – Hitler wußte das!"

Da diese Ansichten weit verbreitet waren, konnten die Regierungen Široký und Beran mit breiter Unterstützung für eine Politik der Anpassung an die neuen Verhältnisse im Innern und in der Außenpolitik an die Vorstellungen des Dritten Reiches rechnen. Was aber, so begannen sich Beran und seine Kollegen zu fragen, waren diese Wünsche? Konnten sie ohne Aufgabe der Souveränität befriedigt werden?

Die andere Seite: In Asch werden deutsche Regimegegner abtransportiert.

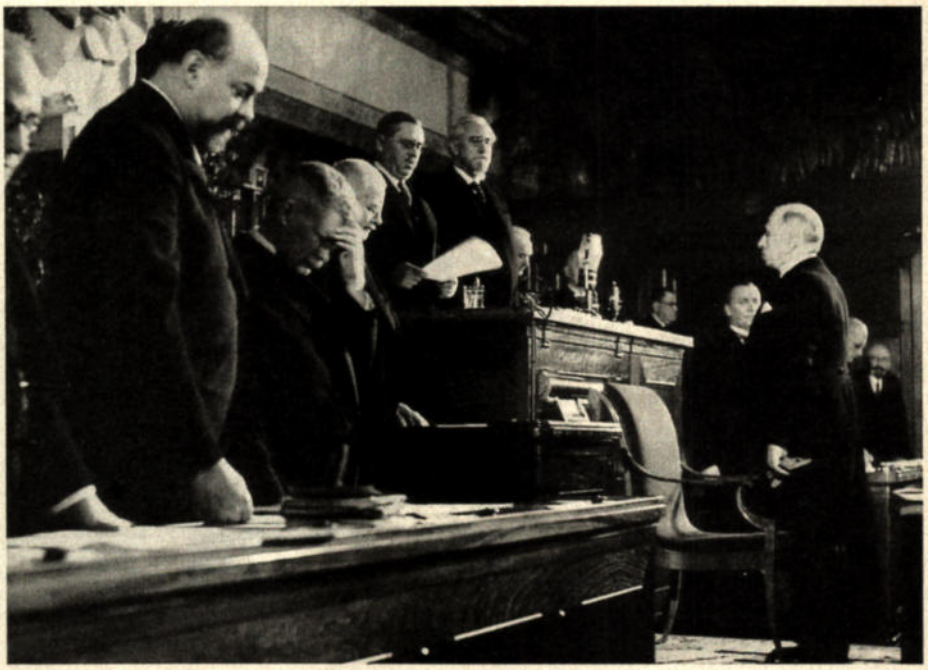
Hitlers Politik gegenüber der „Rest-Tschechei“

Hitler hatte zwar am 3. 10. der Volksdeutschen Mittelstelle (einer nationalsozialistischen Infiltrationszentrale für Deutschlands Nachbarn) die Weisung gegeben, sich in ihrer Arbeit außerhalb der nach-Münchener Grenzen des Deutschen Reiches streng auf die Pflege kultureller Interessen zu beschränken und jede Untergrundtätigkeit zu unterlassen. Am 14. 10. erklärte der „Führer“ dem tschechoslowakischen Außenminister Chvalkovský in München, daß es die Alternative eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Prag gäbe. Was das konkret heißen sollte, blieb jedoch für die tschechischen Politiker insgesamt offen, wenn man von so vagen Andeutungen wie „Ausschaltung des Beneš-Geistes aus Armee, Verwaltung und Presse“ absah. Am 21. 10. bekam die deutsche Wehrmacht eine neue operative Weisung, in der nach Verteidigungsmaßnahmen für den Fall eines Angriffes auf das Reich aus irgendeiner Richtung an erster Stelle Vorbereitungen für die Liquidation der Rest-Tschecho-Slowakei vorgesehen waren. Andererseits wurde am 19. 11. ein Vertrag über den Bau einer exterritorialen Autobahn Breslau–Wien und die gemeinsame Errichtung des Großprojektes Oder-Donaukanal unterzeichnet.

Vorbereitungen für die Besetzung

Hitler hatte jedoch sein ursprüngliches Ziel nicht aufgegeben: Am 17. 12. kam eine neuerliche Weisung an die Wehrmacht, Vorbereitungen für die Besetzung der Tschecho-Slowakei zu treffen, wobei davon auszugehen sei, daß kein nennenswerter Widerstand geleistet werde. Als daher bei einem weiteren Besuch Chvalkovskýs in Berlin am 21./23. 1. 1939 Prag dem Dritten Reich die praktische Beherrschung anbot (Zollunion und einen deutschen „Hohen Kommissar“ in der tschecho-slowakischen Regierung) und dafür die Grenzgarantie erbat, verwiesen Hitler und Ribbentrop auf die allgemeine deutschfeindliche Haltung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit, die „von Juden, Bolschewisten und Benešisten beherrscht“ werde, was zu bedenklichen Auswirkungen führen könne. Am 24. 1. wurde wieder ein Abkommen unterzeichnet; diesmal über die beiderseitige Eisenbahnbenutzung für Militärtransporte.

Bis in den März 1939 versuchte die tschechoslowakische Regierung, die Garantiefrage mit England und Frankreich im Gespräch zu halten. Die Westmächte gaben zwar am 27. 1. eine Anleihe von 16 Millionen Pfund und wiesen wiederholt auf das ungelöste Garantieproblem hin. Aber die Reichsregierung verhielt sich passiv. Selbst die Bereitschaft Prags vom 22. 2., gegebenenfalls die immerwährende und absolute Neutralität zu erklären, konnte die Diskussion nicht in Gang bringen. Klofáč, der Führer der tschechoslowakischen Nationalsozialisten, ging am 26. 2. und 5. 3. in zwei Artikeln noch weiter: „Wir müssen in Mitteleuropa ein Beispiel slawisch-deutschen Zusammenlebens geben, was um so einfacher ist, als wir kulturell viel reifer sind als andere Völker. Wir sind außerdem in vielen Fällen blutsmäßig verwandt.“ Aber die Würfel waren gefallen.



Der neue Staatspräsident der Tschecho-Slowakei Emil Hácha wird am 30. November 1938 vor der Prager Nationalversammlung vereidigt.

Die Slowakei erklärt sich für unabhängig

Die entscheidende Entwicklung wurde durch Berlin in der Hauptstadt der Slowakei, Preßburg, ausgelöst. Zwischen Prag und der slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Tiso, einem katholischen Prälaten, war es bereits im Dezember 1938 zu Spannungen gekommen. Berlin schürte diese Spannung, die zum Teil auf ungeschicktes Verhalten tschechischer Beamter zurückzuführen war. Am 2. 3. 1939 forderte Ministerpräsident Beran von seinem slowakischen Amtskollegen Tiso unter anderem eine Loyalitätserklärung zur tschecho-slowakischen Staatsidee, das Ende der eingeleiteten Bewaffnung einer slowakischen Parteiarmee und den Verbleib tschechischer Offiziere in der Slowakei. Die Preßburger Regierung lehnte ab und wurde daher am 10. 3. von Prag für abgesetzt erklärt. Gleichzeitig begannen tschechische Armeeeinheiten damit, die Slowakei zu besetzen. Im östlichen Teil der Tschecho-Slowakei, der Karpato-Ukraine, war ebenfalls eine autonome Regierung in Auseinandersetzungen mit Prag verwikkelt. Sie erklärte am 13. 3. ihre Region für unabhängig und stellte sie angesichts einrückender ungarischer Truppen unter deutsche Schutzherrschaft. Am gleichen Tag empfing Hitler Tiso in Berlin, forderte kurzfristig die Erklärung der slowakischen Selbständigkeit und gab fast gleichzeitig den Ungarn die Besetzung der Karpato-Ukraine frei. Am 14. 3. fanden Kämpfe in der Karpato-Ukraine statt, der Slowakische Landtag proklamierte einstimmig die unabhängige Slowakische Republik. Der Prager Außenminister Chvalkovský bat die Reichsregierung, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha noch am gleichen Abend in Berlin zu empfangen. Der Sonderzug des Staatspräsidenten verließ Prag um etwa 16.00 Uhr und traf in Berlin um etwa 23.00 Uhr ein. Bis 19.00 Uhr hatten deutsche Truppen jedoch bereits das Industriegebiet von Mährisch-Ostrau besetzt.

Der Marsch nach Prag

Am 15. 3. von etwa 1.00 Uhr bis etwa 4.00 Uhr fanden in der Reichskanzlei die entscheidenden Gespräche zwischen Hitler und Dr. Hácha statt. Mit der Drohung, Prag durch die Luftwaffe dem Erdboden gleichmachen zu lassen, erpreßte Hitler Háchas Zustimmung, gegen den Einmarsch keinen Widerstand zu leisten. Am 15. 3. besetzten ungarische Truppen die Karpato-Ukraine. Am gleichen Tag ab 6.00 Uhr morgens begann der Einmarsch deutscher Verbände nach Böhmen und Mähren und in Teile der Westslowakei, der gegen Abend abgeschlossen war. „Die Tschechen standen mit Tränen in den Augen an den Straßen und sahen zu, wie die Deutschen nach Prag einmarschierten. ‚Gott sei Dank‘, sagten einige, ‚daß Masaryk das nicht mehr erleben mußte!‘“, notierte ein amerikanischer Reporter. Noch am gleichen Abend traf Hitler auf der Prager Burg, dem Hradschin, ein. Er fragte einen seiner Untergebenen: „Haben Sie Nachrichten über militärische Bewegungen in Frankreich, der Sowjetunion oder über eine Mobilmachung der englischen Flotte?“ Die Antwort: „Nein!“ Darauf Hitlers Meinung: „Ich habe es gewußt! In vierzehn Tagen spricht kein Mensch mehr darüber!“

Ohne weitere Beratung mit Hácha und der Regierung Beran verlas Ribbentrop am 16. 3. über Radio Prag einen Führererlaß, der die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren als autonomen Teil des Großdeutschen Reiches unter einem eigenen Staatsoberhaupt und einem Reichsprotektor (Freiherr von Neurath, bis 4. 2. 1938 Außenminister) zum Inhalt hatte. Weitere Bestimmungen sicherten dem Deutschen Reich wesentlichen Einfluß auch auf innere Fragen des Protektorates.

Mit dem Marsch nach Prag hatte Hitler seine bisherigen politischen Erklärungen vor aller Welt selbst widerlegt: Das ominöse Wort „Lebensraum" trat an die Stelle der „Zusammenführung aller Deutschen in einem gemeinsamen Reich". Es war nun offensichtlich, daß für Hitler das außenpolitische Konzept, das er in „Mein Kampf" entwickelt hatte, die eigentliche Richtschnur war, und daß das in seinen sogenannten Friedensreden immer wieder betonte Recht der außerhalb der Reichsgrenze lebenden Deutschen nur Vorwand gewesen war, um seine Gegner zu täuschen.

Schwerer politischer Fehler

Der englische Botschafter in Berlin bezeichnete die Besetzung von Prag als „immensen politischen Fehler" und meinte: „Es blieb keine Sicherheit in Europa mehr." Chamberlain sah unter Bezug auf die slowakische Unabhängigkeitserklärung die Lage zunächst formaljuristisch: „Diese Erklärung setzte durch internen Zerfall jenem Staat ein Ende, dessen Grenzen wir zu garantieren vorgeschlagen hatten, und die Regierung Ihrer Majestät fühlt sich demzufolge nicht mehr durch diese Obligation gebunden." Wenige Tage später schlug sich der allgemeine Stimmungswandel in seiner Rede in Birmingham nieder: „War die Prager Besetzung", so fragte der britische Regierungschef, „der letzte Angriff auf einen kleinen Staat, oder wird er von weiteren gefolgt werden?"

Die meisten Staaten der Welt, mit Ausnahme der faschistischen Bundesgenossen Hitlers, erkannten übereinstimmend die Protektoratslösung nicht an. Man meinte, weitere Aggressionen würden folgen und bereitete sich nunmehr auf den Krieg vor. Am 31. 3. gab England an Polen (am 13. 4. auch an Rumänien und Griechenland, am 12. 5. an die Türkei) diejenige Garantie gegen unprovozierte Aggression, die es der Tschechoslowakei nicht gegeben hatte; Frankreich schloß sich diesem Schritt an.

Am 27. 4. 1939 führte Großbritannien zum ersten Male in Friedenszeiten die allgemeine Wehrpflicht ein. Das Barometer der Zeit stand auf Sturm. Hitlers Selbstbewußtsein war durch seine Erfolge des Jahres 1938 und durch den gelungenen Coup gegen die „Rest-Tschechei" jedoch so sehr gestiegen, daß er meinte, diese Wendung in der Außenpolitik der Westmächte nicht ernst nehmen zu müssen.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren"

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung

Als die Regierung des Deutschen Reiches unter der Berufung auf tausendjährige Zusammenhänge zwischen Böhmen und dem „Reich" Mitte März 1939 das Selbstbestimmungsrecht des tschechischen Volkes mit Füßen trat und den tschechischen Nationalstaat zerstörte, begannen für die Menschen des „Protektorates Böhmen und Mähren" schwierige Zeiten. Mit untrüglichem Sinn für historische Abläufe bezeichnete man bereits wenige Tage nach der Hissung der „Führerstandarte" auf dem Prager Hradschin die neue staatsrechtliche Konstruktion als „pro tentokrát" (d. h., für dieses Mal): Die Tschechen wollten nicht glauben, daß die neue Lösung eine endgültige werden sollte.

Vom Kriege verschont

Das äußere Erscheinungsbild zeigte sich in den nächsten Jahren, als fast ganz Europa Kriegsschauplatz wurde, insgesamt als ruhig: Es gab bis 1945 eine Art Staatsoberhaupt, Hácha, und eine Protektoratsregierung (27. 4. 1939 bis 1941/42 unter General Alois Eliaš, dann bis 1945 unter dem Justizminister Krejčí und schließlich wenige Wochen unter Innenminister Bienert), die eine funktionierende Verwaltung unter sich hatte; dieser gelang es (nach US-Feststellungen), die Lebensmittelversorgung der tschechischen Bevölkerung im großen und ganzen auf dem Niveau des Deutschen Reiches zu halten. Kein Tscheche mußte Kriegsdienst leisten. Als unter den Bomben der Royal Air Force und der 8. US-Luftflotte viele Städte in Schutt und Asche sanken, waren Prag und Brünn, Olmütz und Mährisch-Ostrau praktisch Inseln der Ruhe und des Friedens. In den Industrien wurde gerade wegen dieser nicht gestörten Produktionsmöglichkeit stark investiert und auch von den Arbeitern (bei Intensivierung zum Beispiel der Gesundheitsfürsorge) gut verdient. Die Bauern konnten ohne Sorge vor billigen Überseeimporten produzieren, denn der Absatz aller Nahrungsmittel war gesichert.

Gefühl der Machthörigkeit

Dieses äußerliche Erscheinungsbild scheinbar geordneter Verhältnisse verdeckte jedoch nur teilweise die Realität der Kirchhofstille und des nationalen Widerstandes gegen die fremden Okkupanten: Das Staatsoberhaupt hatte keine Macht. Selbst ein Ministerpräsident konnte, wenn er nicht parierte, einfach verhaftet und beseitigt werden. Die autonome Protektoratsverwaltung wurde zunächst von einer deutschen Verwaltung, dem System der bis 1942 fünfzehn und später sieben sogenannten „Oberlandräten", über-

Deutscher Einmarsch in Prag: Verbitterung der Tschechen.

wölbt und später auch auf allen anderen Ebenen mit Deutschen durchsetzt. Viele Tschechen gingen zunächst freiwillig zur Arbeit ins „Altreich", gab es doch 1939 noch etwa 200 000 Arbeitslose. Später wurde mit Arbeitsbüchern (Einführung am 26. 5. 1941) und der Arbeitspflicht (4. 5. 1942 und 2. 2. 1943) der laufende Arbeitskräftenachschub sichergestellt. Die Investitionen geschahen vornehmlich in Schwerindustrie und Waffenfertigungen. In einem vielschichtigen und verzweigten Prozeß, der auch durch „Arisierung", Betriebszusammenlegungen und Auswirkungen der zentralen Rohstoffkontrolle gekennzeichnet war, fielen wesentliche Teile der Wirtschaft unter deutsche Kontrolle.

Im Vergleich zu anderen Gebieten Europas waren selbst diese Realitäten der Jahre 1939–1945 vergleichsweise harmlos. Das wußte man aber damals kaum. Für das historisch gewachsene Erfahrungsbild des tschechischen Volkes waren sie ein stark prägender Gesamteindruck. Ohne die Erlebnisse dieser Zeit ist das willige Hineingleiten in eine kommunistische Staats- und sozialistische Wirtschaftsordnung nach 1945/48 nicht zu verstehen.

Die nationalsozialistische Zielsetzung

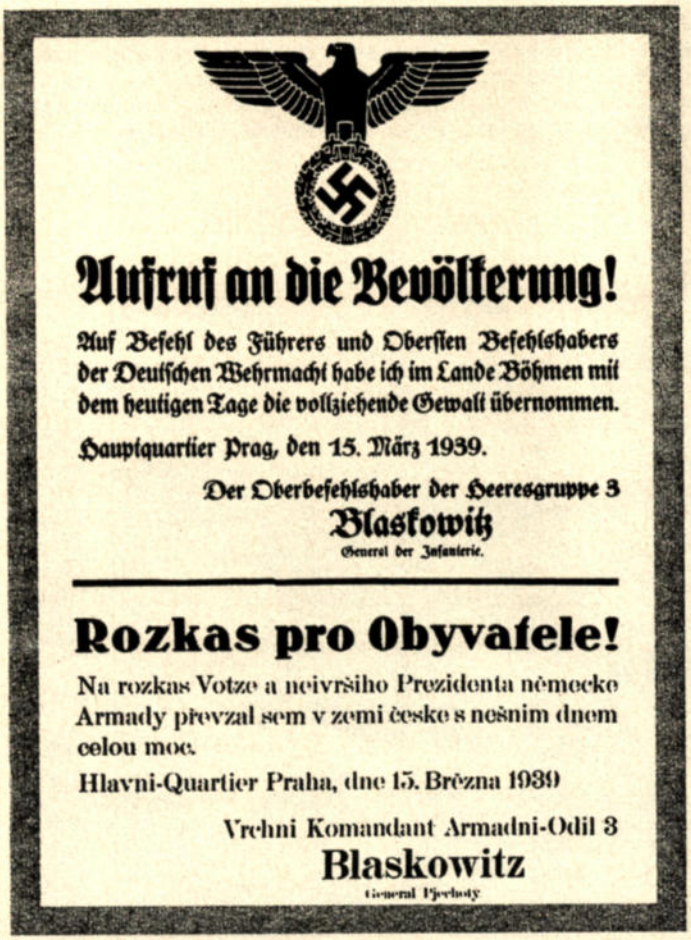
Das Protektorat war vom Sudetenland durch eine Paßgrenze (bis 1. 10. 1940 auch durch eine Zollgrenze) getrennt. Das Gegenüber der Tschechen im Protektorat war das nationalsozialistische Deutsche Reich. Den Tschechen traten als Repräsentanten des NS-Regimes in der Verwaltung vereinzelt auch Sudetendeutsche entgegen. Wegen deren besserer Vertrautheit mit Sprache und Mentalität der Tschechen war man geneigt, ihnen die Schuld an allen Unzuträglichkeiten zuzuschreiben, während den reichsdeutschen Verwaltungsbeamten, die die weit überwiegende Mehrheit stellten, eher Objektivität zugebilligt wurde. Die hervorstechende Person der deutschen Besatzungsmacht wurde Karl Hermann Frank: Der ehemalige Stellvertreter Konrad Henleins im Parteivorsitz der SdP begann seine Protektoratslaufbahn als Staatssekretär und SS-Brigadeführer, wurde 1939 SS-Gruppenführer und 1943 zum „Deutschen Staatsminister in Böhmen und Mähren" und SS-Obergruppenführer ernannt. Er überdauerte den Reichsprotektor von Neurath (16. 3. 1939–27. 9. 1941), die stellvertretenden Reichsprotektoren SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich (27. 9. 1941–4. 6. 1942) und SS-Oberstgruppenführer Kurt Daluege (27. 5. 1942–20. 8. 1943) sowie den Reichsprotektor Reichsminister a.D. Dr. Wilhelm Frick (ab 20. 8. 1943). Auch durch diese Kontinuität seiner Anwesenheit wurde der Sudetendeutsche Frank für das tschechische Volk zum Symbol der sowohl deutschen wie nationalsozialistischen Fremdherrschaft.

Die kurzfristigen Ziele der NS-Führer im Protektorat waren klar: Der Raum sollte militärisch neutralisiert sein und wirtschaftlich soviel wie nur irgend möglich zur deutschen Kriegsanstrengung beitragen. Ein bewaffneter Beitrag durch tschechische Verbände war jedoch in keiner Phase vorgesehen; diesbezügliche tschechische Pläne wurden von Hitler aus politischen Gründen abgelehnt (Tischgespräch vom 16. 5. 1942).

Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft

Ausgangspunkt für die Analyse der völkisch-politischen Ziele der NS-Führer müssen Hitlers Vorstellungen sein. Die potentiellen Absichten auf lange Sicht wie sie etwa im „Generalplan Ost" zum Ausdruck kamen, sind hier nur von sekundärem Interesse, da sie in der zu betrachtenden Zeit nicht zur Durchführung anstanden. Während des Krieges wurde jedoch eine relativ klare lang- und kurzfristige Politik betrieben. Sie hatte ihre Basis in Hitlers Ansichten über das tschechische Volk. Aus seinen „Tischgesprächen" (z.B. vom 13. 1., 23. 1., 5. 4., 20. 5. und 4. 7. 1942) ist – im Vergleich etwa zu seinen Ansichten über die Polen – fast eine Art von Respekt für die Tschechen herauszulesen. Er schätzte anscheinend ihren Arbeitswillen, ihre nationale Disziplin und ihr Organisationsvermögen.

Ein tschechischer Autor stützt diese Interpretation durch den Bericht, daß auf direkten Befehl Hitlers das System der Arbeitsvorbereitung der riesigen Bata-Schuhfabriken in Zlin in der Rüstungsindustrie eingeführt wurde. Hitlers Achtung vor tschechischer Leistung und Haltung stand offensichtlich ahnungsvolle Sorge vor den möglichen



Aufruf an die Bevölkerung!

Auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers der Deutschen Wehrmacht habe ich im Lande Böhmen mit dem heutigen Tage die vollziehende Gewalt übernommen.

Hauptquartier Prag, den 15. März 1939.

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 3
Blaskowitz
General der Infanterie.

Rozkas pro Obyvatele!

Na rozkas Votze a neivršího Prezidenta německe Armady převzal sem v zemi české s nešním dnem celou moc.

Hlavni-Quartier Praha, dne 15. Brězna 1939

Vrchni Komandant Armadni-Odil 3
Blaskowitz
General Pěchoty

Reichsprotektor von Neurath und Staatspräsident Hácha.

Auswirkungen dieser Qualitäten im politischen Bereich gegenüber. Daraus ergab sich eine praktische Politik, die mit „Zuckerbrot und Peitsche" zu charakterisieren ist: Am 20. 5. 1942 formuliert er als „offensichtliche Reichspolitik" in der tschechischen Frage, „erstens den Raum von allen gefährlichen Elementen zu säubern und dann die Tschechen mit freundlichem Wohlwollen zu behandeln."

Hitler: Germanisierung der Tschechen

Die Weichenstellung für diese Politik erfolgte bereits 1940. Sie hatte eine gewisse Bewährung im Zusammenhang mit dem Widerstreit gegen das Machtstreben verschiedener Funktionäre und Gauleiter zu bestehen, die eine „Arrondierung ihres Hoheitsgebietes" durch Aufteilung des Protektoratsterritoriums gerne gesehen hätten. Wie aus dem Aktenmaterial hervorgeht, wurde Hitlers Entscheidung durch viele Denkschriften u.ä. vorbereitet. Am 29. 9. 1940 empfing er von Neurath und Frank. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Prag vermerkte folgendes Ergebnis:

„Zur Frage der Zukunft des Protektorates streifte der Führer folgende drei Möglichkeiten:

1. Belassung einer tschechischen Autonomie, wobei die Deutschen im Protektorat als gleichberechtigte Mitbürger lebten. Diese Möglichkeit scheidet aber aus, da immer mit tschechischen Umtrieben gerechnet werden müsse.

2. Die Aussiedlung der Tschechen und die Verdeutschung des böhmisch-mährischen Raumes durch deutsche Siedler. Auch diese Möglichkeit käme nicht in Frage, da ihre Durchführung 100 Jahre beanspruchen würde.

3. Die Verdeutschung des böhmisch-mährischen Raumes durch Germanisierung der Tschechen, d. h. durch ihre Assimilierung. Letztere wäre für den größeren Teil des tschechischen Volkes möglich. Von der Assimilierung seien auszunehmen diejenigen Tschechen, gegen welche rassische Bedenken beständen oder welche reichsfeindlich eingestellt seien. Diese Kategorie sei auszumerzen.

Der Führer entschied sich für die dritte Möglichkeit; er ordnete über Reichsminister Lammers an, daß der Vielheit der Pläne über die Aufteilung des Protektorates Einhalt geboten werde. Der Führer entschied ferner, daß im Interesse einer einheitlichen Tschechen-Politik eine zentrale Reichsgewalt in Prag für den gesamten böhmisch-mährischen Raum verbleiben solle.

Es verbleibt somit bei dem bisherigen Status des Protektorats. Die Entscheidung des Führers erfolgte im Sinne der vom Reichsprotektor und von Staatssekretär Frank vorgelegten Denkschriften."

Diese Politik, die noch zu qualifizieren sein wird, blieb während der gesamten „Protektoratszeit" in Kraft. Sie widerstand späteren Aufteilungsplänen und überdauerte sogar die kritischen Wochen nach dem Tode Reinhard Heydrichs.

Ominös hieß es zwar wenige Monate nach der „Wannseekonferenz" (vom 20. 1. 1942, auf der die Endlösung der Judenfrage besprochen worden war) im Rundschreiben Nr. 28/42, vom 8. 6. 1942, des Leiters der NSDAP-Parteikanzlei, Martin Bormann: Als Reaktion auf das Attentat auf Heydrich wären im deutschen Volke bereits Stimmen laut geworden, „daß nach Abschluß der Evakuierung der Juden mit einer Aussiedlung der Tschechen begonnen werden müsse".

Man muß nicht zwischen den Zeilen lesen, um die Bedeutung der darauf folgenden Bormann-Anweisung sachgerecht zu verstehen: „Im Auftrag des Führers weise ich darauf hin, daß jede Diskutierung der Tschechenfrage in Parteiversammlungen oder auch in der Öffentlichkeit zu unterbleiben hat. Ebenso unterbleibt jede Erörterung der Tschechenfrage in der Presse."

Hitlers Grundsatzlinie wirkte in den politischen Äußerungen seiner Repräsentanten zeitlich noch länger weiter. 1944 hielt Karl Hermann Frank eine Rede mit Vokabeln wie „brutal erledigen", „exekutiert", „vernichtet", „umfassende Maßnahmen", „brutalste Mittel", „schärfste Mittel", „blitzschnelles Eingreifen"; in einem Nebensatz hieß es eher beiläufig: „Wir haben auch heute noch monatlich rund hundert Todesurteile". Aber dann wurde klar ausgesprochen:

„Die totale Aussiedlung von 7,2 Millionen Tschechen halte ich für undurchführbar,

1. weil kein geeigneter Raum vorhanden ist, wo sie neu angesiedelt werden können,

2. weil keine deutschen Menschen vorhanden sind, die den leergewordenen Raum in Kürze füllen können,

3. weil das hochzivilisierte, wirtschaftlich und verkehrstechnisch hochempfindliche Herzland Europas keine Störung seiner Funktion und kein Vakuum verträgt,

4. weil Menschen auf Jahrzehnte hinaus Reichskapital sind und wir im neuen Reich die Arbeitskraft von 7 Millionen Tschechen nicht entbehren können,

5. weil die Schockwirkung einer solchen Evakuierung auf andere Völker politisch unerwünscht ist."

Kriegswirtschaftliches Ziel erreicht

Insgesamt wird man daher als politisch „völkisches" Ziel der NS-Führung für das tschechische Volk auf absehbare Zeit auch nach einem „siegreichen" Kriegsende die „Ausmerzung rassisch ungeeigneter" und reichsfeindlicher Personen sowie die „Umvolkung" der „rassisch geeigneten" Tschechen ansehen müssen. Die Totalaussiedlung wurde abgelehnt: Nicht etwa aus humanitären Motiven, sondern aus pragmatisch-politischen Gesichtspunkten.

Wenn man die praktischen Auswirkungen dieser politischen Vorstellungen prüft, so muß zunächst festgehalten werden, daß das kriegswirtschaftliche Ziel der NS-Führung voll erreicht wurde. Während der gesamten Zeit des Zweiten Weltkrieges gab es in Böhmen und Mähren keine praktischen militärischen Gefahren für die Okkupanten (wie etwa in Polen, Frankreich oder Jugoslawien) und beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung für die Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches.

Die völkisch-politischen Ziele konnten nur zum Teil erreicht werden und wo das geschah, waren die Auswirkungen verheerend. Zur „Ausmerzung" in fünf Jahren schätzt ein englischer Autor (Hugh Seton Watson), daß etwa 38 000 Tschechen erschossen wurden. Die Tschechoslowaken geben höhere Ziffern an und sprechen darüber hinaus von bis zu 100 000 Invaliden, meist heimgekehrten KZ-Häftlingen. Die Zahlen werden wohl kaum exakt feststellbar sein.

„Umvolkung" gescheitert

Auch die „Umvolkungs"bemühungen schlugen fehl: 1940 lebten etwa 230 000 Deutsche auf dem Territorium des Protektorates. Eine tschechoslowakische Quelle berichtete, daß sich bis Ende November 1940 261 000 Personen „plötzlich zum Deutschtum bekannten", meinte damit also „umgevolkte" Tschechen. Ein Amerikaner schätzte die Zahl der erst nach Schaffung des Protektorates zugezogenen Reichsdeutschen auf 400 000. Zusammengenommen würde das bereits ca. 900 000 „Deutsche" bedeuten, doch stellte das Statistische Zentralamt des Protektorates zum 1. 4. 1944 nur ca. 284 000 fest. Selbst bei Abzug der deportierten Juden, emigrierten Antifaschisten und an der Front befindlichen Wehrmachtsangehörigen ist offensichtlich, daß diese Rechnung nicht stimmen kann. Der Zugang an Tschechen bestand darüber hinaus in erster Linie aus Personen sehr niedriger sozialer Schichten und zum Teil ausgesprochenen Verbrechern, was die NS-Behörden aus ihrer Sicht mit Sorge erfüllte und den Tschechen Anlaß zu besonderer Belustigung bieten mußte.

Die Lage der Tschechen auf dem nationalen Gebiet in den Jahren 1939–1945 war, zusammenfassend gesehen, dadurch gekennzeichnet, daß bei Befolgen der zahlreichen, oft freilich sehr weitgehenden Gebote der deutschen Besatzung und bei politischer Abstinenz nur geringe persönliche Gefahr für Leib und Leben bestand. Als Ausnahme ist vor allem die Zeit des Heydrich-Attentats hervorzuheben. Vom tschechischen Standpunkt aus war jedoch Widerstand gegen diese Gebote nicht nur legitim, sondern – und hier liegt einer der Schlüssel zur antideutschen Psychose nach 1945 – eigentlich sogar nationale Pflicht. Er wurde jedoch nicht in dem Maße wie zum Beispiel in Polen oder Frankreich geleistet.

Der tschechische Widerstand

Die mangelnde öffentliche Wirksamkeit darf jedoch nicht über den großen Umfang der tschechischen Untergrundbewegung hinwegtäuschen, die während der Protektoratszeit bestand. Ein weitverbreitetes Netz von Organisationen begann bereits wenige Monate nach der Besetzung mit umfangreicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit (eine der Gruppen hatte zwölf Sendestationen und beförderte bzw. empfing in zwei Jahren ca. 26 000 Mitteilungen!), schleuste Tausende von Tschechen, vom einfachen Mann bis zum Minister, außer Landes, beging viele kleinere Sabotageakte, gab illegale Zeitungen heraus, beherbergte Widerstandskämpfer und Fallschirmagenten und sorgte im großen Stil für die Familien von Verhafteten und Flüchtigen. Für gewisse Teilbereiche dieser Tätigkeiten bestanden klare Verbindungen zu den tschechischen Behörden des Protektorates auf kommunaler und gesamtstaatlicher Ebene, die unter anderem die Sozialarbeit mit Millionenbeträgen unterstützten.

Von diesem Zusammenhang her erschließt sich auch der Zugang zum Verständnis der Politik der Regierung des Protektorates: Hácha und Ministerpräsident Eliáš waren bis 1941 in laufender und direkter Verbindung mit Benešs Exilorganisation. Sie lieferten Informationen und erhielten Weisungen. Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei stand in regem Kontakt mit Moskau. Eine ihrer zahlreichen Nachrichten (vom 31. 3. 1941) macht bei aller Knappheit der Formulierung das breite Spektrum und die Probleme der Aktivitäten deutlich: „Finanzmann Ševčík verhaftet. Weitere Verhaftungen in den Kreisen. Schwierige Lage. Arbeiten beschränkt. Material erscheint. Suchen Geldmittel. Bitten Stellungnahme zu außenpolitischen Ereignissen." Damit ist bereits die Frage nach den nationalsozialistischen Reaktionen aufgeworfen.

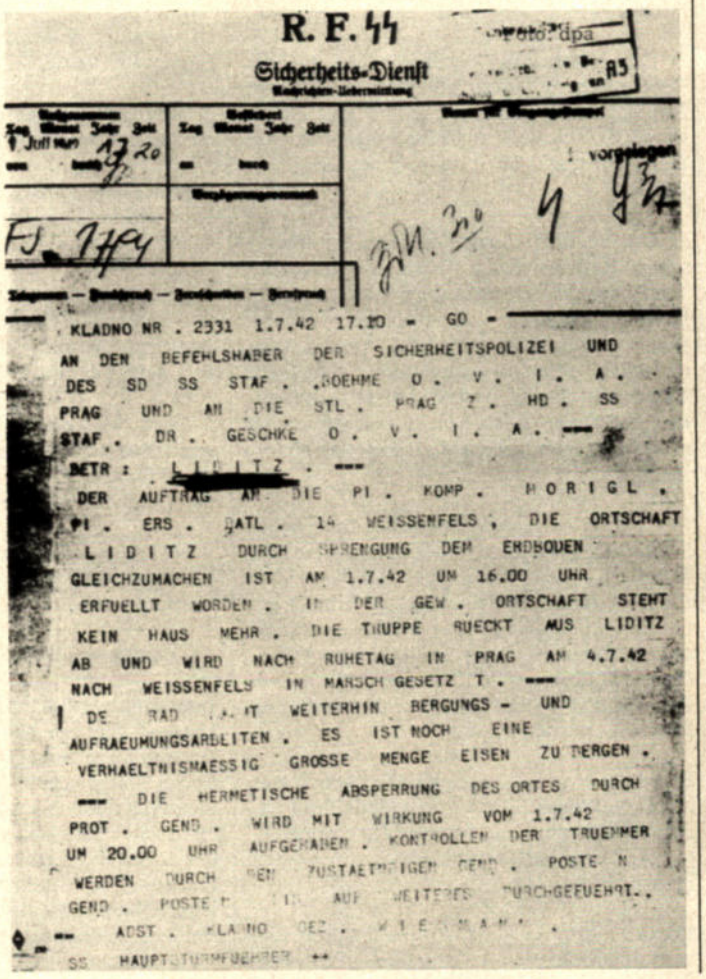
Aus Heydrichs und Franks Erklärungen ist bekannt, daß sie um den Umfang des tschechischen Widerstandes wußten und seine Bedeutung hoch ansetzten. Ihre Gegenmaßnahmen waren sehr hart. Bis 1941/1942 konnte die gesamte Führung der in sich zerstrittenen Widerstandsbewegung (die KP kämpfte zum Beispiel sowohl gegen die deutschen Okkupanten als auch gegen die „bourgeoisen Beneshörigen" im Lande!), die in jenen Jahren auch noch relativ selten mit Unterstützung durch Fallschirmagenten rechnen durfte, ausgeschaltet werden.

Heydrich und Lidice

Zum zentralen Wendepunkt der Entwicklung im Protektorat wurde die Zeit zwischen Sommer 1941 und Sommer 1942. Zu Beginn dieser Zeit beschloß die in London ansässige Exilorganisation Benešs, in größerem Umfang Fallschirmagenten ins Protektorat zu entsenden. Weiter führte der Überfall des Dritten Reiches auf die UdSSR (22. 6. 1941) trotz der anfänglichen Niederlagen der Sowjetunion über ein Erstarken der Hoffnung der Tschechen auf eine baldige Niederlage des Dritten Reiches zu einer Welle von Streiks und Sabotageakten. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Widerstandsbewegung wurde intensiver. Ein Beispiel für den tschechischen Widerstandswillen war es, als vom 14. bis 21. 9. 1941 der Flüsterparole, die offizielle tschechische Presse zu boykottieren, durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Folge geleistet wurde.

Alle diesbezüglichen Berichte erreichten Hitler vom Chef des SD, Reinhard Heydrich, der sie mit ihm und Karl Hermann Frank am 21./22. 9. besprach. Als Ergebnis der Besprechung wurde Reichsprotektor v. Neurath am 27. 9. durch Heydrich ersetzt. Er verkündete den Belagerungszustand, ließ Ministerpräsident Eliáš verhaften (am 1. 10. zum Tode verurteilt; am 19. 6. 1942 hingerichtet) und zerschlug durch einige hundert öffentliche und viele geheime Todesurteile, das Verbot des Sokol (nationaler tschechischer Turnverband) sowie Tausende von KZ-Einweisungen die organisierte tschechische Widerstandsbewegung. Im Sinn von „Zuckerbrot und Peitsche" begann jedoch parallel dazu eine für die Widerstandsfähigkeit des tschechischen Volkes viel gefährlichere Entwicklung: Während Reichsprotektor v. Neurath vornehmlich mit der tschechischen Aristokratie Kontakte gepflegt hatte, begann Heydrich damit, tschechische Arbeiter- und

Heydrich, stellvertretender Reichsprotektor, empfängt Minister der Protektoratsregierung.



R. F. SS

Sicherheits-Dienst

KLADNO NR . 2331 1.7.42 17.10 - GO -

AN DEN BEFEHLSHABER DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD SS STAF . BOEHME O . V . I . A . PRAG UND AN DIE STL . PRAG Z . HD . SS STAF . DR . GESCHKE O . V . I . A . ---

BETR : L I D I T Z . ---

DER AUFTRAG AN DIE PI . KOMP . H O R I G L . PI . ERS . BATL . 14 WEISSENFELS , DIE ORTSCHAFT L I D I T Z DURCH SPRENGUNG DEM ERDBODEN GLEICHZUMACHEN IST AM 1.7.42 UM 16.00 UHR ERFUELLT WORDEN . IN DER GEW . ORTSCHAFT STEHT KEIN HAUS MEHR . DIE TRUPPE RUECKT AUS LIDITZ AB UND WIRD NACH RUHETAG IN PRAG AM 4.7.42 NACH WEISSENFELS IN MARSCH GESETZT . ---

DIE BAUAMT WEITERHIN BERGUNGS - UND AUFRAEUMUNGSARBEITEN . ES IST NOCH EINE VERHAELTNISMAESSIG GROSSE MENGE EISEN ZU BERGEN . --- DIE HERMETISCHE ABSPERRUNG DES ORTES DURCH PROT . GEND . WIRD MIT WIRKUNG VOM 1.7.42 UM 20.00 UHR AUFGEHOBEN . KONTROLLEN DER TRUEMMER WERDEN DURCH DEN ZUSTAENDIGEN GEND . POSTE N GEND . POSTE [illegible] AUF WEITERES DURCHGEFUEHRT . --

ADST . KLADNO GEZ . W I E H M A N N .

SS HAUPTSTURMFUEHRER ++

Bauerndelegationen zu empfangen und sich den Ruf zu erwerben, am sozialen Schicksal der breiten tschechischen Bevölkerungsmasse großen Anteil zu nehmen.

Fallschirmagenten aus England

Währenddessen waren am 4. 10. 1941 die ersten Fallschirmagenten aus England über dem Protektorat abgesprungen. Am 25. 10. wurde der erste, am 2. 5. und 2. 6. 1942 je ein weiterer verhaftet, am 4. 4. stellte sich ein desillusionierter Agent selbst der Gestapo. Aber London hatte am 5. 10. den Beschluß gefaßt, einen Anschlag auf Heydrich durchzuführen, und die dazu ausgebildeten und in der Nacht vom 28./29. 12. 1941 bei Pilsen abgesetzten Attentäter, Gabčík und Kubiš, erfüllten ihren Auftrag: Am 27. 5. 1942 wurde Heydrich, der ohne Bedeckung und im offenen Wagen durch Prag fuhr, lebensgefährlich verwundet und starb am 4. 6.

Die Reaktion der NS-Behörden war hart: Wohl gelang es Frank, Befehle Hitlers und Himmlers annullieren zu lassen, wonach 10 000 bzw. 30 000 Tschechen standrechtlich erschossen werden sollten. Die Begründung für diese „Milde" war jedoch nicht, daß dieses Vorgehen am Attentat Unschuldige treffen würde, sondern daß dadurch die „Erzeugungsschlacht" des tschechischen Bauerntums und die auf vollen Touren laufende Rüstungsindustrie in Böhmen und Mähren nachteilig beeinflußt würden. Die tschechische Bevölkerung wurde jedoch einer massiven psychologischen Beeinflussung unterzogen: „Das gesamte tschechische Volk glaubte damals ernstlich daran, daß jeder zehnte Tscheche erschossen werden würde", sagte selbst Frank später. Im Rahmen eines sogenannten zivilen Ausnahmezustandes wurden zwischen dem 27. 5. und 3. 7. 1942 1357 Personen erschossen (darunter viele wegen bloßer Billigung des Attentats) und 3188 verhaftet.

Befehl aus Berlin

Von den Attentätern selbst fehlte zunächst jede greifbare Spur. Zwar liefen in kurzer Zeit (auch wegen einer Belohnung von umgerechnet einer Million RM) ca. 700 Hinweise bei der Gestapo ein, von denen 300 von Tschechen selbst stammten, doch war zunächst nichts Wesentliches festzustellen. Unter den Hinweisen war auch eine Meldung eines tschechischen Fabrikbesitzers aus Kladno, einer Industriestadt in Mittelböhmen. Die Meldung hatte einen aufgefangenen Brief zum Inhalt, der an eine seiner Arbeiterinnen gerichtet war. Aus dem Schreiben konnte herausgelesen werden, daß die Frau einen ihr Fremden beherbergt hatte. Der Wohnort der Frau: „Ortschaft Liditz, Bezirk Kladno."

Die Gestapo kämmte mit tschechischer Polizei Lidice sofort gründlich durch, konnte jedoch keine Spuren finden. Diese Meldung ging nach Berlin, und von dort telefonierte Karl Hermann Frank am Abend des 9. 6. den Vernichtungsbefehl: 173 Männer wurden erschossen, 200 Frauen ins KZ verbracht und 105 Kinder verschleppt, die Ortschaft niedergebrannt, die Grundmauern der Häuser gesprengt, das Gelände planiert, der Name aus den Ortsverzeichnissen getilgt. Am 10. 6. 1942 berichtete der Großdeutsche Rundfunk diese Maßnahme in alle Welt. Das Fanal Lidice war geboren.

Wegen der wenig bekannten Umstände dieser Tragödie wurde die Berichterstattung häufig vereinfacht bzw. verzerrt. Ein ernsthafter amerikanischer Autor ließ das Attentat auf Heydrich „nahe Lidice" und ein deutscher Autor sogar „in Lidice" stattfinden. Die geographische Entfernung betrug über 20 km, der sachliche Abstand war unendlich. Die Attentäter wurden, nachdem sich ein weiterer Fallschirmagent freiwillig der Gestapo gestellt hatte, in einer Kirche in Prag am 18. 6. entdeckt und nach stundenlangem Kampf erschossen bzw. verübten Selbstmord.

Das Ende des Protektorats

Die Jahre 1943 und 1944 verliefen im Protektorat insgesamt „ruhiger". Bis in den April und Mai 1945 war, trotz Näherrücken der alliierten Fronten, kein offenes Aufflammen des tschechischen Widerstandes festzustellen, weswegen auch zahlreiche Rüstungsbetriebe und Lazarette in das von Bombenangriffen weniger bedrohte Gebiet verlegt wurden. Im April 1945 versuchte Frank von Hitler die Neutralisierung des „Protektorates" und später, unter Einsatz tschechisch-nationaler Kreise, die Besetzung durch US-Truppen zu erreichen. Hitler lehnte ab, und die Amerikaner ließen die Tschechen erst gar nicht vor. So wehte Anfang Mai 1945, als Berlin, Wien, München und Hamburg bereits von alliierten Truppen besetzt waren, auf dem Hradschin zwar noch die Hakenkreuzflagge, aber die Zeit des Dritten Reiches war vorbei.

Im „Protektorat Böhmen und Mähren" exerzierte der Nationalsozialismus eine eigene Linie. Es wurde keine systematische Ausrottung betrieben (wie etwa in Polen), keine klare militärische Okkupation (wie in Frankreich) und keine rassisch fundierten Versuche des Gewinnens „blutlich wertvoller Volksteile" (wie in Dänemark und Norwegen). Es war der Versuch, ein hochentwikkeltes slawisches Volk zu zerbrechen, um gewisse Bestandteile assimilieren und andere selektieren zu können, damit das von ihnen bewohnte Gebiet zur Abrundung des „Lebensraumes" eingezogen werden konnte. Der Versuch scheiterte nicht zuletzt deswegen, weil das „Tausendjährige Reich" den Raum nur sechs Jahre beherrschte.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Das zweite tschechoslowakische Exil

Beneš Plan

Als Präsident Beneš am 5. 10. 1938 über den tschechoslowakischen Rundfunk seinen Rücktritt bekannt gab, begründete er diesen Schritt damit, seine Person solle kein Hindernis für die künftige Entwicklung sein, der sich der Staat nunmehr anzupassen habe: „Wir werden einen Nationalstaat haben", war seine These. Außerdem sprach er in Andeutungen von einem „Plan", den er habe. Am 22. 10. 1938 verließ er Prag mit dem Flugzeug nach England.

Beneš hat später klargestellt, daß die Deutschen am 1. Oktober erklärt hätten, er dürfe nach der Münchener Entscheidung das Amt des Präsidenten der Republik nicht mehr behalten; andere Quellen behaupten, die Armeeführung habe seinen Rücktritt veranlaßt.

Sowohl ein Krieg als auch das sudetendeutsche Problem dürften Beneš von Anfang an beschäftigt haben. Die zweite tschechoslowakische Exilorganisation von 1939–1945 ist daher in verschiedener Beziehung mit den Bemühungen der Jahre 1914–1918 durchaus zu vergleichen: In beiden Fällen wurden durch den Ausgang eines Weltkrieges politische Ziele erreichbar, die zu Beginn des jeweiligen Krieges als bloße Utopie erscheinen mußten: Im ersten Fall die Gründung der ČSR und im zweiten Fall ihre Neukonstituierung unter Vertreibung der Sudetendeutschen.

Beneš mußte sich daran erinnern, was ihm seine eigenen und die Diplomaten der Westmächte im Jahre 1938 wieder und wieder erklärt hatten: Auch nach einem für das Dritte Reich verlorenen Krieg könne man die Tschechoslowakei in ihren derzeitigen (das heißt vor-Münchener) Verhältnissen nicht wiederherstellen.

Infolgedessen erscheint die Angabe der britischen Historikerin Elizabeth Wiskemann durchaus glaubwürdig, wonach Beneš bereits im Herbst 1938 (das heißt sogar vor der „Protektorats"-Errichtung!) „erste, ernsthafte Gespräche" über die Vertreibung eingeleitet habe. Beneš berichtet in seinen Memoiren lediglich, er habe sich schon 1939 die zur „soweit möglich, gerechten" Lösung der Frage „unserer Deutschen" erforderliche „politische Taktik" überlegt. In einem in diesem Jahre veröffentlichten Buch deutete er die Richtung dieser Überlegungen an: „Das Prinzip der Selbstbestimmung ... wird sehr detaillierter und präziser Erläuterung bedürfen ... Die politische Praxis wird die politische Wissenschaft und die praktischen Politiker zu einer völligen und realen Revision (in der Betrachtung) dieses Gedankenkomplexes zwingen."

Erste Kontakte mit sudetendeutschen Emigranten

Viele sudetendeutsche Sozialdemokraten waren nach der Protektorats-Errichtung ins Ausland geflohen und hatten im Mai 1939 auf Grund eines Vorstandsbeschlusses in Prag vom 22. 2. 1939 die „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" gebildet. (Mitgliedschaft im Jahre 1942: etwa 1000 Personen.) Die Basis der Arbeit war jedoch bereits 1939 eingeengt: Die Führung der „Reichs"-deutschen SDP hatte sofort nach Hitlers Einmarsch nach Prag mit Beneš direkten Kontakt aufgenommen (Telegrammwechsel vom 18./27. 3. 1939) und wenig später (16. Juli) in einem programmatischen Presseaufsatz ihre Meinung zur Wiederherstellung der Tschechoslowakei dadurch interpretiert, daß darunter die „Aufhebung der Münchener Grenze" zu verstehen sei. Bei einem Treffen mit Wenzel Jaksch, dem Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokraten, am 3. August 1939 konnte Beneš das Münchener Abkommen als nichtig bezeichnen und den sogenannten 4. Plan vom Anfang September 1938, der zur „Demaskierung Henleins" bestimmt war, ablehnen. In dieser und einer weiteren Unterhaltung (3. 9. 1939) war von der „Schweizer Lösung" und „Lösung im Einvernehmen mit den Sudetendeutschen" die Rede; man hörte – so berichtet Jaksch – „eine wörtliche Absage an jedwede Austreibungspläne". Beneš notierte in seinen Memoiren jedoch, er habe Zurückhaltung geübt und seine Vorstellungen nicht aufgedeckt. Die Vertreibungspläne liefen jedenfalls weiter und veranlaßten die „Treuegemeinschaft" auf einer Konferenz in London (10. 3. 1940) in Abgrenzung gegen eigene Überlegungen zum Schicksal des Sprachinseldeutschtums (Denkschrift Jaksch vom Sommer 1939: „Was kommt nach Hitler?") zur klaren Feststellung: „Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch zwangsweisen Bevölkerungsaustausch lehnen wir als undemokratisch und barbarisch ab".

Benešs Organisation und er selbst mußten in dieser Zeit in der Frage der Sudetendeutschen öffentlich vorsichtig lavieren, da andere Probleme wichtiger waren und keine Beeinträchtigung vertrugen: Die Rekonstituierung einer tschechoslowakischen Staatsgewalt durch Anerkennung des rechtlichen Fortbestandes der ersten Republik und ihre de jure-Anerkennung durch die Kriegsgegner des Dritten Reiches, um in jedem Fall bei den Friedensgesprächen gegen Deutschland beteiligt zu sein. In dieser Lage konnte öffentlich eine Aussonderung der Sudetendeutschen nicht diskutiert werden.

Die Publikationen der Auslandsorganisation Benešs waren darüber hinaus bemüht, bis etwa 1941/42 die Sudetendeutschen als von Hitler betrogen und ausgebeutet darzustellen und gingen sogar soweit, die Sudetendeutschen gegen Vorwürfe der Illoyalität zur ČSR und nationalsozialistischer Grundhaltung in Schutz zu nehmen: Als Konrad Henlein am 4. 3. 1941 in einer Rede in Wiener Neustadt die Entwicklung von 1933–1938 im Sudetengebiet insgesamt so darstellte, als ob alles zu jeder Zeit nach einem von der NSDAP vorfabrizierten und mit ihr in allen Details abgesprochenen Konzept abgelaufen sei, wurde von tschechoslowakischer Seite klar erklärt (23. 6. 1941): „Die Sudetendeutschen, die Henleins Partei in den Parlamentswahlen von 1935 und den Gemeindewahlen von 1938 wählten, stimmten für ein ausgesprochen (manifestly) tschechoslowakisches und nicht für ein getarntes (camouflaged) Naziprogramm." (Zwei Jahre später bildete dann 1943 die gleiche Rede ohne jeden Ansatz zu einer derartigen Einschränkung die Basis für eine Propagandadarstellung des tschechoslowakischen Außenministeriums mit dem Titel „Deutsche Minderheiten – Speerspitze des Nazismus").

Die Rekonstituierung der ČSR

Bis etwa 1941/42 war jedoch das sudetendeutsche Problem in der „Öffentlichkeit", wenn überhaupt, dann nur sehr umschrieben zu behandeln. Man war bestrebt, die Wiederherstellung des Staates zu erreichen.

Diese Bemühungen um die Anerkennung seines Fortbestandes dauerten Jahre und führten über viele Zwischenschritte schließlich zum vollen Erfolg: Die sowjetische Regierung, die am 1. 1. 1940 den tschechoslowakischen Botschafter aufgefordert hatte, das Land zu verlassen und seit 23. 10. 1939 einen Botschafter der Slowakischen Republik Dr. Tisos an seiner Stelle empfing, vollzog nach Hitlers Überfall auf die UdSSR (22. 6. 1941) eine völlige Kehrtwendung: Am 9. 7. 1941 erkannte sie als erste die tschechoslowakische Regierung de jure als endgültig an; Beneš hatte sich auch in den Zeiten des Hitler-Stalin-Paktes zu keinerlei antikommunistischen Stellungnahmen bewegen lassen und durfte jetzt den Lohn seiner geduldigen Politik kassieren. Das Eis war gebrochen: Am 18. 7. 1941 folgte Großbritannien und in den folgenden Monaten und Jahren traten auch die anderen wesentlichen Staaten der Welt mit der tschechoslowakischen Regierung unter ihrem Präsidenten Beneš in diplomatische Beziehungen.

Für den tschechoslowakischen Staat im Exil wurde in der gleichen Zeit ein kompletter Apparat aufgebaut: Am 21. 7. 1940 ernannte Beneš einen Staatsrat mit zunächst vierzig (später fünfzig) Mitgliedern, der am 11. 12. 1940 erstmals zusammentrat. Er hatte lediglich beratende Funktionen. Beneš ließ seine Amtszeit am 28. 11. 1942 von seinem Staatsrat um sieben Jahre verlängern.

Am 29. 8. 1941 trat die ČSR der Atlantik-Charta bei, in der erklärt worden war, daß die zustimmenden Länder „keinerlei Gebiets- oder sonstige Vergrößerung (und) keine Gebietsveränderung, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen des betreffenden Volkes übereinstimmen", wünschen. Außenminister Jan Masaryk (Sohn des Staatsgründers und im Jahre 1938 Botschafter der ČSR in London) brachte in Schreiben und Erklärung anläßlich der Beitrittszeremonie (24. 9. 1941) jedoch klar zum Ausdruck, daß die ČSR-Regierung nur beitrete, wenn bei der „endgültigen Interpretation und Anwendung" der Prinzipien der Atlantik-Charta strategische Grenzziehungsprinzipien, vor allem für die Nachbarn Deutschlands, berücksichtigt werden würden.

Die Frage der Grenzen der neuen ČSR war ein Problem, das mit der Anerkennung der Kontinuität des Staates an sich eng zusammenhing. Hier hatten Beneš und seine Mitarbeiter Schwierigkeiten zu überwinden. Zwar gaben die Sowjetunion (Gespräch Beneš-Molotow 9. 6. 1942) und die USA relativ bald zu verstehen, daß für sie das Münchener Abkommen nicht existiere, und die französische Exilregierung General de Gaulles erklärte es für „null und nichtig" (29. 9. 1942). Aber die britische Regierung war nicht gewillt, hier der tschechoslowakischen Auffassung, das Abkommen sei nichtig (d. h. niemals rechtswirksam zustande gekommen), zuzustimmen. In der entscheidenden Erklärung vom 5. 8. 1942 hieß es wörtlich: „Um jedes mögliche Mißverständnis zu vermeiden, möchte ich (d. h. Außenminister Eden) im Namen S. M. Regierung im Vereinigten Königreich erklären, daß, da Deutschland mit Vorbedacht die Regelungen zerstört

Zahlreiche sudetendeutsche Sozialdemokraten waren nach der Besetzung des Sudetenlandes und vor allem nach dem Einmarsch in Prag ins Ausland geflohen. Die Aufnahme von Wenzel Jaksch wurde in London gemacht.

hat, die betreffend die Tschechoslowakei im Jahre 1938 getroffen wurden und an denen S. M. Regierung im Vereinigten Königreich Anteil hatte, sich S.M. Regierung als von allen Verpflichtungen in dieser Beziehung ledig erachtet (regard themselves as free from any engagements in this respect). Bei der endgültigen Festlegung der tschechoslowakischen Grenzen, die am Ende des Krieges erfolgen wird, wird sie (d. h. die britische Regierung) nicht beeinflußt sein durch irgendwelche Änderungen derselben, die im und nach dem Jahre 1938 durchgeführt wurden." Der ČSR-Außenminister Masaryk drückte die Lage korrekt aus, als er in seinem Antwortschreiben (5. 8. 1942) meinte: „Zwischen unseren beiden Staaten kann man das Münchener Abkommen jetzt als erloschen (dead) ansehen."

Die Entwicklung des „Transfer"-Konzeptes

Benešs Regierung hatte damit ihren Staat theoretisch-politisch in seinen alten Grenzen wiederhergestellt. (Praktische Konsequenzen konnten natürlich erst nach einem siegreichen Kriegsende gezogen werden). Damit drängte alles auf die Lösung der Sudetenfrage zu. Beneš mußte hier weitgehende Zusicherungen anstreben, da sonst sein politisches Ziel des Nationalstaates in den traditionellen Grenzen Böhmens und Mähren-Schlesiens gefährdet war. Im Frühsommer 1941 traten sowohl der Präsident (23. 5.) als auch sein Staatsminister Dr. Ripka (17. 5.) erstmalig offiziell mit dem Begriff des „Bevölkerungstransfers" hervor. In einem schrittweisen und sich über Jahre abspielenden Prozeß planmäßiger Umpolung der öffentlichen Meinung wurde unter kluger Verwendung öffentlicher Erklärungen, Einsatz diplomatischer Verbindungen, Abstimmung mit dem Kriegsverlauf und dem Bekanntwerden nationalsozialistischer Kriegsverbrechen eine Reihe von logischen Durchsetzungsphasen des Konzeptes durchlaufen: Zunächst wurde der Begriff an sich, den man sonst allgemein für die Übertragung einer Geldsumme aus einer Währung in eine andere verwendet, als mögliches Mittel der Nachkriegspolitik im eher abstrakten Zusammenhang statt des Begriffes „Bevölkerungsaustausch" in den politischen Sprachgebrauch eingeführt.

Ausweitung des betroffenen Personenkreises

Dann erfolgte seine praktische Anwendung auf zunächst die Sudetendeutschen und auch das in gewissen Stufen über den Zeitablauf: Die während des Krieges eingewanderten Reichsdeutschen und angesiedelten Volksdeutschen sind heimzuschaffen. Alle Kriegsverbrecher sind zu bestrafen – zu transferieren (Rede Benešs vom 25. 11. 1941); niemand, der dem Henleinismus und Nazismus half, darf in der befreiten tschechoslowakischen Republik bleiben (Artikel Ripkas vom 30. 10. 1942). Schrittweise wurde der betroffene Personenkreis ausgeweitet und – oft unter Berufung auf Stimmen aus dem okkupierten Protektorat – die Möglichkeit der

Edvard Beneš im Gespräch mit Präsident Franklin Delano Roosevelt.

tatsächlichen Anwendung des Transfers als wahrscheinlicher dargestellt. Gegen warnende Stimmen erhob man entweder den Einwand „Wollt ihr ein neues München?" oder zog sich schnell auf die Position zurück, daß noch nichts endgültig festgelegt sei und erst das befreite Volk in der befreiten Heimat definitiv entscheiden könne und werde.

Potsdamer Konferenz sanktioniert „Transfer"

Die weiteren Schritte waren eher formaler Natur: Zwar wurde dem Antrag der Tschechoslowakei an die European Advisory Commission (Interalliierte Planungskommission für Nachkriegsfragen in London) vom November 1944, den Transfer von ca. zwei Drittel der bei Kriegsende im Sudetenland befindlichen Deutschen nach Deutschland in die Kapitulationsbedingungen für das Dritte Reich aufzunehmen, nicht entsprochen. Das geschah jedoch deswegen, weil die Kapitulationsurkunde nur militärische Fragen beinhaltete. Dafür wurden tschechoslowakische Noten vom 23. 11. 1944 und 3. 7. 1945 mindestens von den USA im Grundsatz bejahend beantwortet und führten zur Erklärung der Konferenz von Potsdam (2. 8. 1945): „Die drei Regierungen (das heißt USA, UdSSR und Großbritannien) haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß der Transfer der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jeder derartige Transfer, der stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll." Das gegen Sudetendeutsche entwickelte Transferkonzept wurde zum Instrument der Nachkriegslösung für alle Deutschen in Ostmitteleuropa.

Ende 1944 war klar, daß ein Transfer kommen und alle Sudetendeutschen betreffen würde, die nach 1938 etwas getan hätten, was „ihren Pflichten als Bürger der ČSR widersprach". (Ripka; Zeitschriftenartikel vom 14. 9. 1944). Diese dehnbare Formulierung fand ihre realistische Ausdeutung in einem Diskussionsbeitrag im tschechoslowakischen Staatsrat. Prof. Dr. Vladimir Klecanda erklärte (18. 10. 1944), es liefere auch keinen Beweis für gutes Tschechoslowakentum, „daß jemand unter den Nazis gelitten habe, mißhandelt wurde, daß sein Vermögen beschlagnahmt oder, daß er in ein KZ eingesperrt worden wäre." Man müsse selbstverständlich solche Fälle „menschlich lösen". Derartige Lösungen „hängen jedoch nicht mit der Frage der Transferierung zusammen." Damit war der Totaltransfer da.

Die weiter oben aufgezeigte Entwicklung des Transferkonzeptes im zweiten tschechoslowakischen Exil ist jedoch auch von der internationalen Entwicklung her zu sehen. Benešs Regierung hatte stets einen prosowjetischen Kurs verfolgt. Gegen den Rat der britischen Regierung, der ein föderiertes Nachkriegsmitteleuropa vorschwebte (auch Beneš hatte in gewissen Phasen des Exilablaufs solche Pläne verfolgt), fuhr der Präsident in die Sowjetunion (Dezember 1943), unterzeichnete dort einen Bündnisvertrag und steuerte auch sonst seine ganze Politik parallel zu Moskauer Vorstellungen. Beneš war klar, daß die Sowjets nach dem Krieg die vorherrschende Macht in Mitteleuropa sein würden. Damit geriet er zwar – um den Preis der abzutretenden (1945 erfolgt) Karpato-Ukraine – nicht in offenen Streit mit der UdSSR, wie dies die exil-polnische Regierung erfahren mußte. Er täuschte sich jedoch in der Hoffnung, durch Hergabe wichtiger Positionen (Regierungsbeteiligung der KPČ und Regierungsprogramm mit stark kommu-

nistischem Einschlag (am 5. 4. als „Kaschauer Statut" veröffentlicht) und sonstige Hilfestellungen insgesamt doch einen Mittelkurs zwischen Ost und West beibehalten zu können. Während des Krieges blieb aber auch deswegen seine Position und damit die Gesamtheit seiner Politik einschließlich des „Transfers" unerschütterbar.

Tschechische Kriegsbeteiligung

Die ČSR-Exilregierung unter Beneš erfuhr, wie im Ersten Weltkrieg, wertvolle Nachrichten aus dem Herzen des deutschen Machtbereiches: Ihr Spionagedienst funktionierte und machte sie in West und Ost zu gesuchten Partnern. Als militärischer Beitrag wurden auch Streitkräfte kleineren Umfanges in der britischen Armee (einige der wertvollen RAF-Flieger in der Zeit des deutschen „Luftblitzes" im August 1940 sowie Verbände im Rahmen der Afrika-Armee General Montgomerys) und in der Roten Armee unter dem Oberbefehl General Svobodas (ab März 1968 Staatspräsident der ČSSR) aufgestellt. Diese Verbände hatten zwar niemals die strategische Bedeutung der „Tschechischen Legion" im Rußland der Jahre 1918/20, gaben der tschechoslowakischen Regierung der Jahre 1940/45 aber doch ein gewisses militärisches Gewicht.

Lidice unterstützt tschechische Position

Dazu trat als letzter, aber vielleicht wichtigster unterstützender Faktor der „öffentlichkeitswirksame" Effekt des Verhaltens der Nationalsozialisten im Vorgang Lidice (siehe S. 24f.): Außenminister Masaryk, der sich in diesen Tagen in den USA befand, notierte: „Kein Mensch schien sich für die Tschechoslowakei zu interessieren. Dann kam Lidice und man erinnerte sich wieder, daß sie noch auf der Landkarte war." Der US-Marineminister Knox erklärte öffentlich (13. 6. 1942): „Wenn uns künftige Generationen fragen werden, wofür wir in diesem Kriege kämpften, dann werden wir ihnen die Geschichte von Lidice erzählen." Die Ankündigung der NS-Behörden, den Namen Lidice aus amtlichen Unterlagen und Landkarten zu tilgen, führte dazu, daß die Städte San Geronimo in Mexiko, Frelighsburg in Kanada und Stern Park Garden in den USA sich in Lidice umbenannten. Wenzel Jaksch, der über den Londoner Rundfunk dem Abscheu aller freiheitlich und menschlich gesinnten Deutschen Ausdruck verlieh, erfuhr eine merkwürdige Reaktion: Von diesem Tage an durfte er nicht mehr über das britische Radio sprechen.

Die Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokraten

Gegen diese Entwicklung des Transferkonzeptes mit seiner vielfältigen Absicherung in staatsrechtlicher, diplomatischer, militärischer, nachrichtendienstlicher und psychologischer Hinsicht mußte die Gegenwehr der sudetendeutschen Emigration erfolglos bleiben. Am 18. 10. 1940 spaltete sich von der „Treuegemeinschaft" eine Gruppe ab, gründete die „Auslandsgruppe der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik" und stellte der tschechoslowakischen Regierung in der Hoffnung auf Weitsicht und Großmut keine Bedingungen hinsichtlich des Transfers für die Zusammenarbeit im Exil.

Durch diese Entwicklung war das politische Gewicht der „Treuegemeinschaft" Wenzel Jakschs geschwächt worden. In der Anfangsphase des vorsichtigen Taktierens sah jedoch Beneš Person und Stellung Jakschs als bedeutungsvoll genug an, um seiner Gruppe sechs Sitze im tschechoslowakischen Staatsrat anzubieten (12. 10. 1940). Auf Grund von Nachrichten aus dem tschechischen Widerstand im „Protektorat", daß eine Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen unerwünscht sei, verschob Beneš den Zeitpunkt des Eintrittes in den Staatsrat bis zu einer „psychologisch günstigeren Situation". Wenig später kooptierte er den sudetendeutschen Kommunisten Kreibich in den Staatsrat.

Insgesamt waren damit die Würfel gefallen – Beneš brauchte die sudetendeutsche „Treuegemeinschaft" grundsätzlich nicht mehr. Er traf sich nochmals am 7./8. 1. 1942 mit Jaksch persönlich: Der Präsident erklärte dabei, das tschechoslowakische Volk habe „das Auseinandergehen mit den Deutschen" und „ihren Transfer ins Reich" beschlossen.

Jaksch versuchte noch, die Weltöffentlichkeit aufzuklären und gegen das Transferkonzept zu mobilisieren. Die Bedeutung blieb jedoch gering; auch die Bemühungen, die Sudetendeutschen selbst zu warnen, schlugen fehl: Die tschechoslowakische Regierung verfügte über Presse, Rundfunk, Geld, militärische Machtmittel und berechtigtes Vertrauen auf den Sieg der eigenen politischen Vorstellungen. Sie erhob den Anspruch, eine demokratische Einrichtung zu sein, und gab gleichzeitig wahllos Mordbefehle.

Das zweite tschechoslowakische Exil hatte politisch einen großen Erfolg: Der nationale Einheitsstaat wurde um den Preis verwirklicht, jahrhundertelange menschliche Beziehungen zu zerreißen.

Fritz Peter Habel/Helmut Kistler

Der „Transfer" der Sudetendeutschen 1945–1946

Das Kriegsende und der Beginn des Terrors gegen die Deutschen

Die Elektra-Filmbühne in Leitmeritz brachte „Opfergang" zur Erstaufführung, das Landgericht in Böhmisch-Leipa setzte die Ehescheidungsverhandlung gegen Frau Anna Kosak auf dem 28. 5. fest und die „Oberfinanzpräsidenten Dresden und Nürnberg für die Finanzämter in den Regierungsbezirken Aussig und Eger" erinnerten unter Hinweis auf sonst anfallende Säumniszuschläge an die zum 31. 5. fällige Versicherungs- und Feuerschutzsteuer. Das sind einige Notizen aus der „Zeit", dem „Hauptorgan der NSDAP im Reichsgau Sudetenland und Amtsblatt des Reichsstatthalters und aller seiner Behörden", 11. Jahrgang, Nr. 109. Man könnte aus den Nachrichten meinen, es handle sich um irgendeine beliebige Ausgabe. Sie trägt jedoch das Datum 8. 5. 1945 und ist die letzte Nummer.

An ihr wird zunächst deutlich, daß die Masse der Sudetendeutschen selbst in dieser Zeit ein fast „normales" Leben führte. Man hatte an Wunderwaffen auch dann geglaubt, als im Januar und Februar 1945 die schlesischen Trecks über das Riesengebirge kamen, und wußte auch jetzt noch nicht, wie es eigentlich weitergehen sollte. Hitler und Goebbels waren tot. Die alliierten Truppen standen in Karlsbad und Mährisch-Schönberg. Die Lage in Prag, wo am 5. 5. ein Aufstand der Tschechen ausgebrochen war, blieb undurchsichtig. (Daß General Toussaint, der Wehrmachtsbefehlshaber von Böhmen und Mähren, an diesem 8. 5. kapituliert hatte, wurde kaum bekannt. Daß Generalfeldmarschall Schörner sich von seinen Truppen im Sudetenraum per Fieseler-Storch abzusetzen plante, wußte nur sein Generalstabschef.) In dieser Lage wurde ein „Appell des Gauleiters (Konrad Henlein) in ernster Stunde" vom 5. 5. in der „Zeit" abgedruckt.

Nach einem historischen Rückblick („in Jahrhunderten hart und stolz geworden") und einer Selbstcharakterisierung („als Kind meiner Zeit ... habe ich ... immer das Beste gewollt") kam die politische Analyse: „Nach der nun einmal gegebenen Lage an den Fronten ist vielleicht bald auch im Sudetenland die Ausschaltung der freien Entscheidung, wenigstens auf einige Zeit zu befürchten ... Wenn ... unsere Führung nicht mehr Parolen

ausgeben, für Euch handeln und Eure Rechte verteidigen kann, dann wird jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Handwerker, Angestellter oder jeder Betriebsführer auf sich gestellt sein und es wird auf jeden Einzelnen ankommen." Der „Appell" ermahnte weiter zu Ehre, Stolz, nationaler Würde und sittlicher Kraft und – besonders die Frauen und Mädchen – zu „persönlicher sauberer Haltung", warnte vor Zwietracht und falschen Propheten und enthielt dann ein Bekenntnis zum Münchener Abkommen: „Für uns kann dieses Abkommen nicht nur ein Stück Papier sein! Für die Welt nicht zu einem Fetzen Papier werden! Die Staaten, die sich 1938 entschlossen haben, die Trennung des deutschen vom tschechischen Gebiet Böhmens, Mährens und Schlesiens um des Friedens willen zu verwirklichen und dazu die Billigung des tschechoslowakischen Staates unter der Präsidentschaft Dr. Benešs fanden, haben selbst dem Sudetenland seine Grenzen bestimmt und damit eine moralische Garantie übernommen". Als diese Zeilen gedruckt wurden, befand sich Konrad Henlein bereits in amerikanischer Gefangenschaft. Er verübte am 10. 5. 1945 Selbstmord.

Von einem so gearteten Informations- und Meinungsstand aus war auch das Vorstellungsvermögen der Masse der Sudetendeutschen gesteuert. Nachdem das Deutsche Reich als Machtfaktor zerfiel, kam alles auf die Pläne der Alliierten an. Man hatte durch die Goebbels-Propaganda von den Ergebnissen der Konferenzen in Teheran (Dezember 1943) und Yalta (Februar 1945) gehört und vermutete daher das Schlimmste im Rahmen des Begreifbaren: Die Wiedereingliederung in eine Tschechoslowakei mit „vor-Münchener"-Grenzen und „vor-Münchener"-Verhältnissen.

Die Transferpläne der tschechoslowakischen Exilregierung waren im Mai 1945 den Sudetendeutschen praktisch unbekannt. Zwar hatte Wenzel Jaksch bereits 1944 in brennender Sorge mehrere seiner Parteifreunde aus Schweden über Dänemark und aus England durch Fallschirmabsprung ins Sudetenland entsandt, um vor der Vertreibung zu warnen. Die tapferen Freiwilligen, die dieses Himmelfahrtskommando auf sich nahmen (im Westen als Gegner alliierter Kriegspolitik, im Territorium des Dritten Reiches als feindliche Agenten angesehen), fielen meistens der Gestapo in die Hände. Den wenigen, die durchkamen, wurde nicht geglaubt – man hielt die Warnung für eine Provokation, für eine Erfindung.

Erst im Zuge der Besetzung des gesamten Sudetengebietes durch sowjetische und amerikanische Truppen und der Wiederaufrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung im Mai 1945 wurde das Vertreibungskonzept in Teilen (Gerüchte über den Verbleib des Egerlandes bei Deutschland hielten sich bis August 1945) und schließlich in seiner Gesamtheit bekannt. Je mehr es bekannt wurde, desto mehr verlor es an Schrecken. Es wurde für sehr viele Sudetendeutsche zum rettenden Ausweg aus einer Hölle von Verfolgung und Terror.

Sowjetpanzer rücken im Mai 1945 in Prag ein.

Über das Schicksal der Sudetendeutschen in den Jahren 1945 und 1946 existieren einige Dokumentationen: Die von mehreren Professoren bearbeitete und vom Bundesvertriebenenministerium 1957 herausgegebene Zusammenstellung von Dokumenten und Berichten über „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei" macht das wesentliche dieser Zeit deutlich.

Es liegt nicht in den Nachweisen von Einzel- und Massenverbrechen, sondern in der Systematik der Anlage und Durchführung; Kennzeichnung aller Deutschen (mit großen Hakenkreuzen, N[ěmec = Deutscher], weißen Armbinden), gesonderte Lebensmittelkarten für Deutsche, Verbot der Ausübung bestimmter Berufe, des Besitzes bestimmter Gegenstände (z. B. Elektrogeräte, Fahrräder), der Benutzung bestimmter öffentlicher Einrichtungen, Sperrstunden für Deutsche. Dann aus einer allgemeinen Meldepflicht heraus Einweisung aller Deutschen in Arbeits-/Konzentrations-/Sammellager mit Zwangsarbeitspflicht.

Ankunft vertriebener Sudetendeutscher auf dem Bahnhof München-Allach im Jahre 1946.

Der Ablauf der Vertreibung

Der Transfer der Anfang 1945 im Sudetenland anwesenden Bevölkerung (die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden sudetendeutschen Wehrmachtsangehörigen ließen sich meistens bereits nach den Westzonen Deutschlands entlassen) vollzog sich in fünf relativ deutlich abgrenzbaren Phasen:

- Bis zum 5. 5. 1945 erfolgte die Mitnahme einzelner Personen in Trecks von Schlesiern und den Kolonnen der zurückweichenden deutschen Wehrmacht, vor allem aus dem Kampfgebiet im Osten des böhmisch-mährischen Kessels.

- Zwischen Mai und November 1945 fanden Massenaustreibungen aus gewissen Sprachinseln und Randgebieten durch tschechoslowakische Verwaltungsbeamte und die „Revolutionsgarde" (paramilitärische Organisation) bei gleichzeitigem Massenterror statt.

- Von November 1945 bis 19. 1. 1946 bemühten sich zahlreiche Personen, angesichts der bekannten Potsdamer Beschlüsse und des anhaltenden Terrors in Einzelfluchtaktionen das Gebiet zu verlassen, sofern angesichts der Konzentration in Lager, des Reiseverbots und der Jahreszeit objektive Möglichkeiten vorlagen.

- Zwischen dem 19. 1. und dem 27. 11. 1946 verließen insgesamt mehr als 1000 Eisenbahntransporte mit durchschnittlich jeweils 1200 Sudetendeutschen ihre Heimatgebiete. Hier liegt der eigentliche Kern des Transfervorganges.

- Nach dem November 1946 fanden nur mehr einzelne Transporte, später nur noch „Familienzusammenführungen" und schließlich sogenannte „Aussiedlungen" statt.

Durch diesen Ablauf wurden direkt und indirekt von etwa 3,3 Millionen Sudetendeutschen etwa 2,9 Millionen erfaßt; nur etwa 0,2 Millionen blieben in der neuen ČSR.

Eine vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden herausgegebene Darstellung über „Die deutschen Vertreibungsverluste" zog die Bilanz: Etwa 225 000 Sudetendeutsche müßten als „Nachkriegsverluste" in der Tschechoslowakei angesetzt werden, das sind fast 7 % jener Menschengruppe im Jahre 1939.

Wenn 1945/46 für die Sudetendeutschen den Untergang als geschlossene Volksgruppe bedeuten sollte, brachte diese Zeit für die Tschechen die Wiederherstellung eigener tschechoslowakischer Staatlichkeit. (Inwieweit die Masse der Slowaken mit ihrer Wiedereingliederung in einen zwar demokratischen, aber trotz Ansätzen in Richtung auf eine slowakische Autonomie doch eben tschechisch-zentralistischen Staat übereinstimmte, ist mindestens unklar.) Die Bilder glichen sich sehr: Wie 1938 die Sudetendeutschen die Wehrmacht des Dritten Reiches mit großer Begeisterung begrüßt hatten, so wurden jetzt die Sherman-Panzer des US-Generals Patton in Westböhmen und die T-34-Kampfwagen des Marschalls Konjew in Prag mit Blumen überschüttet. Da das Gebiet der neuen ČSR im Kriege wenig gelitten hatte und zudem der Milliardenbesitz der Sudetendeutschen zur Verfügung stand, war der materielle Wiederaufbau im wesentlichen ein Problem der Umverteilung von vorhandenem Vermögen und des Neuaufbaues des Staats- und Verwaltungsapparates. Die demokratischen Parteien entstanden neu, aber die Bildung von einheitlichen außerparlamentarischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Jugendverbänden und ähnlichen) deutete bereits im äußeren Aufbau des gesellschaftlichen Gefüges die neue Lage an.

Der starke Strukturwandel kann in einer Gegenüberstellung der Bevölkerungszahlen verdeutlicht werden (in Millionen Personen):

	1880	1900	1921	1938	1946
Böhmen	5,6	6,4	6,7	7,3	5,6
Mähren/ Schlesien	2,6	3,0	3,4	3,7	3,1
Summe	8,2	9,4	10,1	11,0	8,7

Heinz Blatt/Fritz Peter Habel

Die kommunistische Machtübernahme

Die grundlegenden Entscheidungen über das Nachkriegsschicksal der Tschechoslowakei fielen nicht im Lande selbst. Die Exilregierung, die sich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in London unter Edvard Beneš gebildet hatte, verwarf die ehemalige Westorientierung der ČSR. Die Befürchtung, allein ohne starken Schutz selbst einem besiegten deutschen Nachbarn nicht standhalten zu können, und das durch das Versagen der verbündeten Westmächte 1938 in München ausgelöste Trauma bestärkten sie in ihrer Grundsatzentscheidung, daß die UdSSR fortan der wichtigste Bündnispartner sein sollte. In dem im Dezember 1943 zwischen der Londoner Exilregierung und Moskau abgeschlossenen Vertrag verpflichteten sich die ČSR und die UdSSR zu Freundschaft, gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit nach dem Krieg. Außerdem unterstützte Beneš Stalins Plan einer Westverschiebung Polens auf Kosten Deutschlands; Stalin stimmte der von Beneš geforderten vollständigen und entschädigungslosen Vertreibung der Sudetendeutschen zu. Allerdings ging Beneš auch gegenüber dem Vorsitzenden der nach Moskau emigrierten Tschechischen KP, Klement Gottwald, weitreichende Verpflichtungen ein. Sie beinhalteten die Umstrukturierung von Volk und Staat auf der Grundlage eines „Revolutionsprogrammes", das unter anderem die Zusammenfassung aller an der Regierung beteiligten Parteien ohne parlamentarische Opposition zu einer „Nationalen Front" mit einer klaren sozialistischen Ausrichtung vorsah.

Besetzung durch die Rote Armee

Auf die alliierten Beschlüsse vom Winter 1943/44, die ČSR dem sowjetischen Operationsbereich zu unterstellen, folgte am 8. Mai 1944 die Vereinbarung zwischen der Exilregierung und der UdSSR, das Land von der Roten Armee besetzen zu lassen; diese sollte in den von der deutschen Besatzung befreiten Gebieten den Vertretern der tschechoslowakischen Regierung sogleich Zivilverwaltungskompetenzen übertragen. Unter dem Schutz der vorrückenden sowjetischen Truppen kamen dabei vor allem die Kommunisten zum Zuge. Mit Erfolg förderten diese gegen die Proteste der Regierung Beneš den Anschluß der Karpato-Ukraine an die Ukrainische Sowjetrepublik. Um eine ähnliche Entwicklung in der Slowakei zu verhindern, reiste Beneš zu Verhandlungen nach Moskau (17. bis 31. März 1945), in deren Verlauf das Schicksal der Nachkriegs-Tschechoslowakei besiegelt wurde. Entgegen der ursprünglich vorgesehenen Erweiterung des Londoner Kabinetts durch kommunistische Politiker kam es stattdessen zu einer Umbesetzung von Ministerposten, so daß die Kommunisten von Anfang an in den wichtigsten politischen Ressorts entscheidenden Einfluß ausüben konnten. Rückblickend war die Sowjetunion damit – vor dem Hintergrund des beginnenden Auseinanderbrechens der Anti-Hitler-Koalition und des sich ankündigenden Ost-West-Konfliktes – ihrem Ziel näher gekommen, diesen kleinen, aber industriell hochentwickelten Staat in der Mitte Europas in ihren Machtbereich einzugliedern.

Die kommunistische Unterwanderung des Staates

Das Kaschauer Programm

Während seiner Verhandlungen über die Nachkriegs-Tschechoslowakei in Moskau im März 1945 hatte Beneš auch ein von den Kommunisten entworfenes Regierungsprogramm gebilligt. Dieses Programm

wurde am 5. April 1945 von der am Tag zuvor eingesetzten Regierung Fierlinger – einem engen Mitarbeiter Benešs, der, nominell ein linker Sozialdemokrat, in Moskau ganz unter den Einfluß der KPČ unter Gottwald geraten war – per Präsidialdekret Nr. 1 in der ostslowakischen Stadt Kaschau verkündet. Es hatte die grundlegende Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zum Ziel und stellte einen Kompromiß zwischen unklaren Reformvorstellungen der bürgerlich-demokratischen Kräfte und den viel weitergehenden Forderungen der Kommunistischen Partei dar. Den Kommunisten selbst war zu diesem Zeitpunkt noch daran gelegen, als echte Demokraten zu erscheinen. Sie hatten es verstanden, im „Kaschauer Programm" eine Basis für ihre spätere Alleinherrschaft zu schaffen. Darauf aufbauend gelang es ihnen in den folgenden Jahren, den Staat und seine Organe in einem schleichenden Prozeß zu unterwandern und die Macht zu übernehmen.

Kommunistische Mehrheit im Kabinett

Unter Fierlinger waren die Kommunisten zum ersten Mal in der Geschichte der ČSR an der Regierung beteiligt. Mit Gottwald, dem Vorsitzenden der tschechischen, und Široký, dem Führer der slowakischen KP, besetzten sie die beiden Posten der stellvertretenden Ministerpräsidenten. Auch das Innenministerium (und somit die Leitung der Polizei), die Ressorts für Erziehung und Information (mit der Aufsicht über Presse und Rundfunk), für Industrie, für Sozialfürsorge und schließlich für Landwirtschaft (dem aufgrund der vorgesehenen Bodenreform großes Gewicht zukam) wurden den Kommunisten unterstellt. Das Verteidigungsministerium mit der Kontrolle über die aus West und Ost in die Tschechoslowakei zurückkehrenden Truppenverbände erhielt General Svoboda, der insgeheim bereits Parteimitglied geworden war. Dem prominentesten Nichtkommunisten, Außenminister Jan Masaryk, einem überzeugten Verfechter der These von der Brückenfunktion der ČSR zwischen Ost und West und deshalb bei den Westmächten wohlgelitten, wurde mit Staatssekretär Clementis ein kommunistischer Aufpasser beigeordnet. Damit verfügte die KP dank der Hilfe der Linkssozialisten Fierlinger und Laušmann nicht nur über eine knappe Mehrheit im ersten Nachkriegskabinett, sondern auch über die politisch einflußreichsten Ministerposten. Die anderen vier Parteien, die Sozialdemokraten, die Volks- bzw. National-Sozialisten, die Katholische Volkspartei und die slowakischen Demokraten, hatten weniger und nachrangige Ressorts erhalten.

Alle Parteien des rechten bzw. bürgerlichen Spektrums und die Minderheitenvertretungen wurden verboten. Die KPČ, die sich betont nationalistisch gebärdete, bemühte sich mit Erfolg darum, das dadurch entstandene Vakuum auszufüllen. Sie wurde recht bald zur mitgliederstärksten und bestorganisiertesten Partei.

Die Kommunisten hatten eine rasche, entschädigungslose Enteignung und Aussiedlung bzw. Vertreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen und die Verfolgung derjenigen Bürger propagiert, die mit den Deutschen kollaboriert hatten. Diese Maßnahmen fanden weitverbreitete Zustimmung. Die KPČ machte sich dabei den während der nationalsozialistischen Besatzungszeit in der Bevölkerung aufgestauten Haß zunutze, der sich – so wie die sowjetischen Truppen vorrückten – in ungezügeltem Terror gegen alles Deutsche entlud.

Vertreibung der Deutschen und Verfolgung der Kollaborateure

Das Eigentum der Deutschen wurde beschlagnahmt und der „nationalen Verwaltung" unterstellt, wobei es wiederum die Kommunisten verstanden, die Verteilung und Neubesiedelung erfolgreich zu kontrollieren und propagandistisch für ihre Ziele auszunutzen. So zogen vor allem besitzlose Landarbeiter und Kleinbauern aus den dichtbesiedelten Teilen Mittelböhmens in die ehemaligen sudetendeutschen Siedlungsgebiete.

Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erschütterte das bestehende Sozialgefüge. Zehntausende tschechische Bürger verloren Hab und Gut, wurden zum Tode oder zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt. 250000 Tschechen und Slowaken wurde im Rahmen einer „antifaschistischen Bereinigung" allein schon wegen des Verdachts der Kollaboration das aktive und passive Wahlrecht aberkannt. Auch die Umsetzung der im Kaschauer Programm proklamierten Ziele – die Errichtung eines Wohlfahrtsstaates, die Verstaatlichung der Grundindustrie und Banken, die Ersetzung der traditionellen Distrikt- und Gemeindeverwaltungen durch „Nationalausschüsse" und die „Säuberung" von Bildung und Kultur – sollte große Veränderungen im Sinne eines sozialistischen Zentralismus herbeiführen.

Verstaatlichung und Bodenreform

Die Reorganisation des Heeres nach dem Vorbild der Roten Armee und das Bündnis mit der Sowjetunion ließen die künftige außen- und innenpolitische Ausrichtung auf Moskau deutlich werden. Für die demokratische Entwicklung der Tschechoslowakei war Schlimmes zu befürchten. Die Westmächte ließen sich indessen von Beneš überzeugen, daß die tschechischen und slowakischen Kommunisten echte Demokraten seien und nicht – wie die der anderen osteuropäischen Länder im Machtbereich der Roten Armee – eine totalitäre Diktatur nach sowjetischem Vorbild errichten wollten. Allerdings hatte die KPČ bereits gute Fortschritte auf dem Weg zur Machtübernahme erzielt, als die Regierung Fierlinger und Präsident Beneš am 10. bzw. 25. Mai 1945 in Prag einzogen.

In den folgenden Monaten erließen Präsident und Regierung in rascher Folge Dekrete, die das Kaschauer-Programm umsetzten und den „Aufbau des Sozialismus" in der ČSR beschleunigen sollten. Nach dem Verfassungsdekret über die „Bestrafung nazistischer Verbrecher" und der entschädigungslosen Enteignung der „Deutschen, Magyaren, Verräter und Kollaboranten" fand eine gewaltige Verschiebung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden statt. Im September und Oktober 1945 wurde die Verstaatlichung sämtlicher Großbetriebe, der Bergwerke und des Banken- und Versicherungswesens angeordnet. Die Maßnahmen wurden ein Jahr später, am 28. Oktober 1946, durch einen Zweijahrplan ergänzt, der die Beseitigung der Kriegsschäden, eine Produktionssteigerung von 10% und vor allem den Ausbau der Schwerindustrie vorsah. Verstaatlichung und Bodenreform veränderten die Struktur der tschechoslowakischen Volkswirtschaft nachhaltig: der verstaatlichte Anteil war auf Kosten des privatwirtschaftlichen Bereiches erheblich ausgeweitet und den zentralen Lenkungsorganen der Regierung unterstellt worden. Auch die Konsequenzen für die Sozialstruktur waren unübersehbar: Gesellschaftliche Unterschiede wurden weitgehend eingeebnet, die einflußreichsten Gruppen der Gesellschaft, finanzstarke Großgrund- und Kapitalbesitzer, wurden beseitigt und ihre politischen Organisationen verboten.

Herrschaft der Nationausschüsse

Von noch größerer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Tschechoslowakei war das geradezu leichtsinnige Entgegenkommen der bürgerlich-demokratischen Parteien gegenüber der KPČ in der Innenpolitik. Aufgrund entsprechender Vereinbarungen im Kaschauer Programm wurde der gesamte Behörden- und Verwaltungsapparat durch zwei Dekrete von Mai und August 1945 den Nationalausschüssen unterstellt. Die Mitglieder der Provinz-Nationalausschüsse hatten das Recht, Abgeordnete für die Provisorische Nationalversammlung zu nominieren. Darüber hinaus hatte auch der Vorschlag der KPČ Zustimmung gefunden, in Gemeinden, Bezirken und Ländern sowohl die üblichen Aufgaben und Funktionen der Behörden als auch die der Kreistage und Länderparlamente auf die Nationalausschüsse zu übertragen. Weil auf diese Weise die Gesetzgebung und die ausführende Gewalt in einer Hand vereinigt wurden und die Kommunisten die Nationalausschüsse zunehmend unter ihre Kontrolle bekamen, wurde die Machtstellung der KPČ außerordentlich gefördert.

Kommunisten stärkste Partei

Viele Faktoren begünstigten die KPČ, so daß die in den dreißiger Jahren politisch unbedeutende Partei einen großen Mitgliederzuwachs erfuhr. Den bürgerlich-demokratischen Parteien hingegen fehlte es an Selbstbewußtsein und Glaubwürdigkeit. Die Kommunisten schreckten nicht davor zurück, sie sogar für die Kapitulation von 1938/39 verantwortlich zu machen, sich selbst als treibende Kraft des nationalen Fortschritts anzupreisen und die politische Arbeit der anderen Parteien in Presse und Rundfunk in aller Öffentlichkeit zu behindern. Die von der

KPČ kontrollierte und durch bewaffnete Betriebskampftruppen erweiterte Einheitsgewerkschaft spielte ihren ganzen Einfluß zugunsten der Kommunisten aus. Darüber hinaus bediente sich die KPČ der Irreführung und des Terrors. Das durch die Erfahrungen mit der deutschen Besatzung gewachsene Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nutzte sie zur Propagierung einer für die Sicherheit des Staates notwendigen und unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion aus, um die zunehmende Abhängigkeit von der UdSSR zu verharmlosen. Den Kommunisten kam zudem zugute, daß den demokratischen Parteien ein überzeugendes Sachprogramm fehlte und sich unter ihren Politikern zunehmend das Gefühl der Resignation verbreitete.

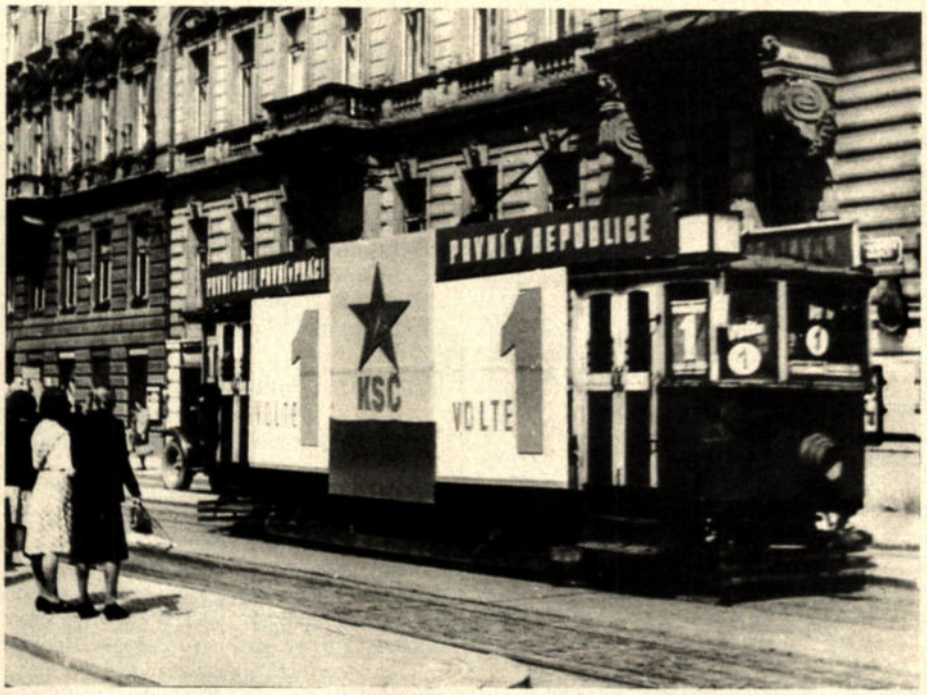
Die Wahlen vom 26. Mai 1946

Unter diesen für die Kommunisten günstigen Bedingungen fanden am 26. Mai 1946 freie und geheime Wahlen statt, aus denen die KPČ mit 37,9 % der abgegebenen Stimmen als Sieger hervorging. Sie stellten mit Klement Gottwald den neuen Ministerpräsidenten; Beneš wurde in seinem Amt als Staatspräsident bestätigt. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten unter Fierlinger konnten sich die Kommunisten fortan auf 153 von insgesamt 300 Mandaten in der Nationalversammlung stützen. Außerdem gewannen sie zu den bisherigen Ministerposten noch die Ressorts Finanzen und Binnenhandel dazu; die übrigen im Kabinett vertretenen Parteien erhielten wiederum nur politisch bedeutungslose Ministerien zugeteilt. Obwohl Gottwalds Regierungsprogramm den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, die Bodenreform, die Verstaatlichung der Industrie und die Vertiefung der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft – also im Grunde genommen die Grundlinien der bisherigen Politik – fortschrieb, sollte es recht bald zu innenpolitischen Krisen kommen. Sie wurden mit der staatsstreichartigen Machtübernahme der Kommunisten gewaltsam beendet.

Der Prager Staatsstreich

Die Machtübernahme durch die KPČ vollzog sich vor dem Hintergrund des beginnenden Ost-West-Konfliktes, den die ehemals in der Anti-Hitler-Koalition verbündeten Westmächte und die Sowjetunion machtpolitisch und ideologisch als „kalten Krieg" führten. In seinem Kern bestand dieser Konflikt in der Rivalität zwischen grundsätzlich antagonistischen politischen Systemen, nämlich dem der östlichen totalitären kommunistischen Diktaturen und dem der westlichen freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratien.

Die Westmächte, allen voran die USA, konnten nicht verhindern, daß in den von der Roten Armee „befreiten" osteuropäischen Staaten die Kommunisten die Macht übernahmen. Angesichts der zunehmenden Festigung der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa und der fortschreitenden Sowjetisierung dieser Länder verkündete der damalige amerikanische Präsident am 12. März 1947 die nach ihm benannte Truman-Doktrin. Fortan wollten die USA eine „Politik der Eindämmung" betreiben. Eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereiches und die Errichtung neuer totalitärer kommunistischer Diktaturen sollten verhindert werden.



Bei den ersten Nachkriegswahlen in der Tschechoslowakei am 25. Mai 1946 wurde die KP, die sich die Liste 1 gesichert hatte, die stärkste Partei. Das Bild zeigt einen Straßenbahnwagen mit kommunistischer Wahlpropaganda.

Moskau erzwingt Ablehnung der Marshall-Plan-Hilfe

Zu diesem Zeitpunkt war die Tschechoslowakei der letzte demokratisch verfaßte Staat im europäischen Vorfeld der UdSSR, der darüber hinaus seit seiner Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg traditionell westlich orientiert war. Deshalb wurden die Ereignisse in Prag, die im Februar 1948 zur Errichtung eines kommunistischen Regimes führten, im Westen mit großer Bestürzung aufgenommen. Im Grunde war der Umsturz aber nur die Bestätigung der seit 1945 herrschenden Machtverhältnisse. Innenpolitisch hatten sich die Kommunisten von Anfang an durchsetzen können, und außenpolitisch hatte Moskau spätestens seit dem Sommer 1947 die genaue Befolgung seiner Weisungen durchgesetzt. Im Frühjahr dieses Jahres waren erstmals Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung aufgetreten; weil außerdem Mißernten zu befürchten waren, drohte eine Hungersnot, die die Wirtschaft des Landes insgesamt gefährden konnte. Aufgrund der vielen Menschenopfer durch Krieg und Vertreibung fehlten zudem notwendige Arbeitskräfte. Als aber die Regierung Gottwald das in dieser Situation willkommene Angebot amerikanischer Marshall-Plan-Hilfe annahm, wurde sie sofort von Stalin ultimativ gezwungen, diese Unterstützung wieder zurückzuweisen. Stattdessen begab sich die Tschechoslowakei anschließend durch die Unterzeichnung eines ausbeuterischen Handelsvertrages mit der UdSSR endgültig in die Abhängigkeit von Moskau.

Dieses Ereignis hatte zugleich das Ende der Zusammenarbeit zwischen der KPČ und den bürgerlich-demokratischen Parteien zur Folge. Zuvor war es schon aus anderen Anlässen zu einer Verhärtung der innenpolitischen Fronten gekommen. So hatten die Verkündung des in seiner Zielsetzung utopischen Zweijahrplanes am 28. Oktober 1946 und der nach der erzwungenen Beilegung von Grenzkonflikten auf Wunsch Moskaus am 10. März 1947 mit Polen abgeschlossene Freundschaftspakt anhaltende Auseinandersetzungen ausgelöst. Eine regelrechte Generalprobe auf ihrem Weg zur totalen Machtübernahme aber hatten die Kommunisten zu bestehen, als sie sich gegen ihre politischen Gegner in der slowakischen Teilrepublik durchzusetzen versuchten.

Gleichschaltung der Slowakei

Im Prager Parlament hatte es seit Anfang 1946 immer wieder kontroverse Debatten über den Kurs der Zentralregierung gegenüber der Slowakei gegeben. Die Bevölkerung dort forderte mehrheitlich mehr Autonomie und eine Föderalisierung mit weitreichender Selbstverwaltung. Die KPČ konnte ihre Auffassung von einem der Prager Zentrale untergeordneten und nach dem Vorbild der Sowjetrepubliken verfaßten Teilstaat nicht durchsetzen, weil dazu ihre Machtbasis in der Slowakei zu klein war. In den freien Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung hatte die slowakische Sektion der KPČ nur 30 % der Stimmen erhalten. Auf demokratischem Weg war es ihr kaum

möglich, sich gegenüber der überaus erfolgreichen Demokratischen Partei, die sich überdies mit der katholischen Kirche verbündet hatte, durchzusetzen. Das veranlaßte Gottwald zu einem harten Durchgreifen, um das angebliche Wiederaufleben „klerikal-faschistischer Tendenzen" zu verhindern. Die Spannungen verschärften sich, als am 18. April 1947 das Todesurteil gegen den populären ehemaligen Präsidenten der Slowakei, den katholischen Monsignore Tiso, wegen Hochverrates vollstreckt wurde. Dieser hatte 1939 unter deutschem Druck die slowakische Unabhängigkeit proklamiert und war seitdem eher ein Gefangener der Umstände als ein aktiver Verbündeter Hitlers gewesen. Die nun ausbrechende offene Regierungskrise wurde nach monatelangem Tauziehen gewaltsam beendet. Nach der Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung faschistischer Kräfte wurden im Herbst 1947 insgesamt fast 450 Personen verhaftet, unter denen sich die einflußreichsten und wichtigsten slowakischen Politiker befanden. Dies hatte zur Folge, daß fortan die Kommunisten die Mehrheit im slowakischen Verwaltungsapparat stellten und ihre Ziele ungehindert durchsetzen konnten.

Sozialisten verweigern Vereinigung mit Kommunisten

Ernsthafte innenpolitische Spannungen entstanden, als die Kommunisten vor den für Ende Mai 1948 anberaumten Wahlen zur Nationalversammlung versuchten, die Sozialdemokraten durch Überredung, Gewalt und Terror zu einem „Zusammenschluß" – ähnlich dem der SPD und der KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland – zu bewegen.

Die KPČ befürchtete empfindliche Stimmenverluste und hoffte, auf diese Weise ihre Machtbasis erweitern zu können. Um in den Vollbesitz der Macht zu gelangen, schürte sie beständig die innenpolitischen Krisen und Konflikte. Die Nachgiebigkeit ihrer von der Bevölkerung mittlerweile wieder stärker unterstützten bürgerlich-demokratischen Koalitionspartner nutzte die KPČ systematisch aus. Minister und Politiker, die nicht der Kommunistischen Partei angehörten, wurden mit Kompetenzstreitigkeiten unter Druck gesetzt, ihre Zuverlässigkeit durch die Aufdeckung angeblich geplanter Attentate gegen hohe Staatsmänner öffentlich in Frage gestellt.

Dennoch erteilten die Sozialdemokraten den Vereinigungsplänen der KPČ eine deutliche Absage, indem sie auf dem Parteitag in Brünn am 16. November 1947 den kommunistenfreundlichen Parteivorsitzenden Fierlinger durch den dem rechten Parteiflügel angehörenden Laušmann ersetzten. Dies bedeutete eine klare Niederlage für die Kommunisten. Weil die KPČ nach der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947 ebenso wie alle anderen kommunistischen Parteien im sowjetischen Einflußbereich verpflichtet war, die uneingeschränkte Macht im Staat an sich zu reißen, blieb ihr fortan nichts anderes übrig, als ihre Kader und Massenorganisationen und „die Straße" zu mobilisieren. Seit

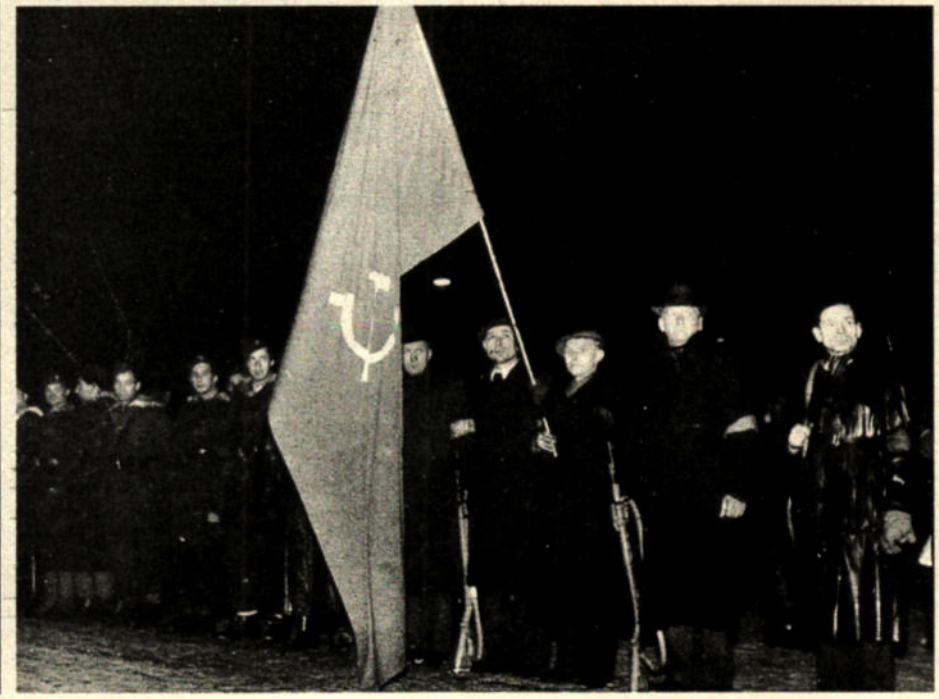
Die Kommunisten mobilisieren die Massen. Demonstration auf dem Wenzelsplatz in Prag am 23. Februar 1948.

der Sitzung des Zentralkomitees (ZK) vom 29. November 1947 war ihr vorrangiges Ziel, die Durchführung freier Wahlen – aus denen nach aller Voraussicht die bürgerlich-demokratischen Parteien als Sieger hervorgegangen wären – zu verhindern und die bestehende Koalition zu stürzen. Dazu standen der KPČ als Machtmittel mehr als 1,3 Millionen Parteimitglieder, über 2 Millionen Einheitsgewerkschaftler, die bewaffneten Arbeitermilizen und der 43 000 Mann starke Staatssicherheitsdienst zur Verfügung.

Rücktritt der bürgerlichen Minister

In dieser angeheizten innenpolitischen Atmosphäre löste im Februar 1948 die außerordentliche Beförderung von acht kommunistischen Polizeioffizieren eine Staatskrise aus. Zuvor hatten die bürgerlich-demokratischen Kabinettsmitglieder Innenminister Nosek aufgefordert, die Unterwanderung der Polizei durch Kommunisten endlich zu unterbinden, damit die Durchführung freier Wahlen nicht gefährdet werde. Die Minister der de-

Die Gleichschaltung hat schon begonnen. Kundgebung von Polizei und bewaffneter Miliz mit Sowjet-Fahne in Prag am 27. Februar 1948.



mokratischen Parteien traten nun aus Protest von ihren Ämtern zurück, um damit eine Kabinettsauflösung und Regierungsneubildung zu bewirken. Weil aber Außenminister Masaryk, andere parteilose Fachminister und die linken Sozialdemokraten und Fierlinger auf ihren Posten verblieben, war die Regierung laut Verfassung weiterhin geschäftsfähig. Die Kommunisten aber, die sich jetzt in der Mehrheit befanden, nutzten die Gunst der Stunde.

Auf einer Massenversammlung in Prag erklärte Gottwald, die zurückgetretenen Minister hätten sich selbst von der Regierung der Nationalen Front ausgeschlossen; die KP werde deren Ressorts „vertrauenswürdigen Patrioten" übertragen. Außerdem rief der Ministerpräsident zum Widerstand gegen die „bürgerliche Verschwörung" auf. Systematisch bereitete die KPČ jetzt ihre Machtübernahme vor. Ein aus hohen KP-Funktionären gebildeter Zentralausschuß steuerte, gemeinsam mit dem „zufällig" in Prag anwesenden stellvertretenden sowjetischen Außenminister Zorin, die örtlichen Aktionskomitees aus bewaffneten Gewerkschaftlern und kommunistischen Parteimitgliedern. Diese besetzten Fabriken, Behörden, die Dienstsitze der zurückgetretenen Minister und die Zentralen und Einrichtungen der von ihnen geführten Parteien. Im Verlauf dieser Ereignisse wurde Laušmann gezwungen, die Führung der Sozialdemokratie wieder an den Linkssozialisten Fierlinger zu übergeben. Dies hatte zur Folge, daß Teile der Partei alsbald in das von der KPČ geforderte Bündnis überführt und damit gleichgeschaltet wurden; dadurch erhielten die Kommunisten die Möglichkeit, die tschechoslowakische Sozialdemokratie in den folgenden Jahren endgültig zu vernichten.

Regierung der „Erneuerten Nationalen Front"

Präsident Beneš, der die Regierungskrise durch Verhandlungen lösen wollte, wurde schließlich mit der Androhung eines landesweiten Generalstreiks und der Anwendung von Gewalt am 25. Februar 1948 gezwungen, dem Rücktritt der bürgerlich-demokratischen Minister zuzustimmen. Gottwald bildete daraufhin eine neue Regierung der „Erneuerten Nationalen Front", in der die KPČ alle wichtigen Ressorts kontrollierte. Die Minister der an der Koalition beteiligten demokratischen Parteien blieben konsequenterweise ohne nennenswerten Einfluß. Am 11. März bestätigten 230 Anwesende von insgesamt 300 Parlamentsabgeordneten einstimmig die neuen Machtverhältnisse. Damit hatten die Kommunisten auf scheinbar legalem Wege die Macht im Staate übernommen. Sie konnten nun damit beginnen, jegliche Opposition zu unterdrücken, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu säubern und gleichzuschalten und den Umbau der Tschechoslowakischen Republik in eine „Volksdemokratie" nach sowjetischem Vorbild durchzuführen.

Heinz Blatt/Fritz Peter Habel

Die Volksdemokratie

Die Folgen des kommunistischen Umsturzes

Tod Masaryks – Rücktritt Benešs

Die ČSR, in die westliche Politiker große Hoffnungen für eine demokratische Entwicklung gesetzt hatten, war der letzte unter den mittel- und osteuropäischen Staaten, in denen die Sowjetunion durch die Errichtung moskauhöriger, kommunistischer Regime ihre Macht und ihren Einfluß ungehindert zur Geltung bringen konnte. Der letzte Repräsentant der alten demokratischen Ordnung, Außenminister Jan Masaryk, schied auf bis heute noch ungeklärte Weise aus dem Leben. Er wurde am 10. März 1948 tot unter dem Fenster seines Amtssitzes aufgefunden.

Damit war die Position von Präsident Beneš zusätzlich geschwächt; auf die weitere Entwicklung im Innern der Tschechoslowakei hatte er nun – für jedermann sichtbar entmachtet und isoliert – keinerlei Einfluß mehr. Ihm blieb nur noch der Rücktritt von seinem Amt, nachdem er die Unterzeichnung der am 9. Mai 1948 von der Nationalversammlung einstimmig verabschiedeten neuen Verfassung verweigert hatte. Sein Nachfolger wurde Klement Gottwald; Beneš verstarb, nur wenige Monate später, am 3. September 1948.

Neue Verfassung

Die am 3. Jahrestag der „Befreiung", am 9. Mai 1948, verabschiedete neue Verfassung verpflichtete die ČSR auf die Herrschaftsform einer „Volksdemokratie". Nach der vorgeschriebenen Sprachregelung ging in ihr alle Gewalt vom Volke aus. Allerdings wurde die absolute Vormachtstellung und führende Rolle der kommunistischen Partei in ihr verankert, obwohl formell eine demokratisch-parlamentarische Regierungsstruktur beibehalten wurde. Die Macht der KPČ wurde zusätzlich dadurch gestärkt, daß die Aktionskomitees seit April 1948 aufgrund eines neuen Wahlgesetzes befugt waren, die „Verzeichnisse der Wahlberechtigten" zu säubern und auf deren Grundlage eine „Einheitsliste der Nationalen Front" zu erstellen. Auch die Verteilung der Parlamentssitze wurde bereits vor den für den 30. Mai 1948 anberaumten Wahlen festgelegt. Bei 89,2 Prozent aller Stimmen – ca. 1,6 Millionen von insgesamt 8 Millionen wahlberechtigten Bürgern hatten gegen die Nationale Front gestimmt oder waren der Wahl ferngeblieben – entfielen nach dem vereinbarten Schlüssel 211 der insgesamt 300 Sitze auf die KPČ. Dieses Übergewicht gegenüber den anderen Parteien wurde noch erdrückender, als die Sozialdemokraten am 27. Juni 1948 zur Vereinigung mit den Kommunisten gezwungen wurden. Drei Monate später gab auch die slowakische Sektion ihre Eigenständigkeit auf und ordnete sich ganz dem Führungsanspruch der KPČ unter. Nachdem Gottwald als erster Sekretär der Kommunistischen Partei Staats-

Die Kommunisten sind am Ziel. KP-Chef Gottwald stellt sein Kabinett der „erneuerten Nationalen Front" Staatspräsident Beneš vor.

oberhaupt geworden war und der Gewerkschaftsführer Zápotocký das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, waren die Führungsspitzen von Staat und Partei personell identisch. Die KPČ übte fortan die alleinige Herrschaft in der Tschechoslowakei aus. Ungehindert konnte sie nunmehr den Umbau zur stalinistischen „Volksdemokratie" vorantreiben.

Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft

Dies erforderte nach der geltenden Ideologie einen „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus", der mittels einer „Diktatur des Proletariats" rücksichtslos durchgesetzt werden sollte. Entgegen allen in der ČSR gewachsenen historischen und nationalen Traditionen wurden sämtliche Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nach dem sowjetischen Vorbild gleichgeschaltet. Die bisherige Gesellschaftsordnung wurde zerstört, indem man vor allem den Einfluß des Bürgertums bekämpfte und Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Kirche und Armee einer strengen Säuberung unterzog.

Allein bis Ende 1948 wurden zehntausende von Beamten und Funktionsträgern aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens wegen „politischer Unzuverlässigkeit" entfernt; sie verschwanden zum großen Teil in Umerziehungslagern. Darüber hinaus übernahm der Staat die Leitung aller Universitäten und Schulen. Die „schöpferische Intelligenz" mußte sich fortan nicht nur dem Führungsanspruch der KPČ unterordnen, sie sollte auch kreativ am Aufbau des Sozialismus mitwirken. Dementsprechend wurden Wissenschaftler und Künstler, Rundfunk und Film, das Verlagswesen und damit auch die Schriftsteller auf dasselbe Ziel verpflichtet.

Kirchenkampf

Als besonders störend empfand das kommunistische Regime den Einfluß der katholischen Kirche in der Bevölkerung. Weil die Prager Bischofskurie der Forderung nach einer Loyalitätserklärung zum neuen Regime nicht nachkam, brach im Sommer 1949 ein offener Kirchenkampf aus. Dem Episkopat wurde durch Hausarreste, Internierungen, Anklagen wegen angeblicher Spionage und durch die Gleichschaltung der katholischen Presse fast jede Betätigungsmöglichkeit genommen. Selbst vor Störungen von Prozessionen und Meßfeiern schreckten die Kommunisten nicht zurück. Mit dem Kirchengesetz vom 14. Oktober 1949 wurde ein Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten als oberste Aufsichtsbehörde geschaffen und das gesamte Kirchenvermögen verstaatlicht. Die Priester hatten der volksdemokratischen Regierung, die fortan ihre Besoldung übernahm, einen Treueid zu leisten. Wegen der so geschaffenen finanziellen Abhängigkeit folgte der niedere Klerus dieser Aufforderung fast vollständig. Der von den Bischöfen aufrecht erhaltene Widerstand wurde in einer Reihe von Prozessen in den Jahren 1950/51 gebrochen. Sie wurden – wie viele standhafte Laien und Priester – in sogenannten Konzentrationsklöstern interniert; ein ähnliches Schicksal teilten die Ordensleute, deren Besitz von der Regierung konfisziert wurde. Selbst die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan brach das kommunistische Regime im Frühjahr 1950 ab. Eine Wiederaufnahme war in den folgenden Jahrzehnten trotz verschiedener Bemühungen um eine Annäherung nicht möglich, weil die Verwaltung die von der Verfassung garantierte Freiheit des Gottesdienstes, der Priesterausbildung und des Religionsunterrichtes systematisch behinderte.

Urteilsverkündung in einem der zahlreichen Schauprozesse gegen Geistliche. Die verhängten Strafen bewegen sich zwischen 12 und 25 Jahren Zuchthaus.

Eingliederung in das sowjetische Wirtschaftssystem

In ihrer Wirtschaftspolitik trieb die neue Regierung die Eingliederung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in das sowjetische System in Osteuropa rücksichtslos voran. Die Produktion wurde fortan strikt nach den von Moskau vorgegebenen Direktiven zentral und planwirtschaftlich gelenkt und auf die machtpolitisch und ideologisch begründeten Erfordernisse – vorrangig die Erhöhung der Rüstungskapazität und die bevorzugte Belieferung der sozialistischen Bruderstaaten – ausgerichtet. Um mögliche Widerstände gegen diese Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung zu beseitigen, wurden unter dem Leitmotiv des Klassenkampfes die gesellschaftlichen Unterschiede – zum Beispiel durch gleich niedrige Löhne und Gehälter bei planwirtschaftlicher Versorgung – eingeebnet. Auf diese Weise wurde nicht nur eine Uniformität des Lebensstandards erzeugt, sondern auch die Abhängigkeit einer jeden Person vom Wohlwollen der Partei und des Staates sichergestellt.

Der Zweijahrplan vom Oktober 1946 hatte die Voraussetzungen für eine Unterordnung und Koordination mit dem sowjetischen Wirtschaftssystem geschaffen. Im April 1948 wurden durch entsprechende Gesetze erneut einschneidende Sozialisierungen durchgeführt: alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten wurden verstaatlicht. Damit hatte sich der kommunistische Staat der Kontrolle von insgesamt über 91 Prozent der Produktion bemächtigt. Durch diese erdrückende Konformität wurden die verbliebenen Überreste der Privatwirtschaft – Kleinindustrie, Handwerker und Gewerbe – systematisch verdrängt. Von nun an wurden mit den Machtmitteln des totalitären Staates die Industrialisierung der Wirtschaft (vor allem der einseitige Ausbau der Schwerindustrie) und die Kollektivierung der Landwirtschaft (nach dem sowjetischen Vorbild des Kolchossystems und der Einheitsgenossenschaften) vorangetrieben. Ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der Tschechoslowakei wurden diese Maßnahmen durchgeführt. In einem Handelsabkommen vom Dezember 1948 wurde den wirtschaftlichen Belangen der UdSSR absoluter Vorrang eingeräumt. Die Handelsbeziehungen zu den westlichen Ländern rissen nahezu vollständig ab; stattdessen wurde die Tschechoslowakei in das Wirtschafts- und Handelssystem des am 25. Januar 1949 gegründeten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eingebunden. Über Jahrzehnte hinweg blieb die Produktion der ČSR auf die Bedürfnisse ihrer sozialistischen Bruderstaaten ausgerichtet.

Die permanente Überforderung der eigenen Kapazitäten, Mißernten in der Landwirtschaft, die unzulängliche Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern und viele andere Probleme mehr ließen die Arbeitsproduktivität sinken und die Unzufriedenheit der Bevölkerung wachsen. Spätere Versuche, das System zu reformieren, blieben erfolglos. Der Mißerfolg in der Wirtschaft war letztlich mit die entscheidende Ursache für das Scheitern des Kommunismus in der Tschechoslowakei und in den anderen sozialistischen „Bruderländern".

Die innere Entwicklung von Gottwald bis Novotný

Die verschiedenen sozialistischen Umgestaltungsmaßnahmen und der Kampf gegen die Kirchen, gegen „oppositionelle" Kräfte und vor allem gegen die slowakischen „Nationalisten" ließen in den Augen der Kommunisten bereits 1949 eine Konsolidierung der erst vor einem Jahr eroberten Macht notwendig werden. Dabei traten, für die Bevölkerung offen erkennbar, Rivalitäten zwischen verschiedenen Personen und politischen Richtungen in der KPČ zutage.

Säuberung der Kommunistischen Partei

Schon im Oktober 1949 kam es zu einer ersten Säuberung der Kommunistischen Partei, bei der mehr als 10000 „unzuverlässige" Genossen verhaftet wurden. Dieser Schlag richtete sich in erster Linie gegen die slowakischen Kommunisten, die größere Selbständigkeit beanspruchten. In dem nun folgenden Machtkampf gelang es den „tschechischen" Kommunisten, die prominentesten Vertreter des slowakischen Nationalkommunismus, allen voran den bis dahin mit der Leitung der autonomen Slowakei betrauten Gustav Husák, ihrer Partei- und Regierungsämter zu entheben (Mai 1950).

Danach bereiteten die tschechischen Altkommunisten um Präsident Gottwald und Ministerpräsident Zápotocký die Ausschaltung der Apparatschiks um den Generalsekretär Rudolf Slánský vor. Dafür holten Gottwald und Zápotocký in Moskau eigens die Erlaubnis ein, indem sie der Kremlführung glaubhaft versicherten, Slánský habe sich mit seinen jüdischen Freunden der „Fraktionsbildung" schuldig gemacht. Als verkappte bürgerliche Nationalisten und Revisionisten seien sie die Hauptverantwortlichen für die Nahrungsmittelknappheit, die wirtschaftliche Misere und die daraus resultierende Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Am 27. November 1951 wurde Slánský wegen Konspiration und Verschwörung gegen den Staat verhaftet. Einen Monat zuvor war bereits Außenminister Clementis verhaftet worden. Nun aber setzte eine neue Säuberungswelle ein. In einem Klima der Rechtsunsicherheit, blinder Verdächtigungen und Denunziationen wurden weitere 170000 Genossen aus der Partei ausgeschlossen, jüdische Intellektuelle, slowakische Nationalisten, „Wirtschaftsverbrecher" und andere aus ihren Ämtern entfernt. Mit Stalins Zustimmung wurde vom 20. bis 27. November 1952 auf abstoßende Weise ein Schauprozeß gegen 14 Angeklagte der Slánský-„Clique" geführt; sie wurden bezichtigt, „bürgerlich-nationalistische Feinde des tschechoslowakischen Volkes" und „Verräter der volksdemokratischen Ordnung und des Sozialismus" zu sein. Alle Angeklagten wurden gezwungen, sich selbst dieser „Verbrechen" schuldig zu erklären und ihr Urteil vor aller Öffentlichkeit als gerecht anzuerkennen. Slánský, Clementis und neun weitere Personen wurden gehenkt, die übrigen drei erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen.

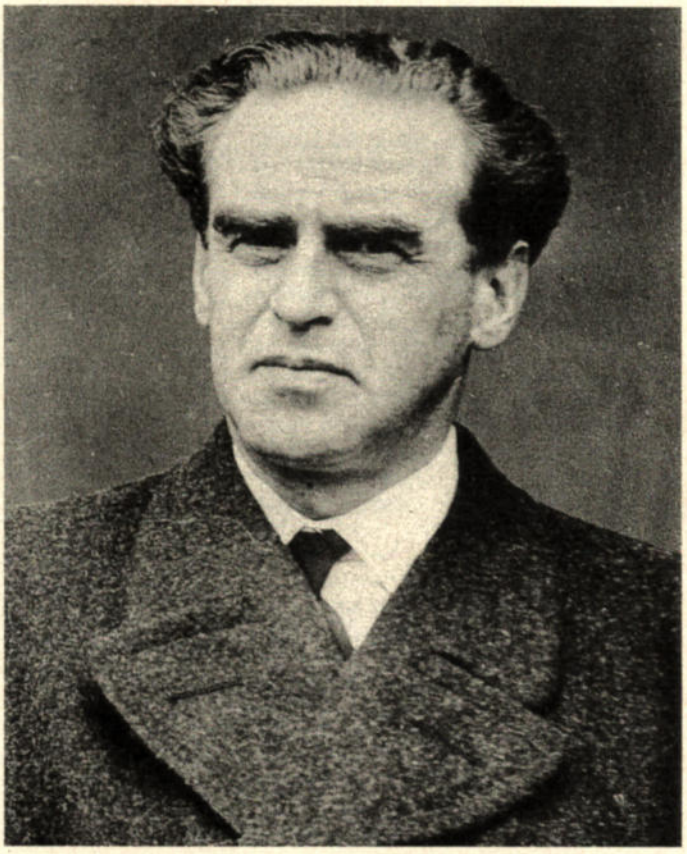
Stalinismus nach Stalin

Nach diesem Sieg Gottwalds und Zápotockýs war der Weg frei für eine Regierungsumbildung und Neubesetzung des ZK. In einem neuen Parteistatut wurde der zukünftige Kurs im Staat festgelegt. Geringe Produktion, steigende Preise, Lebensmittelknappheit und vor allem die deswegen zunehmende Arbeitsunlust zwangen die Staats- und Parteiführung zu einem strengen Durchgreifen. Daran änderte sich auch nichts, als am 10. März 1953 Stalin und wenige Tage darauf Gottwald starb. Neue innerparteiliche Auseinandersetzungen wurden durch Moskau verhindert und die Wahl Zápotockýs zum Präsidenten durchgesetzt. Neuer erster Sekretär der KPČ wurde Antonin Novotný, ein während der Slánský-Säuberungen bewährter Altkommunist.

Im Gegensatz zur UdSSR und anderen sozialistischen Bruderstaaten kam es in der Tschechoslowakei während der fünfziger Jahre zu keiner wesentlichen Korrektur des stalinistischen Kurses. Zwar wurden nach Arbeiterunruhen und Protesten der Bevölkerung gegen ein neues Lohnsystem und gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen auf weitere Zwangskollektivierungen verzichtet und die Produktionspläne zugunsten der Verbrauchsgüter abgeändert, jedoch änderte dies wenig an der Unzufriedenheit der Menschen. Die

Frauen und Kinder der Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude, bewacht von Milizionärinnen, bei der Urteilsverkündung in einem Schauprozeß im Jahre 1949.

Porträt des Generalsekretärs der KPČ, Rudolf Slánský, im Jahre 1949, der zwei Jahre später in einem Schauprozeß zum Tode verurteilt wurde.



Staats- und Parteiführung führte nochmals Säuberungen durch, die sich insbesondere gegen Husák und seinen Kreis richteten. So wurden seit Ende 1953 die Schaltstellen der Verwaltung und Wirtschaft in der Slowakei mit tschechischen Genossen besetzt und Arbeiterunruhen gewaltsam niedergeschlagen. Husák wurde im April wegen „Titoismus" (so wurden damals Selbständigkeitsbestrebungen und Auflehnung gegen die von Moskau vorgegebene Ordnung bezeichnet, nachdem sich 1948 Titos Jugoslawien als erster Staat im sowjetischen Bündnissystem von Stalins Kurs distanziert hatte) zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Des weiteren bekannte sich die KPČ auf ihrem X. Parteitag im Juni 1954 zum Prinzip der „kollektiven Führung" und zur Zentralisierung der Machtausübung. Zu diesem Zweck wurde neben dem ZK ein Politbüro mit neuen Mitgliedern, gewissermaßen ein kleiner Führungskreis, eingerichtet. Diese und andere Maßnahmen zur Straffung und Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft gipfelten in der Errichtung eines riesigen Stalin-Denkmals – mit über 100 Metern Höhe das größte in der Welt – zum 10. Jahrestag der Befreiung am 1. Mai 1955 in Prag.

Stalin-Denkmal in Prag, enthüllt 1955, abgerissen 1962.

Unterdessen war es vor dem Hintergrund vorsichtiger Entspannungstendenzen zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, vor allem aber der von Chruschtschow im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Abrechnung mit dem Stalinismus in allen mittel- und osteuropäischen Staaten unter sowjetischer Vorherrschaft außer der Tschechoslowakei zu innerstaatlichen Liberalisierungsbestrebungen gekommen.

Ziel dieser Bemühungen um eine zurückhaltende Selbstbehauptung gegenüber Moskau war ein je eigener, nationaler Weg zum Sozialismus. So erzwangen die Polen nach monatelangem Tauziehen die Rehabilitierung und Rückkehr Gomulkas (19. Oktober 1956). Während in Ungarn ein Aufstand das ganze Land erfaßte und schließlich von Sowjettruppen blutig niedergeschlagen wurde, konnte Gomulka die Moskauer Führung offenbar davon überzeugen, daß mit einem nationalen Weg zum Sozialismus weder eine Konterrevolution noch eine Gefahr für den ein Jahr zuvor gegründeten Warschauer Pakt drohte.

Politische Resignation

Von diesen Ereignissen sprang aber kein Funke auf die Tschechoslowakei über. Die Bevölkerung war durch die Prozesse gegen Slánský und Husák eingeschüchtert und durch die mangelnde Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln abgestumpft. Die Erfahrungen harter Unterdrückung bis hin zu Mord und Vernichtung hatten die Bürger der ČSR politisch resignieren lassen, so daß es, von einigen Unruhen in der Slowakei abgesehen, zu keiner Erschütterung des kommunistischen Regimes kam.

Vielmehr nutzte die KPČ die Ereignisse im Nachbarland zur Rechtfertigung einer weiteren Säuberung ihrer Kader, um so alle Kritik am brutalen Vorgehen der Roten Armee gegen die aufständischen Ungarn zum Schweigen zu bringen. Dieser Konservatismus Novotnýs, der nach dem Tod Zápotockýs im November 1957 auch das Präsidentenamt übernahm, schien durch das Abflauen des Entstalinisierungsprozesses in der UdSSR bestätigt zu werden. Außerdem hätte eine derartige Kurskorrektur die Machtpositionen derjenigen in Frage gestellt, die erst infolge der Säuberungen die höchsten Staatsämter erlangt hatten.

Novotný sah sich erst zu einer Liberalisierung gezwungen, als auf dem XXI. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 eine zweite Entstalinisierungswelle in der Sowjetunion ausgelöst wurde. Angesichts der sich ständig verstärkenden Wirtschaftskrise und der wachsenden Unruhe unter den Intellektuellen sah sich die tschechoslowakische Staats- und Parteiführung gezwungen, einen neuen Kurs einzuschlagen. Vor allem die von Intellektuellen begonnene Diskussion über die Ursachen der „Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit", an der sich rasch große Teile der Bevölkerung beteiligten, dürfte mit dazu beigetragen haben, daß viele Opfer der Terrorprozesse, unter ihnen der slowakische Nationalkommunist Husák, im Frühjahr 1963 rehabilitiert und wieder in die KPČ aufgenommen wurden.

Um durch eine Verbesserung der Lebensmittel- und Konsumgüterversorgung der Unruhe in der Bevölkerung entgegenzuwirken, wurde die zentrale Steuerung der Wirtschaft gemildert, die Planung in die Betriebe verlagert und eine „sozialistische Marktwirtschaft" angestrebt. Dennoch hatte Novotný große Mühe, auch die ihn selbst betreffenden Vorwürfe gegen die für die Säuberungen und Schauprozesse Verantwortlichen auf seine Untergebenen abzuwälzen. Jedenfalls schien sich die Position der Neostalinisten weiter zu verschlechtern und ein Generationswechsel innerhalb der KPČ mit einer Ablösung der alten Kader durch junge, unbelastete Funktionäre abzuzeichnen.

Das politisch rückständigste Land des Ostblocks

Dennoch konnten sich die Neostalinisten auch in den folgenden Jahren behaupten und sogar zeitweilig verlorene Machtpositionen zurückgewinnen. Allerdings gelang es der KPČ nicht mehr, die in Gang gekommene Liberalisierungsdiskussion unter ihre Kontrolle zu bringen und auch nicht in einer von ihr gewünschten Weise zu steuern. Zudem trugen erneute Forderungen der Slowaken nach einer echten Föderalisierung zu einem Anwachsen der Spannungen in der ČSSR bei. (In der neuen Verfassung von 1960 war die Tschechoslowakische Sozialistische Republik – Československá Socialistická Republika = ČSSR – proklamiert worden.)

Ein weiterer wichtiger Unruhefaktor war die inzwischen desolate Wirtschaftslage, der mit den Instrumenten des zentralistischen Planungssystems nicht beizukommen war. Dies gab dem reformerischen Flügel im ZK der KPČ um Professor Ota Šik (dem Erfinder der „Sozialistischen Marktwirtschaft"), Oldřich Černik und Alexander Dubček Auftrieb. Als Novotný im Januar 1968 – wahrscheinlich auf Weisung Breschnews – das Amt des Ersten Sekretärs der kommunistischen Partei an Alexander Dubček übergab, war die ČSSR das politisch rückständigste Land des Sowjetblocks.

Heinz Blatt/Fritz Peter Habel

Der „Prager Frühling“

Die wirtschaftliche und politische Lage am Vorabend des „Prager Frühlings“

Seit Beginn der sechziger Jahre hatte die in Prag herrschende altstalinistische Machtelite nur Mißerfolge verbuchen können. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU ließ sie die Gelegenheit, sich von den Repressionen und dem Terror der Stalinzeit zu distanzieren, ungenutzt verstreichen. Stattdessen bemühte sie sich, die Verbrechen der Geheimpolizei zu verheimlichen oder gar zu rechtfertigen. Auf diese Weise verlor sie das Vertrauen der Intelligenz, die immer dringlicher eine Demokratisierung der Verhältnisse im Lande forderte. Selbst Funktionärsgruppen in der KPČ verlangten eine Reform von Partei und Staat, ohne dabei den Marxismus-Leninismus oder die sozialistische Gesellschaftsordnung der Tschechoslowakei in Frage zu stellen. Der Erste Parteisekretär und Präsident, Antonín Novotný, konzentrierte indessen die politische und die ideologische Macht in seinen Händen. Aus Angst vor „Revisionismus“ und „Liberalismus“ prangerte er in Appellen an die Öffentlichkeit die Forderungen nach größerer Weltoffenheit an, weil dadurch die Errungenschaften des Sozialismus gefährdende, restaurative kapitalistische Ideen in das Land eingeschleust und die feste Freundschaft mit der Sowjetunion unnötigen Belastungen ausgesetzt werden würden. Um die fortschreitende Gärung unter den Intellektuellen und Funktionärsgruppen zu kanalisieren und kontrollieren, betrieb die orthodoxe Partei- und Staatsführung eine hinhaltende Politik halbherziger Reformansätze, die regelmäßig durch repressive Maßnahmen aufgehoben wurden.

Desolate Wirtschaftslage

Ein von den Machthabern wirklich ernstzunehmender Unruhefaktor war die desolate Wirtschaftslage, der mit den herkömmlichen Instrumenten des zentralistischen Planungssystems nicht mehr beizukommen war. Eine wesentliche Ursache für die ökonomische Katastrophe war der während der fünfziger Jahre von Staats- und Parteibürokratie nach dem sowjetisch-stalinistischen Vorbild in mehreren Fünfjahrplänen rücksichtslos vorangetriebene Ausbau der Schwerindustrie. Folge dieser einseitigen Wirtschaftspolitik war unter anderem ein drastischer Rückgang der Konsumgüterproduktion, so daß die Bevölkerung selbst die im Vergleich zur Vorkriegszeit bescheidenen Bedürfnisse nur mühsam decken konnte. Ein weiterer Grund für den wirtschaftlichen Niedergang der Tschechoslowakei war die einseitige Abwicklung des Außenhandels mit den Staaten des von der UdSSR beherrschten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – einer Organisation zur Integration und Koordination der nationalen Volkswirtschaften, die letztlich Moskau als Instrument zur Durchsetzung der sowjetischen Wirtschaftsinteressen diente. Für die ČSSR, die den größten Teil der benötigten Rohstoffe einführen mußte, war der aufgrund der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ erzwungene Güteraustausch ein nicht einmal kostendeckendes Geschäft, so daß man von einer regelrechten wirtschaftlichen Ausplünderung der Tschechoslowakei sprechen kann.

Spätestens zu Beginn der sechziger Jahre waren die Folgen dieser Mißstände unübersehbar geworden. Die Effizienz der wirtschaftlichen Produktion sank bei rapide ansteigenden Kosten; das Wachstum hatte sich in allen Bereichen der Volkswirtschaft deutlich verlangsamt. Wegen unzureichender Agrarproduktion waren Lebensmittel knapp: die Preise stiegen und der Schwarzhandel florierte.

In der Bevölkerung verbreiteten sich zunehmend Mißmut und Arbeitsunlust. Diese Unruhe und die Kritik an der eigenen Wirtschaftsmisere wurden verstärkt durch Berichte aus dem Westen. Die Informationen über das sogenannte Wirtschaftswunder in Deutschland, die mittels der grenzüberschreitenden Massenmedien seit Anfang der sechziger Jahre über den Eisernen Vorhang hinweg auch in die Tschechoslowakei gelangten, trugen vermutlich mit zu einem Anwachsen der öffentlichen und der innerparteilichen Kritik an der alles beherrschenden Rolle der Partei in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei.

Ota Šiks Wirtschaftsreform

Dies gab dem reformerischen Flügel in der KPČ Auftrieb. Auf dem XII. Parteitag 1962 wurde der Nationalökonom Ota Šik, Vertreter einer liberaleren Politik und einer eher marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung, überraschend und demonstrativ in das Zentralkomitee der Partei berufen. Im Januar 1965 konnten sich die Reformer scheinbar gegen die Verfechter des „leninistischen Zentralismus“ in Wirtschaft und Politik durchsetzen. Fortan hofften sie mit Šiks Konzeption einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ die bisherigen Mängel des Planwirtschaftssystems beseitigen zu können, indem der Volkswirtschaft insgesamt zwar ein Rahmenplan vorgegeben, die einzelnen Unternehmen aber weitgehende ökonomische Selbständigkeit nach Maßgabe betrieblicher Rentabilitätskriterien erhalten sollten. Konsequenterweise wurden der Wirtschaft im 4. Fünfjahrplan für die Zeit von 1966 bis 1970 nur noch unverbindliche Planziele und Wachstumsraten vorgeschrieben. Stattdessen glaubte man, durch den indirekten Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel bessere Erfolge zu erzielen.

Zunächst war die Unterstützung der Sowjetunion unverzichtbar, für die die Prager Führung sowohl ökonomisch als auch politisch einen hohen Preis zahlen mußte. Die Westhandelskontakte wurden zugunsten einer Erweiterung des Warenaustausches mit der UdSSR um 50 Prozent weiter eingeschränkt. Diese gesteigerte wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau verstärkte sich nochmals, als die Tschechoslowakei aufgrund einer Mißernte 1965 aus der Sowjetunion 1,3 Millionen Tonnen Weizen beziehen und weitere 800 000 Tonnen unter Aufwendung der letzten Devisenbestände auf dem freien Weltmarkt beschaffen mußte.

Die sozialistische Wirtschaft benötigt wegen ihrer Ineffektivität viele Arbeitskräfte. Daher wird Arbeit für Männer und Frauen zur Pflicht. Diese Arbeitskolonne wird an einer Baustelle abgeladen (Aufnahme von 1955).

Verunsicherung der Führung

Derart ökonomisch geschwächt schien es Präsident Novotný angeraten zu sein, einen betont konservativen und moskautreuen Kurs zu steuern. Diese Haltung erklärt sich auch aus der zunehmenden Verunsicherung der tschechoslowakischen Staats- und Parteiführung, die zum einen in der um Verständigung und Annäherung werbenden neuen Osteuropa-Politik der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen in der fortschreitenden ideologischen Diskussion selbst unter den führenden Kadern der KPČ ihre Ursache hatte. Letztere lehnten sich zwar nicht generell gegen die Ideologie des Marxismus-Leninismus auf, wollten aber mit der gebotenen Vorsicht und dem gebotenen Pragmatismus gegenüber Moskau mehr Unabhängigkeit erlangen, um – möglicherweise nach den Vorbildern Rumäniens, Jugoslawiens oder Polens – einen eigenständigeren tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus beschreiten zu können.

Um diesen Tendenzen offiziell Einhalt zu gebieten, erließ die Partei auf ihrem XIII. Kongreß (vom 31. Mai bis 4. Juni 1966) eine Resolution, in der repressive Maßnahmen gegen kritische Redaktionen und Wissenschaftler sowie eine stärkere Kontrolle des Presse- und Publikationswesens gefordert wurden; entsprechende neue Gesetze wurden im November 1966 erlassen. Doch die innenpolitische Gärung ließ sich damit nicht aufhalten. Auch im Parteiapparat verlor Novotný zusehends an Autorität.

Die allgemeine Unzufriedenheit wurde angeheizt durch die einseitige anti-israelische Stellungnahme der tschechoslowakischen Führung nach dem Sechstage-Krieg im Juni 1967. Im selben Monat kam es auf dem IV. Kongreß des Schriftstellerverbandes zu einer rücksichtslosen Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und vor allem politischen Verhältnisse. Trotz des scharfen Protests anwesender KP-Funktionäre beschloß die überwältigende Mehrheit der Anwesenden die Verlesung eines Briefes des Literaturnobelpreisträgers Solschenizyn und setzte sich für die Freiheit der Kunst sowie das Lebensrecht Israels ein. Zum Höhepunkt wurde das Referat des mährischen Schriftstellers Ludvík Vaculík mit dem bezeichnenden Titel: „Das Verhältnis zwischen Staatsbürger und Macht und Kultur". Seit 20 Jahren hätten sich nur Inkompetenz und Machthunger durchgesetzt. Alles Gute wäre den regierenden Kreisen „buchstäblich abgetrotzt", keine einzige Frage endgültig gelöst worden, und nicht einmal Regierungsmitglieder hätten jene staatsbürgerlichen Freiheiten, „ohne die man nichts schaffen kann, nicht einmal eine Politik". Diese Rede schien die Stimmung im Lande gut getroffen zu haben; obwohl sie zunächst nicht veröffentlicht wurde, kursierte sie schon nach wenigen Tagen auch im Ausland.

Sturz Novotnýs

Mißstimmung und Protest griffen von den Intellektuellen und Studenten trotz brutaler Unterdrückungsmaßnahmen auf die Bevölkerung über. Die slowakischen Kommunisten forderten erneut eine echte Föderalisierung des Staates. Die politische Krise der kommunistischen Partei wurde endgültig offenbar, als Alexander Dubček auf dem Plenum der KPČ im Oktober 1967 die Politik Novotnýs und seiner Gruppe kritisierte. Mehr als ein Drittel unterstützte Dubčeks Reformkonzepte, ein Drittel blieb Novotný treu, die übrigen waren unentschieden. Der Streit nahm an Heftigkeit zu, so daß sich Novotný und sein abgewirtschafteter Apparat nur noch von einem Hilferuf an den damaligen Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, Rettung versprachen.

Am 1. Mai 1968 beteiligten sich Hunderttausende von Tschechen zum ersten Mal freiwillig an einer Maidemonstration. An der Spitze marschierten Stellvertretender Ministerpräsident Gustav Husák, Staatspräsident Ludvík Svoboda, KP-Chef Alexander Dubček und Vorsitzender der Nationalen Front František Kriegel (von links).

Doch nach einem zweitägigen Geheimbesuch am 8. und 9. Dezember 1967 ließ Breschnew das Präsidium der KPČ wissen, daß sich die UdSSR nicht in die „inneren Angelegenheiten" der Tschechoslowakei einmischen werde. Offensichtlich sah er in dem in der Sowjetunion aufgewachsenen und ausgebildeten Dubček einen unproblematischen Nachfolgekandidaten, von dem eine reibungslose Fortsetzung der guten sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen erwartet werden konnte.

Novotný, der von Breschnew vergeblich eine Intervention zugunsten seiner Person erhofft hatte, konnte nicht einmal die eigene Armee und die Polizei gegen seine Gegner einsetzen. Nach scharfen Auseinandersetzungen im Zentralkomitee wurde er seiner Ämter enthoben und die Verfehlungen unter seiner Führung öffentlich bekannt gemacht.

Am 5. Januar 1968 wurde Alexander Dubček zum Vorsitzenden der KPČ gewählt. Diese Entscheidung fand auch in Moskau Unterstützung, weil man als Folge der Wahl Dubčeks eine baldige innenpolitische Festigung in der ČSSR erwartete.

Demokratisierungsversuche unter Dubček

Die Bevölkerung reagierte auf den Führungswechsel zurückhaltend; die Masse der Tschechen und Slowaken erwartete zunächst keine grundlegend neue Entwicklung unter Dubček. Dieser hatte sich vor allem in Parteikreisen durch Redlichkeit, Aufrichtigkeit und Beharrlichkeit Ansehen erworben, jedoch wirkte er bescheiden, gelegentlich sogar unbeholfen. So betonte er bei seinem Antrittsbesuch in Moskau am 29./30. Januar 1968 zwar die Notwendigkeit vorsichtiger Reformen in der ČSSR, bestätigte andererseits aber die Bündnistreue Prags und den uneingeschränkten Willen zur Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern im Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Eine erste Irritation löste Dubček aus, als er bei den Feiern aus Anlaß des zwanzigsten Jahrestages der kommunistischen Machtübernahme am 21./22. Februar 1968 in Prag vor den versammelten Führern aller Bruderparteien andeutete, daß die ČSSR fortan eine an den Grundsätzen gegenseitigen Nutzens und internationaler Solidarität ausgerichtete, unabhängigere Außenpolitik zu verfolgen beabsichtige und im Innern keine weiteren Verletzungen der Bürgerrechte zukünftig dulden werde.

Forderung nach Demokratisierung

Durch diese Aussagen ermutigt, verlangten breite Kreise in der KPČ eine weitgehende Demokratisierung des politischen Systems, eine durchgreifende Verfassungsänderung mit einer wirklichen Föderalisierung der Republik und einer stärkeren Verankerung der bürgerlichen Freiheitsrechte. Die Mehrheit

der Reformer im Zentralkomitee der KPČ befürwortete eine neue Politik und beschloß, die primitiven und ungebildeten Kaderfunktionäre aus den fünfziger Jahren auszuwechseln. Dubček und seine Genossen waren entschlossen, dem Machtmißbrauch und dem antidemokratischen Zentralismus ein Ende zu bereiten. Der öffentlichen Meinung sollte durch die Abschaffung der Zensur Freiheit gegeben werden. Auf diese Weise setzte Anfang 1968 ein Wandel „von oben" ein, dessen Grundlagen in einem reformfreundlichen „Aktionsprogramm der KPČ" von Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaft und der Hochschulen im Auftrag der neuen Parteiführung erarbeitet worden waren.

Neue Führung

Das Aktionsprogramm wurde nicht veröffentlicht, weil die „Reaktionäre" – hinter den Kulissen und damals weitgehend unbemerkt – erbitterten Widerstand gegen die Reformer leisteten. Dieser wurde gebrochen, als sich im März 1968 die Ereignisse beschleunigten und vor allem die Wahrheit über die stalinistischen Verbrechen der fünfziger Jahre in der Öffentlichkeit bekannt wurden und sich hochrangige Staats- und Parteifunktionäre den Fragen nach ihrer Verantwortung in der Vergangenheit stellen mußten. Die tatsächlich praktizierte Presse-, Informations- und Versammlungsfreiheit kann als der wirkliche Beginn des Prager Frühlings angesehen werden. Im Zuge dieser Entwicklung veröffentlichte die Parteizeitung „Rudé Pravo" die völlige Rehabilitierung des wegen angeblicher „titoistischer Umtriebe" hingerichteten früheren Generalsekretärs der KPČ, Slánský. Wenig später mußte Novotný auch als Präsident zurücktreten; am 26. März wurde der populäre und auch in der UdSSR respektierte General Svoboda in geheimer Wahl zu seinem Nachfolger bestimmt. Auch die übrigen Ämter Novotnýs wurden neu besetzt: Parlamentspräsident wurde der vor allem bei der Jugend angesehene Josef Smrkovský, der sich mehr noch als Dubček zum Motor der Reformbewegung entwickelte. Am 8. April wurde schließlich Oldřich Černík zum neuen Ministerpräsidenten ernannt, dessen Regierungserklärung den Grundsätzen des drei Tage zuvor von einem ZK-Plenum endlich verabschiedeten neuen Aktionsprogrammes Rechnung trug.

Ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" sollte ermöglicht und das Machtmonopol der KPČ als alleiniges Führungs- und Entscheidungsgremium beschnitten werden. Die Partei als Instrument der Diktatur des Proletariats anzusehen, galt als überholt; ihre „führende Rolle" in Gesellschaft und Staat wurde dahingehend relativiert, daß sie fortan nur als eine organisierte, progressive Kraft in der Gesellschaft gelten sollte. Darüber hinaus enthielt die Regierungserklärung Černíks die Versprechen einer gerechten Neuordnung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken, einer vollen Gleichberechtigung der Minderheiten, einer konsequenten Achtung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten und der Fortsetzung des Demokratisierungskurses.

Weitreichende Forderungen

Die Bevölkerung, und vor allem die reformbegeisterte Jugend, fühlte sich zu einer umfassenden und intensiven politischen Diskussion ermutigt. Partei und Regierung wurden mit zahlreichen Resolutionen bedacht, in denen viel weiterreichendere Forderungen aufgestellt wurden – wie etwa nach Zulassung eines demokratischen Mehrparteiensystems oder gar nach einem Austritt der ČSSR aus dem Warschauer Pakt. Neuartige Massenorganisationen entstanden, so zum Beispiel ein „Klub engagierter Parteiloser", ein „Verband Verfolgter des ehemaligen (das heißt stalinistischen KP-) Regimes", sogar die „Sozialdemokratische Partei" begann sich neu zu konstituieren. Die deutsche Minderheit durfte sich in einem „Kulturverband" organisieren, in dessen Verbandsorgan die Vertreibung der Sudetendeutschen als Fehler bezeichnet wurde. Wenig später wurde in einer Diskussion unter tschechischen Intellektuellen die Vertreibung der Deutschen sogar als Verbrechen bezeichnet.

Das „Manifest der 2000 Worte"

Dies alles brachte Dubček in eine prekäre Lage. Er, selbst keineswegs ein radikaler Neuerer, sondern vom Eifer seiner Umgebung mitgerissen, mußte versuchen, die Spannungen zwischen Reformern und Reformgegnern in Partei und Regierung einerseits und der KPČ und den mißtrauischer werdenden „Bruderparteien" in den Warschauer-Pakt-Staaten andererseits auszugleichen. So appellierte er auf dem vom 29. Mai bis 1. Juni stattfindenden ZK-Plenum, sowohl antikommunistische wie dogmatische Ansichten aufzugeben. Die Intelligenz befürchtete daraufhin, der Prozeß der Demokratisierung könne gebremst oder gar rückgängig gemacht werden. Als zutreffende Antwort auf Dubčeks Rede empfanden viele die Aussagen des von dem Schriftsteller Vaculík verfaßten „Manifests der 2000 Worte". Das Manifest enthielt eine vernichtende Abrechnung mit dem Machtmißbrauch der Parteibürokratie gegenüber Andersdenkenden und beklagte den Niedergang der politischen Kultur während der zwanzigjährigen KP-Herrschaft: Das Parlament habe es verlernt zu beraten, die Regierung zu regieren und die Wirtschaft Leistung zu erbringen; die Gesetze hätten ihr Ansehen, die Verträge ihren Wert und die Wahlen ihre Bedeutung verloren, Abhilfe könne nur eine Regierung bringen, die aus freien Wahlen zwischen freien Parteien hervorgehe.

Ostblockstaaten: Furcht vor Konterrevolution

Die sowjetische Führung sah in dieser Erklärung eine „offizielle Proklamation der Gegenrevolution", verlangte das sofortige Verbot des Dokuments und die öffentliche Distanzierung der Prager Führung. Auch in den neostalinistischen „Bruderparteien" Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR lösten die politischen Veränderungen in der Tschechoslowakei Mißfallen und Beunruhigung aus. Der Sturz des alten Parteiapparates in der ČSSR, die Gewährung von Presse- und Versammlungsfreiheit, die demokratischen Wahlen in vielen gesellschaftlichen Organisationen und die Durchführung von Wirtschaftsreformen untergruben nicht nur den Einfluß und die Hegemonie der sowjetischen Macht, sondern hätten auch die Stabilität des gesamten sozialistischen Blocks gefährden können. Spätestens seit März 1968 existierten in Moskau, Ost-Berlin, Warschau und Budapest Befürchtungen, daß die Tschechoslowakei den sozialistischen Weg oder gar den Warschauer Pakt verlassen könnte, was gleichermaßen eine große Bedrohung für die DDR, für Ungarn und Polen bedeutet hätte. Daraus ergab sich die Folgerung, daß die Entwicklung in der ČSSR unter Kontrolle gebracht werden mußte.

Bereits während einer Sitzung der künftigen „Fünf" (Sowjetunion, DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien) am 23. März 1968 in Dresden kritisierten Breschnew, Gomulka und Ulbricht die tschechoslowakische Entwicklung auf das schärfste. Sie verlangten die Stationierung sowjetischer Armeekontingente auf dem Territorium der ČSSR, was aber von der Prager Delegation abgelehnt wurde. Auch in den Folgemonaten versuchten die Bündnispartner ihren Einfluß gegenüber der tschechoslowakischen Führung geltend zu machen. Moskau erzwang die Durchführung großer Manöver sowjetischer, polnischer, ungarischer und DDR-Truppen auf dem Boden der Tschechoslowakei mit der Absicht, durch diese Machtdemonstration die Öffentlichkeit in der ČSSR zu disziplinieren und die konservativen Kreise in der KPČ zu stärken. Während der Wirtschaftsverhandlungen in Moskau vom 4. bis 5. Mai 1968 wurde der tschechoslowakischen Delegation unmißverständlich gedroht: Die Prager Führung müsse dem „Zerfall des Sozialismus" Einhalt gebieten und gegen die „Konterrevolution" eingreifen.

Entscheidung zum Eingreifen

Der äußere Druck auf die Tschechoslowakei verschärfte sich in den folgenden Wochen. In den übrigen Ländern des Warschauer Paktes wurden in Pressekampagnen gegen die ČSSR über den wachsenden Einfluß „reaktionärer und antikommunistischer Elemente" in Prag berichtet und die Reformer der KPČ als „Revisionisten" beschimpft. Dubček gelang es trotz großer Anstrengungen nicht, die „Bruderparteien" davon zu überzeugen, daß von dem Experiment des „Prager Frühlings" keine Gefahr für den Sozialismus ausgehe. Seinem Argument, die Menschen würden dessen System im Zuge der Demokratisierung freiwillig anerkennen, wurde schon deshalb kein Glauben geschenkt, weil dadurch die Unterdrückungspolitik in Frage gestellt worden wäre, die die Machthaber in den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten jahrelang praktiziert hatten.

Weil Dubček auf das „Manifest der 2000 Worte" nicht mit repressiven Maßnahmen reagiert hatte, gaben die „Fünf" ihre Hoffnung auf eine Stabilisierung in der ČSSR durch innere Kräfte auf. Aus Sorge um den eigenen Machterhalt und aus Furcht vor einem Übergreifen der Demokratisierungs-

und Bürgerrechtsbewegung auf ihre eigene Bevölkerung entschieden sie sich während einer Beratung in Warschau am 14. und 15. Juli 1968 zum Eingreifen. In einem auf Vorschlag von Walter Ulbricht verfaßten offenen Brief an das ZK der KPČ verliehen sie ihrer einhelligen Überzeugung Ausdruck, jedem sozialistischen Staat zu Hilfe kommen zu müssen, wenn dort die Grundlagen der sozialistischen Ordnung gefährdet seien; die tschechoslowakische Führung wurde kategorisch aufgefordert, endlich gegen die „antisozialistischen Kräfte" vorzugehen.

Die Breschnew-Doktrin

Während dieser Beratung hatte Breschnew auch zum erstenmal die später unter seinem Namen bekannt gewordene „Doktrin" formuliert. Er führte in seinem Referat aus:

„Wenn die Fragen so weit sind und es um das Schicksal der ganzen tschechoslowakischen Partei und der sozialistischen Errungenschaften geht, dann schätzen wir solch eine Entwicklung als direkte Bedrohung für die Weltposition des Sozialismus und für alle Länder ein. Das Bestreben, sich gegen eine solche Entwicklung zu stellen, kann man nicht als eine Einmischung in innere Angelegenheiten verstehen... Es ist bis jetzt nie geschehen, daß dort, wo der Sozialismus den Sieg errungen und sich fest auf eigene Beine gestellt hat, die kapitalistischen Ordnungen wieder herrschen können. Dazu war es nie gekommen und dazu wird es nie kommen."

Das ZK der KPČ wies zwar die im Brief der „Warschauer Fünf" erhobenen Vorwürfe entschieden zurück, erklärte sich aber unter dem Druck der inzwischen von Moskau mobilisierten Konservativen um D. Kolder, V. Bilák und A. Indra zu Verhandlungen mit der sowjetischen Parteiführung am 29. Juli 1968 in Čierna und mit den Spitzenfunktionären der „Fünf" am 2. August in Preßburg (Bratislava) bereit. Ergebnis waren wenig ergiebige Erklärungen, in denen zwar von Souveränität, Gleichheit und nationaler Unabhängigkeit, nicht aber vom Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Staates die Rede war; stattdessen erkannten es alle Teilnehmer als „gemeinsame internationale Pflicht" an, den Sozialismus überall zu verteidigen.

Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts

Die folgenden Wochen waren innerhalb des Präsidiums der KPČ geprägt von den Auseinandersetzungen darüber, in welchem Tempo der Demokratisierungsprozeß fortgeführt werden könne, ohne die Sowjetunion zu provozieren. Die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung verlangte eindeutig nach Reformen, was die Delegiertenwahlen für den kommenden XIV. Parteitag klar zum Ausdruck brachten: die „Progressiven" wurden von einer breiten Mehrheit gewählt. Diese fanden auch die Unterstützung westlicher Kommunisten und Sozialisten und nicht zuletzt auch den Zuspruch Titos und Ceauşescus bei ihren Staatsbesuchen am 9.–11. bzw. 15.–17. August 1968 in der Tschechoslowakei. In diesen Tagen fiel in Moskau die Entscheidung, die ČSSR so schnell wie möglich militärisch zu besetzen – als vorbeugende Maßnahme gegen ein Übergreifen der Demokratiebewegung auf die DDR, Polen oder gar die Sowjetunion und gegen einen möglichen Austritt der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt.

Prag 21. August 1968: Sowjet-Panzer auf dem Wenzelsplatz. Im Hintergrund das Nationalmuseum.

Die Kremlführung dürfte bei ihrem Entschluß allerdings den Rückhalt der konservativen Fraktion in der KPČ, die mit Unterstützung der Prager Sowjetbotschaft und einiger KGB-Spezialisten die innenpolitischen Voraussetzungen für eine Intervention schaffen sollte, überschätzt haben. Jedenfalls marschierten seit dem 20. August 1968 ab 23.00 Uhr sowjetische, polnische, ungarische, bulgarische und DDR-Truppen in die ČSSR ein, um dem „Prager Frühling" gewaltsam ein Ende zu bereiten.

Kurz vor Mitternacht wurde die Bevölkerung darüber informiert, daß Streitkräfte des Warschauer Paktes damit begonnen hatten, die Tschechoslowakei zu besetzen.

Schon am selben Tag kam es zu Zusammenstößen. Ein schwer verletzter Demonstrant wird abtransportiert.

Das Ende des „Prager Frühlings“

Das ZK der KPČ und die Nationalversammlung, die in aller Eile zusammentraten, wiesen in einem Aufruf an die Bürger auf die Unrechtmäßigkeit des Einmarsches hin, forderten jedoch gleichzeitig dazu auf, keinen Widerstand zu leisten. Kurz nach Mitternacht wurden die führenden Repräsentanten der Partei- und Staatsführung verhaftet, unter ihnen Dubček, Černík und Smrkovský. Dennoch konnten die Konservativen Präsident Svoboda nicht davon überzeugen, daß er nun eine neue Regierung bilden müsse.

Passiver Widerstand

Obwohl die Invasion aus militärischer Sicht erfolgreich war, geriet sie politisch zu einen Fiasko. Den Kollaborateuren war es nicht gelungen, die Verbreitung der Resolution des Parteipräsidiums über den Rundfunk zu verhindern. Die Bevölkerung ging zu Hunderttausenden auf die Straße und protestierte gegen die Besetzung ihres Landes. Obwohl die Demonstranten keine Waffen benutzten, gingen die Truppen mit großer Härte vor. Dennoch berichteten Rundfunk und Fernsehen weiter von dem unrechtmäßigen Vorgehen der Besatzer; selbst Zeitungen wurden herausgegeben, in denen einem angeblichen „Hilferuf“ der KPČ an Moskau – so die offiziell verbreitete sowjetische Rechtfertigung des Einmarsches – energisch widersprochen wurde. Auch verlangten die Bürger die Rückkehr der in die Sowjetunion verschleppten Repräsentanten der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung. Die Besatzer konnten weder das öffentliche Leben unter Kontrolle bekommen noch den in aller Eile einberufenen außerordentlichen XIV. Parteitag der KPČ verhindern, auf dem der Einmarsch in die Tschechoslowakei ein weiteres Mal verurteilt, ein Generalstreik ausgerufen und neue Parteiorgane gewählt wurden, in denen die Konservativen ihre Positionen verloren.

Dieser geschlossene passive Widerstand verunsicherte die sowjetische Führung zutiefst, zumal die Tschechen und Slowaken durch die massiven Proteste der Weltöffentlichkeit unterstützt wurden. Moskau sah sich vor die Wahl gestellt, entweder die Diktatur mit Gewalt durchzusetzen, oder einen Kompromiß mit den reformierten Macht- und Gesellschaftsstrukturen zu suchen. Trotz des entschiedenen Widerspruchs der polnischen und vor allem der Staats- und Parteiführung der DDR entschlossen sich die „Warschauer Fünf“ schließlich zu Verhandlungen mit Dubček.

Sowjetunion erzwingt „Normalisierung“

Nach nervenaufreibenden Gesprächen, während derer die tschechoslowakischen Reformer sich trotz massiver Drohungen um eine Rettung der letzten Reste ihrer Souveränität bemühten, kam es am 27. August 1968 in Moskau zu „Vereinbarungen“, die einer Kapitulation gleichkamen. Zwar konnten die

Sowjet-Ministerpräsident Kosygin (links) und Ministerpräsident Černík nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Stationierung sowjetischer Truppen auf tschechoslowakischem Gebiet am 16. 10. 1968 im Černínský-Palast in Prag.

zuvor als „Revisionisten“ und „Verräter“ beschimpften „Reformpolitiker“ vorerst ihre Ämter behalten. Jedoch sollten nach und nach die dem Kreml mißliebigen Politiker entlassen, die Zensur wieder eingeführt und die bisherigen Wahlen und Reformen für ungültig erklärt werden. Die Sowjettruppen sollten auf Dauer in der Tschechoslowakei bleiben und die Kontakte zwischen der KPdSU und der KPČ intensiviert werden. Auf diese Weise hofften die „Warschauer Fünf“, mit Hilfe der Kollaborateure in Prag die Lage in der ČSSR schrittweise zu stabilisieren.

Während der schwierigen Übergangszeit nach der Intervention blieb das Verhältnis zwischen Moskau und Prag von gegenseitigem Mißtrauen bestimmt. Am 6. September traf der Erste Stellvertretende Außenminister Kuznecov in der tschechoslowakischen Hauptstadt ein, um die einzelnen Schritte der von der Sowjetunion erzwungenen „Normalisierung“ zu überwachen. Dazu zählten die Rücktritte verschiedener Reformpolitiker, die Wiedereinführung der Zensur, die Beschränkung der Bürgerrechte. Die dringend benötigte Wirtschaftshilfe ließ sich der Kreml mit dem Einverständnis bezahlen, die längerfristige Anwesenheit der Sowjettruppen in der ČSSR zu legalisieren: in dem am 16. Oktober unterzeichneten Vertrag sicherte sich die UdSSR das Recht, Kontingente der Roten Armee auf „unbestimmte Zeit“ in der Tschechoslowakei stationieren zu dürfen; sie bezogen alsbald politisch und strategisch wichtige Standorte im ganzen Land. Darüber hinaus machte die Sowjetunion ihren Einfluß auch in der tschechoslowakischen Armee geltend. Gemäß einem Übereinkommen vom Dezember 1968 mußten die „politische Arbeit“ in den Streitkräften der ČSSR verstärkt und die reformfreundlichen Kräfte aus der Truppe und der Militärakademie entfernt werden.

Mit diesen Maßnahmen konnte natürlich nur die äußerliche Loyalität der Tschechoslowakei erzwungen werden. Deshalb mußten weitere Reformmaßnahmen rückgängig gemacht und wichtige Schaltstellen in Partei- und Staatsführung mit willfährigen, moskauhörigen Funktionären besetzt werden. Dies geschah mit einer geradezu abrupten Kehrtwende, die auf dem Plenum des ZK der KPČ am 14.–16. November 1968 vollzogen wurde. Zuvor hatten die „Konservativen“ wichtige Positionen in der Partei besetzen können. Während die Kollaborateure einhelliges Lob fanden, wurden die „Progressiven“ als „Gefahr von rechts“ und als „Revisionisten“ angegriffen. Dubček wurde isoliert, und ein großer Teil derjenigen, die bislang mit den Reformern sympathisiert hatten, schlug sich auf die Seite der „Realisten“. Diese übernahmen es fortan, die während der Verhandlungen im August von der Moskauer Führung erzwungenen Vereinbarungen ohne Umschweife zu verwirklichen. Von den Veränderungen der Reformzeit selbst blieb im Grunde genommen nur der von den Slowaken durchgesetzte Staatenbund der Tschechoslowakei, der am 1. Januar 1969 Gesetzeskraft erlangte: fortan war die sozialistische Republik Tschechoslowakei ein Bundesstaat, der formal aus zwei Staaten bestand. Jedoch erfüllten sich die von den Slowaken in die Föderalisierung der ČSSR gesetzten Erwartungen nicht, da die Autonomie ihrer Republik nur auf kulturellem Gebiet bestand und auch die parallel geschaffene tschechische Republik nie Bedeutung erlangte.

Selbstverbrennung Jan Palachs

Die Bevölkerung stand weiterhin eindeutig hinter den Reformpolitikern, deren Ansehen ungebrochen war. Tschechen und Slowaken leisteten anhaltenden passiven Widerstand. Am 28. Oktober 1968, dem 50. Jahrestag der tschechoslowakischen Staatsgründung, und

am 7. November, dem Gedenktag der Oktoberrevolution, fanden überall im Land antisowjetische Demonstrationen statt. Am 16. Januar 1969, unmittelbar vor einem Plenum des ZK der KPČ, von dem aufgrund massiven sowjetischen Drängens eine erneute Entlassungswelle von Reformpolitikern aus ihren Ämtern zu erwarten war, verbrannte sich der 21jährige Philosophiestudent Jan Palach auf dem Prager Wenzelsplatz, um damit seiner Forderung nach einer sofortigen Aufhebung der Zensur Nachdruck zu verleihen. Damit erhielt der „Prager Frühling" einen Märtyrer, an dessen Begräbnis, das gleichzeitig eine eindrucksvolle Demonstration gegen die Staatsmacht war, mehr als eine halbe Million Menschen teilnahm.

Husák KP-Chef

Als es anläßlich des Sieges der tschechoslowakischen Eishockeymannschaft über die der UdSSR am 28. März 1969 neben antisowjetischen Freudenkundgebungen auch zu Ausschreitungen gegen Soldaten der Roten Armee kam, nahm der Kreml dies zum Anlaß, der Regierung in Prag ein Ultimatum zu stellen. Moskau verlangte vor allem die Entfernung aller Reformer und Abweichler aus der Zentralregierung. Um nicht länger der Drohung eines sowjetischen Besatzungsregimes ausgesetzt zu sein, verpflichtete sich das Präsidium der KPČ zu weiteren restriktiven Maßnahmen, mit denen das öffentliche Leben weitreichenden und harten Kontrollen unterworfen wurde. Zum endgültigen Machtwechsel und damit zur vollständigen Ausschaltung der „Reformer" kam es auf einem Plenum des ZK am 17. April 1969. Alle Kollaborateure wurden rehabilitiert, die Schlüsselpositionen in Partei und Staat mit sowjetfreundlichen „Realisten" besetzt. Auch Dubček mußte sein Amt als Erster Sekretär der KPČ aufgeben. Sein Nachfolger Gustav Husák wollte fortan die vom Kreml geforderte „Einheit der Partei" wiederherstellen, ihre „führende Rolle" in Staat und Gesellschaft erneuern und die „brüderlichen Beziehungen zu den kommunistischen Parteien der UdSSR und der sozialistischen Länder" wieder stärken.

Ende des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz"

Mit der Machtübernahme Husáks wurden gleichzeitig die Anhänger und Sympathisanten des „Prager Frühlings" aus sämtlichen Partei- und Staatsämtern entfernt. Fortan wurde aber auch die Überwachung des öffentlichen Lebens und der Bevölkerung mit Hilfe sowjetischer Spezialisten perfektioniert. Die Armee wurde gesäubert, ebenso die Verlage und Zeitungsredaktionen. Vor allem die Intelligenz, die die Demokratisierung und die Idee eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" so euphorisch begrüßt und mit viel Engagement unterstützt hatte, wurde der strengen Aufsicht des Staates unterstellt, so zum Beispiel der tschechoslowakische Schriftstellerverband oder die Studentenschaft und das Hochschulwesen. Diese umfassende Verschärfung des innenpolitischen Kurses, mit der auch die Anerkennung der Breschnew-Doktrin und der offiziellen sowjetischen Begründung der Invasion als Maßnahme zum Schutz des Sozialismus in der ČSSR durch das Plenum der KPČ im September 1969 einherging, hatte zur Folge, daß über 350 000 Mitglieder aus Protest ihre Parteibücher zurückgaben. Viele Bürger versuchten außer Landes zu fliehen. Fast 30 000 Slowaken und Tschechen waren seit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in den freien Westen emigriert, darunter viele qualifizierte Fachkräfte. Um diesem Massenexodus einen Riegel vorzuschieben, erließ die Staats- und Parteiführung auch für den Reiseverkehr massive Einschränkungen und Kontrollen.

Einen Tag, nachdem Jan Palach seinen Verletzungen erlegen war: Totenwache am Wenzelsplatz.

Damit waren das Experiment des „Prager Frühlings" endgültig beendet und der Weg für Reformen auf Jahrzehnte versperrt; selbst die Idee der Reformierbarkeit des Sozialismus und seiner Gesellschaftsordnung war fortan in Verruf geraten. In der nun folgenden Periode der Stagnation verrottete das sozialistische System nicht nur in der ČSSR; auch die anderen sozialistischen Staaten fielen vor allem in ökonomischer Hinsicht immer mehr hinter die westlichen Industriestaaten zurück. Rückblickend war die gewaltsame Unterdrückung des „Prager Frühlings" eine Tragödie für die Völker aller Warschauer-Pakt-Staaten.

Die Reformer wurden nicht liquidiert. Dubček arbeitete in den 70er Jahren in der Forstverwaltung in Preßburg (Bratislava).

Heinz Blatt/Fritz Peter Habel

Von der Erneuerung der Diktatur bis zur „samtenen Revolution“

Die Sicherung der kommunistischen Herrschaft

In den Jahren nach der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ wurde die ČSSR stärker in das sowjetische System in Mittel- und Osteuropa eingebunden. Dies fand zunächst Ausdruck in einer Neufassung des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrages von 1943. In dessen Präambel wurde die Kernthese der Breschnew-Doktrin aufgenommen, wonach die „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften ... eine gemeinsame internationale Pflicht der sozialistischen Länder“ sei. Die Unterzeichnung dieses Vertrages fand nach einer aufwendigen Propagandakampagne am 6. Mai 1970, dem 25. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee, in Anwesenheit der sowjetischen Staats- und Parteiführung in Prag statt. Auch der in rascher Folge stattfindende Austausch von Delegationen zwischen der ČSSR, der DDR und Polen wurde von der Sowjetunion als Beleg für eine erfolgreiche „Konsolidierung“ der kommunistischen Herrschaft in der ČSSR angesehen. Als Versicherung gegen eine erneute Umkehr der Verhältnisse verdreifachte die UdSSR die Anzahl der sowjetischen „Berater“, die fortan alle Bereiche des tschechoslowakischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens kontrollierten.

In Husák hatte der Kreml einen gefügigen Erfüllungsgehilfen, weil dieser sich gegen die Angriffe der „Dogmatiker“ in der KPČ erwehren und deshalb um so vorbehaltloser die sowjetische Linie vertreten mußte. So wurde Dubček am 25. Mai 1970 auf Drängen der Dogmatiker aus der Partei ausgeschlossen; einen Monat später wurde ihm auch der Botschafterposten in Ankara entzogen. Auf dem Plenum des ZK am 10./11. Dezember 1970 konnte Husák seine eigene Position nur dadurch retten, daß er dem Druck der „Dogmatiker“ nachgab und eine eindeutige Zustimmung zur Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen verkünden ließ. Dies fand seine Fortsetzung darin, daß auf dem wiederholten XIV. Parteitag der KPČ vom 25.–29. Mai 1971 der Sowjetunion und dem „Genossen Breschnew“ persönlich für die Rettung des Sozialismus in der Tschechoslowakei gedankt wurde.

Rückkehr zur Kommandowirtschaft

Mit Nachdruck wurden nun alle Ansätze zur Liberalisierung im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben rückgängig gemacht. Wegen der gestiegenen wirtschaftlichen Abhängigkeit der ČSSR von der UdSSR wurde per Gesetz eine erneute Zentralisierung der Planungs- und Leitungskompetenzen verfügt; dies wurde offiziell damit begründet, daß die Wirtschaft der Tschechoslowakei „eine Einheit“ bilde. Aus ideologischen Gründen übernahmen die Zentralregierung und die staatliche Planungskommission wieder die Verteilung der Investitionsmittel und die Festlegung der Wachstumsraten. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Spätestens seit 1974 mußte die tschechoslowakische Bevölkerung trotz umfangreicher Kapital- und Sachhilfen aus der Sowjetunion erneut eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und eine Verschlechterung der Versorgungslage hinnehmen. Geringe Arbeitsproduktivität, Mangel an Arbeitskräften, ein veralteter Maschinenpark und der vorrangige Ausbau der Schwerindustrie in der Slowakei verhinderten ein Erreichen der in den Fünfjahrplänen vorgesehenen Wachstumsraten. Selbst in den offiziellen Statistiken wurde gegen Ende der siebziger Jahre der Rückgang der Produktion und der Mangel an Versorgungs- und Konsumgütern zugegeben.

Kluft zwischen Machthabern und Bevölkerung

Unter diesen Umständen vergrößerte sich die Kluft zwischen den Machthabern und der desillusionierten Bevölkerung. Solange sich die Sowjets im Lande befanden und die ideologischen Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten in der Staats- und Parteiführung anhielten, konnte weder eine Interesseneinheit zwischen der Regierung und der Bevölkerung wie zur Zeit des „Prager Frühlings“ erreicht noch eine echte Befriedung des Landes erwartet werden. Letzteres schien um so weniger wahrscheinlich, als es nach der Wiederherstellung und Absicherung der „führenden Rolle der KPČ in der Gesellschaft“ durch die Parlamentswahlen am 26. und 27. November 1971 zu einer Säuberungswelle kam, der sowohl antisozialistische Prominente als auch Oppositionelle in der Partei zum Opfer fielen. Die so erzeugte Friedhofsruhe lag wiederum im Interesse der Sowjetunion, die damals im Rahmen einer weltweiten Entspannungsoffensive die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) forderte, von der sie sich eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und damit ihrer Vorherrschaft über Ost- und Mitteleuropa durch den Westen erhoffte.

Um den „Normalisierungsprozeß“ in der ČSSR endlich zu einem Abschluß zu bringen und die über die Unterdrückung der Wortführer des „Prager Frühlings“ aufgebrachte Weltöffentlichkeit zu beschwichtigen, drängte Breschnew Husák zu einer Mäßigung des innenpolitischen Kurses. Dieser konnte sich jedoch nicht immer gegen seine „dogmatischen“ Gegner durchsetzen. Die aus diesem Gegensatz resultierenden widersprüchlichen Maßnahmen der Staatsmacht waren nicht dazu geeignet, eine Annäherung zwischen den Herrschenden und der hauptsächlich aus Künstlern, Literaten und Wissenschaftlern bestehenden Opposition zu bewirken. Weil die Sowjetunion zwar weiterhin an einer Konsolidierung im Innern der ČSSR, nicht aber an ihrer Emanzipation interessiert war, hielt sie sich in ihrer Politik gegenüber der Tschechoslowakei aus machtpolitischer Raison konsequent an das Prinzip des „teile und herrsche“.

Erfolgloses und unbeliebtes Regime

Dem Kreml lag letzten Endes weder an einer eindeutigen Stärkung der Position Husáks noch daran, die Stellung der „Dogmatiker“ unangreifbar zu machen. Auch wenn der ehrgeizige Husák aufgrund der demonstrativen Unterstützung Breschnews am 29. Mai 1975 als erster Slowake zusätzlich zu seinem Amt als Erster Sekretär der KPČ zum Präsidenten der ČSSR gewählt wurde, sorgte Moskau stets dafür, daß das Gleichgewicht zwischen den rivalisierenden Parteiflügeln labil und die Schiedsrichterrolle der Sowjetunion gewahrt blieb. Auf diese Weise konnte die Abhängigkeit der Tschechoslowakei von der UdSSR „konserviert“ und die Profilierung einzelner Politiker in einem Partei- oder Staatsamt verhindert werden.

Allerdings waren die Machthaber damit aller Möglichkeiten beraubt, eine Aussöhnung mit der desillusionierten Bevölkerung herbeizuführen. Weil die Erfolglosigkeit und die Unbeliebtheit des Regimes seit der Machtübernahme Husáks immer offensichtlicher wurde, lag es im Herrschaftsinteresse der politischen Spitzenfunktionäre, die Gesellschaft zu spalten und breite Schichten der Bevölkerung zu korrumpieren. Denn als Gegenleistung für die erzwungene Loyalität sicherte das System gewisse existenzielle Bedürfnisse. Auch eine Besserung des Lebensstandards oder berufliche und gesellschaftliche Aufstiegchancen lockten als Belohnung für politisches Wohlverhalten. Auf diese Weise gelang es dem Regime, ein Gefühl der Komplizenschaft und der Mitverantwortung für die Mißstände im Lande hervorzurufen. So konnte der allergrößte Teil der Bevölkerung in dumpfer Teilnahmslosigkeit gehalten werden. Selbst den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die sich bevorzugt „gesellschaftlich verwirklichen“ konnten, wurde jeglicher Einfluß auf die politische Führung verwehrt. Statt dessen wurde jeder Versuch, die bestehenden Zustände und möglichen Wege zu ihrer Überwindung in freier Diskussion zu erörtern, von den Herrschenden als Verrat an der sozialistischen Gesellschaftsordnung verfolgt.

Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung: „Charta 77" und die Folgen

Das Alltagsleben unter der Diktatur des real existierenden Sozialismus hatte verheerende Auswirkungen auf das Bewußtsein der breiten Masse der Bevölkerung. Konformismus, Leistungsschwäche und moralischer Verfall erfaßten die Gesellschaft in zunehmendem Maße. Pessimismus und tiefgreifende Resignation waren die Folge des völligen Verzichts der KP-Führung unter Husák auf eine jegliche in nationalem Interesse liegende Politik.

Die „Charta 77"

Eine auch international großes Aufsehen erregende Ausnahme in dieser Situation bildete die Bürgerinitiative „Charta 77". Zahlenmäßig unbedeutend, erinnerte „Charta 77" die Bevölkerung an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Tschechoslowakei die einzige Insel der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Ostmitteleuropa gewesen war. Diese Oppositionellen riefen das Erbe des Humanismus Masaryks, die parlamentarische Demokratie der ersten Tschechoslowakischen Republik und das Wissen um die frühere Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft in das Bewußtsein der Gesellschaft zurück.

„Charta 77" wurde am 1. Januar 1977 in Prag als eine „freie, informelle und offene Gesellschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe" gegründet. Die Bürgerrechtler verstanden sich nicht als Basisgruppe für eine oppositionelle politische Tätigkeit, sondern forderten die Staats- und Parteiführung zu einem „konstruktiven Dialog" darüber auf, „wie in der ČSSR die Rechte der Verfassung besser eingehalten und gesichert werden können". Darüber hinaus berief sich „Charta 77" – ähnlich wie die sowjetischen Dissidenten und die in Polen entstandenen Bürgerrechtskomitees – auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki und die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1966. Mit der Gründung von „Charta 77" kündigte sich ein Bewußtseinswandel an, der sich in den folgenden Jahren nicht nur in der tschechoslowakischen, sondern in allen Gesellschaften der Warschauer-Pakt-Staaten allmählich vollziehen sollte. Die Unfähigkeit der Regime, die sozioökonomischen Probleme zu lösen, die Korruptheit der Nomenklatura, das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und die Verachtung für die Staats- und Parteiführung verbreiteten sich mehr und mehr. Die gesellschaftlichen und politischen Mißstände und die damit einhergehende kulturelle und geistige Unterdrükkung erzeugten vor allem bei der Intelligenz und bei der jüngeren Generation eine zunehmende Konfliktbereitschaft.

Vor diesem Hintergrund mußte die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki am 1. August 1975 wie ein Signal wirken. Die in ihr enthaltene gemeinsame Erklärung über die Menschen- und Bürgerrechte war nicht nur von der tschechoslowakischen Regierung, sondern auch von der Sowjetunion mitunterzeichnet worden. Zusammen mit der UNO-Menschenrechtskonvention bildeten sie eine Grundlage, das kommunistische System vor der Weltöffentlichkeit anklagen zu können und die eigene Gesellschaft für Veränderungen zu mobilisieren. Dabei strebten die Unterzeichner der Charta durchaus eine Wirksamkeit über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus und somit eine Internationalisierung ihres Zieles einer Respektierung der Menschenrechte durch die Staatsgewalt an. Rückblickend kann festgestellt werden, daß „Charta 77" sicherlich einen wesentlichen Beitrag zur friedlichen Überwindung des Kommunismus in Europa geleistet und hierbei eine Vorreiterrolle wahrgenommen hat.

Betonköpfe beklatschen sich gegenseitig. Rechts neben Breschnew Gustav Husák, links die Vertrauensleute der Sowjets im ZK der KPČ, Vasil Bilak und Alois Indra. Der Text lautet: „Fest vereint die KPČ und das Volk für den künftigen Erfolg beim Aufbau einer fortschrittlichen sozialistischen Gesellschaft."

Repression und Terror

Die Machthaber reagierten auf die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung mit Repression und Terror. Die Aktivisten wurden als „Konterrevolutionäre" und „Feinde des Sozialismus" verfolgt, mit Berufsverboten belegt, mit Polizeischikanen, willkürlichen Verhaftungen und anonymen Morddrohungen oder Ausbürgerung bedroht. Dennoch mußten die Versuche des tschechoslowakischen Regimes zur Zerschlagung der sich formierenden und allmählich größeren Zulauf gewinnenden Oppositionsbewegung begrenzt bleiben. Vor allem die Sowjetunion, aber auch die anderen Warschauer-Pakt-Staaten wollten die im Rahmen der Entspannung verbesserten Beziehungen zu den westlichen Ländern insbesondere aus wirtschaftspolitischen Erwägungen nicht gefährden. Auch die sich als Reaktion auf die Verfolgung der Bürgerrechtler verstärkenden Proteste der Weltöffentlichkeit zwangen die Machthaber zu einer neuen Taktik gegen die „Charta 77". Fortan sollten Provokationen, persönliche Beleidigungen und unaufgeklärte Überfälle und Gewaltanwendungen die Dissidenten zu unüberlegten Reaktionen herausfordern, um eine Verfolgung der mittlerweile auf über 1000 Personen angewachsenen Bürgerrechtsbewegung vor der Öffentlichkeit besser rechtfertigen zu können. Dennoch gelang es der Staats-und Parteiführung trotz intensiver Propagandakampagnen gegen die als „konterrevolutionäre Krawallmacher" und „asoziale Elemente" diskriminierten Aktivisten nicht, den „Volkszorn" der Massen zu mobilisieren. Vielmehr konnten die Dissidenten in einem am 1. Februar 1980 veröffentlichten Rechenschaftsbericht eine insgesamt positive Bilanz ihrer bisherigen Arbeit ziehen; sie betonten, daß die Erneuerungsbewegung in der Tschechoslowakei trotz der jüngst noch verschärften Disziplinierungsversuche der Staatsorgane ihre Wirkung auf ganz Osteuropa nicht verfehlen und eine Annäherung zwischen den Völkern und Systemen fördern werde.

Bedingungslose Unterstützung der Sowjetunion

Die Kampagnen gegen die Menschen- und Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" schadeten dem Ansehen der Tschechoslowakei weltweit. Das kommunistische Regime mußte eine vor allem in ökonomischer Hinsicht schmerzhafte Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zu den EG-Staaten hinnehmen. Um so mehr suchte die Prager Führung den Schulterschluß mit der Sowjetunion und der DDR. In der Wirtschaftspolitik hatte dies eine weitere Intensivierung des Warenaustausches mit der Sowjetunion zur Folge. Auch die wirtschaftlichen Integrationsabsichten der Sowjetunion im „Rat für gegenseitige

Wirtschaftshilfe", mit der die Mitgliedsstaaten diszipliniert werden sollten, wurden von der ČSSR stets bedingungslos unterstützt. Auf Drängen Moskaus mußte sich die Tschechoslowakei im Rahmen der „sozialistischen Aufbauhilfe" verstärkt im arabischen Raum, in Asien und Mittelamerika engagieren. Als wichtiger Rüstungsgüter- und Waffenlieferant für die Dritte Welt hatte die ČSSR große Bedeutung für die Sowjetunion. Darüber hinaus bediente sich Moskau der Prager Führung seit Beginn der achtziger Jahre zunehmend als Sprachrohr, um die den sowjetischen Führungsanspruch in Frage stellenden Regime in Albanien, Rumänien und Jugoslawien und deren außenpolitische Verselbständigungstendenzen zu kritisieren. Sogar der Überfall der Roten Armee auf Afghanistan im Dezember 1979, die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 und das Verbot der Gewerkschaft Solidarność wurden von der ČSSR vorbehaltlos begrüßt.

Zerstörung der Umwelt

Letzteres war aus der Sicht der Machthaber in der Tschechoslowakei um so dringender erforderlich, als sie angesichts der Sympathien der eigenen Arbeiter für die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Solidarność ein Übergreifen des polnischen „Bazillus" auf das eigene Land befürchteten. Dann wäre eine Eskalation der wegen der wirtschaftlichen Misere und mangelhaften Versorgung ohnehin schlechten Stimmung in der Bevölkerung zu offenen Protesten gegen die Staatsmacht wahrscheinlich unvermeidlich gewesen. Die Tschechen und Slowaken beunruhigte nämlich nicht nur das rapide Absinken des Lebensstandards, sondern in zunehmendem Maße auch die unübersehbare Umweltzerstörung und deren gesundheitliche Folgen für die Menschen. Es ist ein Verdienst von „Charta 77", durch eine stetige Information über die fortschreitende Zerstörung der Wälder und die Verpestung der Gewässer und der Luft zu einer ökologischen Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung beigetragen zu haben. Die handlungsunfähigen Machthaber, die sich als Gefangene ihrer eigenen Ideologie mehr und mehr von der Realität im eigenen Lande entfernten, reagierten darauf, indem sie Daten über die Umweltverschmutzung kurzerhand zum Staatsgeheimnis erklärten.

Auch wenn Husák am 22. Mai 1980 als Staatspräsident wiedergewählt wurde und auf dem XVI. Parteitag der KPČ (6.–10. April 1981) die Mobilisierung aller Kräfte zur Planerfüllung und zur „Fortsetzung des erfolgreichen Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" beschwor, konnte dies kaum noch über den fortschreitenden inneren Machtzerfall des kommunistischen Regimes hinwegtäuschen.

Ein durch die Umweltverschmutzung zerstörter Wald.

Vom Zerfall der kommunistischen Macht bis zum Sieg der Demokratiebewegung

Am Anfang der achtziger Jahre standen die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes vor einer Periode historischer Veränderungen. Die offensichtliche Schwäche der UdSSR zeigte sich unter anderem in dem raschen Führungswechsel nach dem Tod Leonid I. Breschnews am 10. November 1982 über Jurij W. Andropow und Konstantin U. Tschernenko bis zur Amtsübernahme durch Michael Gorbatschow im März 1985. Diese schnelle Abfolge von Ablösungen in der Parteispitze der KPdSU, die von einem Generationswechsel der sowjetischen Eliten begleitet war, fand vor dem Hintergrund verschärfter innen- und außenpolitischer Probleme statt.

Vor allem in Osteuropa traten die Auflösungs- und Zerfallserscheinungen immer deutlicher zutage. Aus dem als Sicherheitszone konzipierten Vorfeld war ein Gebiet geworden, von dem eine akute Infektionsgefahr für das gesamte sowjetische Herrschaftssystem ausging. Die Machthaber in Prag mußte es deshalb in höchstem Grade alarmieren, als der neue Generalsekretär der KPdSU daran ging, die bisherigen Grundlinien der sowjetischen Außen- und Innenpolitik durch eine pragmatische Absage an die marxistisch-leninistische Ideologie, die Hinwendung zu mehr Transparenz und Pluralismus im Innern und die Öffnung nach außen zur Welt sowie ein Streben nach Abrüstung und Zusammenarbeit mit dem Westen zu revidieren. Aus heutiger Sicht hat Gorbatschow mit dieser Kursänderung die Beseitigung der kommunistischen Herrschaft und die demokratische Umgestaltung in den mittel- und osteuropäischen Staaten zwar nicht beabsichtigt, aber ermöglicht. Bevor es jedoch 1989/90 zur friedlichen Revolution im sogenannten Ostblock kam, mußten die Menschen in der Tschechoslowakei ebenso wie in den übrigen sozialistischen Diktaturen zermürbende Jahre ertragen, die von existenzbedrohender Umweltzerstörung, wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Zerrüttung und Agonie gekennzeichnet waren.

Angst vor Veränderungen

Von den Machthabern in Prag waren jedenfalls keine Initiativen für eine politische Erneuerung zu erwarten. Die unübersehbaren wirtschaftlichen Mißstände glaubten sie durch bloße Abwandlungen der Planwirtschaft beseitigen zu können. Der Staats- und Parteiführung widersprechende Stimmen, die längst überfällige Reformen anmahnten, wurden unterdrückt. Statt dessen stellten Husák, der im Mai 1985 einstimmig als Staatsoberhaupt wiedergewählt worden war, und die übrigen Repräsentanten der KPČ auf dem XVII. Parteitag (14.–28. März 1986) ihre angeblichen Erfolge „bei der Schaffung besserer Voraussetzungen für das Wohnen, den Verkehr, die Sauberkeit, Gesundheit, Umwelt und für die junge Generation" heraus. Obwohl die industrielle und landwirtschaftliche Erzeugung und die Konsumgüterproduktion ebenso wie der Reallohn der Bevölkerung gesteigert werden konnten, war dieser „Fortschritt" durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffe und Primärenergiequellen erkauft worden. Nicht nur verheerende Umweltschäden und die ökologische Verwüstung ganzer Landschaften waren die Folgen dieser verfehlten Politik. Auch eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie sie der Staats- und Parteichef in seiner Neujahrsansprache 1987 versprach, schien angesichts der angespannten Finanzlage und des maroden Gesundheits- und Sozialwesens illusionär zu sein.

Zwar wußten die kommunistischen Machthaber in der ČSSR nur zu gut, daß eine Sanierung der Volkswirtschaft durch grundlegende Reformen notwendig gewesen wäre. Gegenüber der sowjetischen Führung verwiesen sie

jedoch immer wieder auf die Gefahren der Instabilität für die eigene Herrschaft und das politische System, die mit der Übernahme von *Glasnost* und *Perestrojka* entstehen könnten. Erst nach heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen Pragmatikern und Orthodoxen bekannte sich die tschechoslowakische Staats- und Parteiführung am 25. Februar 1987 offiziell zu Gorbatschows Reformkurs. Als der sowjetische Generalsekretär zwei Monate später die ČSSR besuchte, mußte er jedoch feststellen, daß mit den allein auf den eigenen Machterhalt ausgerichteten Totengräbern des „Prager Frühlings" die von ihm erstrebte Erneuerung des Kommunismus nicht durchzusetzen war.

Ablösung Husáks

Wenige Monate später kam es deshalb unter dem Druck Moskaus zu einer ersten Personalveränderung in der Führungsspitze der KPČ. Am 17. Dezember 1987 wurde Husák von Miloš Jakeš in seinem Amt als Generalsekretär der kommunistischen Partei abgelöst. Dieser forderte zwar mehr Tatkraft und Initiative in der Wirtschaft zur Steigerung der Effizienz und des Wachstums. Auch war in der Propaganda des Regimes fortan immer wieder die Rede von einem „Umbau" in der Volkswirtschaft und einer grundsätzlichen Reform der planwirtschaftlichen Lenkungsmechanismen. Zum Jahreswechsel wurden sogar einige Beschränkungen für Privatunternehmen gelockert. Grundsätzlich führte der Wechsel an der Spitze der KPČ aber zu keiner Änderung der bisherigen Politik. Nach wie vor bestand das vorrangige Ziel der Staats- und Parteiführung darin, die in tiefer Resignation und Gleichgültigkeit verfallenen Massen durch ein relativ reichhaltiges Konsumgüterangebot ruhigzustellen.

Zu den wenigen in der Regierung, die offensichtlich einen Reformprozeß in Gang zu setzen versuchten, zählte der pragmatische Ministerpräsident Lubomir Štrougal. In einer Regierungserklärung plädierte er am 4. April 1988 für eine tiefgreifende Neuordnung der Wirtschaft des Landes und für eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Und in der Tat trat am 1. Juli nach einer Reihe von Umbesetzungen in Präsidium und Sekretariat der KPČ ein Unternehmensgesetz in Kraft, das den Staatsbetrieben größere Selbständigkeit zusicherte. Auch der aufgeblähte Verwaltungsapparat sollte verkleinert und die Arbeit der Ministerien durch die Zusammenlegung verwandter Ressorts effizienter werden. Doch Jakeš, der nun erstmals auch für eine Trennung der Aufgaben von Regierung und Partei eintrat, warnte unmißverständlich vor einem Mißbrauch der „Demokratisierung". Zwar erklärte er sich einverstanden mit einem verfassungsgemäßen „sozialistischen Pluralismus der Interessen und Meinungen", mehr Informationen und freier Diskussion; jedoch ließ er keinen Zweifel daran, daß eine Rückkehr zu den Verhältnissen der bürgerlichen Republik völlig ausgeschlossen war.

Daß die Unterdrückung jeglicher Opposition weiterhin als konstitutives Element des Systems beibehalten wurde, zeigte sich am 21. August 1988, als in Prag eine unerwartet große Protestversammlung anläßlich des zwanzigsten Jahrestages des Einmarsches sowjetischer und anderer Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurde. Der seit der Beendigung des „Prager Frühlings" auf überdimensionale Ausmaße angewachsene Sicherheitsapparat versuchte auch jetzt noch, jeden Demonstrationsversuch zu unterbinden.

Die Opposition wird aktiv

Bislang hatte sich an der Unterdrückung der Bürgerrechtsbewegung, der Verfolgung prominenter Mitglieder der „Charta 77" und der Behinderung der Religionsgemeinschaften durch das Regime nichts geändert. Aber im politischen Denken der Bevölkerung vollzog sich schon seit geraumer Zeit ein Bewußtseinswandel, auf den die Machthaber allenfalls mit Repressionen zu reagieren wußten. Gorbatschow war im April 1987 bei seinem Besuch in Prag von über 150 000 Menschen begeistert als Hoffnungsträger begrüßt worden. Auch der wenige Monate zuvor im Januar 1987 von „Charta 77" aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens an die Bürger der Tschechoslowakei gerichtete Aufruf, die politische Apathie überwinden zu helfen, hatte gewiß viele dazu ermutigt, selbst aktiv zu werden und für Demokratie und Menschenrechte einzutreten.

Besonders unter den Jugendlichen entfaltete sich daraufhin ein großes Engagement: Sie gründeten fast ein Dutzend neue Bürgerrechtsgruppen, die sich am 15. Oktober 1988 zur „Bewegung für bürgerliche Freiheit" zusammenschlossen. Wenige Tage darauf, am 5. November, entstand mit der Gründung des „Helsinki-Komitees" eine weitere Dissidentengruppe. Das kommunistische Regime reagierte ausweichend und ratlos auf diese Entwicklung. Am 10. Oktober 1988 mußte der reformfreundliche Ministerpräsident Štrougal sein Amt an seinen langjährigen Stellvertreter, Ladislav Adamec, abgeben. Auf der zuvor am 9./10. Oktober stattfindenden Sitzung des Zentralkomitees hatte die Parteiführung zur Beschwichtigung der Bevölkerung zwar eine Intensivierung der Diskussion über bevorstehende wirtschaftspolitische „Umbaumaßnahmen" und eine „Vertiefung der sozialistischen Demokratie" angekündigt. Auch in den folgenden Wochen und Monaten gab es immer wieder öffentlichkeitswirksame Meldungen über bevorstehende Reformschritte, so etwa die geplante Liberalisierung des Bildungswesens und der Zensurgesetze. Bei den Nachwahlen zur Nationalversammlung konnte die Bevölkerung erstmals seit 43 Jahren sogar wieder zwischen mehreren Kandidaten der – allerdings auch weiterhin allein von der KPČ geführten – „Nationalen Front" wählen.

Dies alles waren aber nur Hinhalte- und Ablenkungsmanöver der kommunistischen Machthaber. Parteichef Jakeš sprach den unabhängigen gesellschaftlichen Bewegungen weiterhin das Recht auf organisierte Betätigung ab. Die führende Rolle der KPČ in Gesellschaft und Staat sollte nicht angetastet und die Opposition mit Härte verfolgt werden, um eine Wiederbelebung des „politischen Pluralismus in seiner bürgerlichen Form" zu verhindern und die „Feinde des Sozialismus" zu bekämpfen. Die mittlerweile öffentlich geforderte Rehabilitierung der Reformpolitiker des „Prager Frühlings" lehnte das Regime strikt ab. Es wiederholte hilflos alte Parolen und rechtfertigte das brutale Vorgehen der Polizei und des Staatssicherheitsdienstes gegen die Protestdemonstrationen der anwachsenden Demokratiebewegung als notwendige Maßnahmen gegen angeblich vom „Ausland gesteuerte antisozialistische Aktionen". Damit manövrierten sich die Machthaber nicht nur innenpolitisch, sondern auch unter den Warschauer-Pakt-Staaten in eine ausweglose Isolierung.

Gorbatschow war der erste sowjetische Parteichef, der in der Tschechoslowakei auf spontane Zustimmung stieß.

In der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn war die Reformpolitik inzwischen weiter vorangeschritten. In Polen hatten im Juni 1989 nach vorangegangenen Gesprächen am „Runden Tisch" zwischen der kommunistischen Regierung und der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" erstmals Parlamentswahlen mit freier Kandidatenaufstellung stattgefunden. In Ungarn wurde im selben Monat Imre Nagy, der Führer des ungarischen Volksaufstandes von 1956, rehabilitiert und feierlich neu bestattet.

Da die sowjetische Führung unter Gorbatschow auf eine Anwendung der sogenannten Breschnew-Doktrin verzichtete und jedem Land prinzipiell das Recht auf eine eigenständige Entwicklung zubilligte, fand die Regierung der ČSSR nur noch beim Ost-Berliner SED-Regime moralische Unterstützung, als sie am 21. August 1989 die auf dem Prager Wenzelsplatz versammelten Menschen brutal auseinandertreiben und rund 370 Personen festnehmen ließ. Während die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei die Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen vor 21 Jahren als „einzig wirksamen Ausweg" bezeichneten, mit dem „der Sozialismus geschützt" worden sei, bewerteten Polen und Ungarn den Einmarsch rückblickend als Fehler und unrecht. Dies verunsicherte die Machthaber um so mehr, als auch aus Moskau jegliche Unterstützung ausblieb. Angesichts der friedlich verlaufenden Reformprozesse in Polen und Ungarn, des im Herbst einsetzenden Verfalls der Machtstrukturen in der DDR und in Bulgarien, der Massenflucht der ostdeutschen Bevölkerung aus dem SED-Staat über die ČSSR nach Westdeutschland und der eigenen wirtschaftlichen Probleme, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sich auch in der ČSSR die Demokratie durchsetzen würde.

Massendemonstrationen

Die Zahl der Menschen, die freie Wahlen und Freiheit für die politischen Gefangenen forderten, wuchs beständig. Bei der Demonstration am 21. August 1989 waren es 3000 Bürger gewesen, die gegen das Regime aufbegehrten, am 28. Oktober waren es bereits 10000. Am 17. November versuchten die Sicherheitskräfte eine Protestversammlung von fast 50000 Bürgern aufzulösen. Durch ihr brutales Vorgehen lösten die Machthaber eine Reihe von Ereignissen aus, die zur Beseitigung des kommunistischen Herrschaftssystems führten und die Rückkehr zu parlamentarischer Demokratie und marktorientierter Volkswirtschaft ermöglichten.

Die dazu nötigen Schritte wurden innerhalb dreier Wochen vollzogen. Bereits am Folgetag des 17. November forderten in allen größeren Städten immer mehr Menschen eine „echte" Demokratisierung und die Beseitigung des KPČ-Machtmonopols. Am 19. November schlossen sich zwölf Oppositionsgruppen zum „Bürgerforum" (Občanské forum = OF) zusammen. Die Leitung dieser Vereinigung von Personen mit unterschiedlicher Weltanschauung übernahm der Mitbegründer der „Charta 77", Václav Havel.

An den folgenden Tagen demonstrierten mittlerweile Hunderttausende für demokratische Reformen. Am 24. November sprachen Havel und der 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen gestürzte ehemalige KPČ-Chef Dubček zu einer halben Million Demonstranten auf dem Prager Wenzelsplatz: Sie riefen zu Besonnenheit und Gewaltlosigkeit auf; Dubček appellierte an Polizei, Miliz und Streitkräfte, „auf der Seite des Volkes zu bleiben". Noch am selben Tag traten KP-Chef Jakeš, das Zentralkomitee und das Parteipräsidium nach einer Sondersitzung zurück. Doch auch die neue Führung unter Generalsekretär Karel Urbanik konnte die friedliche Revolution der Demokratiebewegung nicht mehr aufhalten.

Beantwortet das Regime Protest mit Gewalt? Bei der Demonstration anläßlich des 21. Jahrestages der Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen am 21. August 1989 wurden Hunderte von Teilnehmern verhaftet.

Regierung und Opposition am „Runden Tisch"

Am 26. November begannen am „Runden Tisch" Gespräche zwischen Regierung und Opposition. Am Tag darauf befolgte fast die gesamte Bevölkerung einen zweistündigen Generalstreik, der die Wirtschaft der ČSSR lahmlegte. Der Wechsel an der Spitze der KPČ sei eine Farce, die neue Führung eine „neo-stalinistische Mannschaft" (V. Havel). Sowohl das Bürgerforum als auch seine slowakische Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt" (Verejnost Proti Nasili = VPN) forderten die schnellstmögliche

Die größte Demonstration fand am 24. November 1989 statt, als sich Hunderttausende auf dem Wenzelsplatz versammelten. Hier grüßt Alexander Dubček die ihn bejubelnde Menge. Am selben Tag war das Zentralkomitee der KP zurückgetreten.

Durchführung freier Wahlen. Nach erneuten Gesprächen am „Runden Tisch" am 28. November, während derer Ministerpräsident Adamec der Bürgerbewegung die Bildung einer „Koalitionsregierung auf breiter Grundlage" zusagte, verabschiedete die tschechoslowakische Bundesversammlung die mit der Opposition vereinbarten Verfassungsänderungen: Der Führungsanspruch der KPČ in Gesellschaft und Staat und ihr Machtmonopol wurden gestrichen, der Marxismus-Leninismus als Grundprinzip von Erziehung und Bildung abgeschafft.

Sieg der Demokratiebewegung

Endlich, am 10. Dezember 1989, wurde erstmals nach über vierzig Jahren ein mehrheitlich nichtkommunistisches Kabinett vereidigt. Bei der Regierungsbildung waren die führenden Köpfe der Opposition herangezogen worden, unter anderem das Mitglied der „Charta 77", Jiří Dienstbier, als Außen- und Václav Klaus als Finanzminister. Der Reformkommunist Marian Čalfa wurde neuer Ministerpräsident. In seiner Regierungserklärung am 20. Dezember kündigte er den Übergang der Tschechoslowakei zur parlamentarischen Demokratie und zur freien Marktwirtschaft an. Der Sieg der Demokratiebewegung fand am 29. Dezember 1989 augenfälligen Ausdruck in der Wahl Alexander Dubčeks zum Präsidenten der Bundesversammlung und der Ernennung Václav Havels zum ersten nichtkommunistischen Staatspräsidenten seit 1948. Der Dramatiker und Bürgerrechtler, der als Symbolfigur der Dissidenten auch international wegen seiner furchtlosen und unbeugsamen Prinzipientreue anerkannt war, hatte nur zögernd dem Ruf der demonstrierenden Bevölkerung, „Havel auf die Burg", nachgegeben. Nach dem Machtmißbrauch während der kommunistischen Alleinherrschaft sahen Tschechen und Slowaken in Havels untadeligem Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein gute Voraussetzungen für einen zügigen und korrekten Umbau der staatlichen Ordnung.

Moralische Selbstbefreiung

Die Jahre 1989/90 waren Jahre der Umwälzung und des Umbruchs. Die Völker Ost- und Mitteleuropas befreiten sich von den Fesseln des Kommunismus. Nach Jahrzehnten des Eingesperrtseins hinter dem Eisernen Vorhang wollten die Menschen Freiheit. In der Tschechoslowakei waren die umstürzenden Ereignisse des Herbstes 1989, die „samtene Revolution", zuallererst eine geistige und moralische Selbstbefreiung der tschechoslowakischen Gesellschaft. Allmählich wurden sich die Menschen der neuen Verantwortung bewußt, was in den politischen Losungen dieser Zeit zum Ausdruck kam: „Freie Wahlen", „Menschenrechte", „Ende der Macht einer Partei", „Für eine prosperierende und sozial gerechte Gesellschaft".

Präsident Václav Havel

Vor diesem Hintergrund war es selbstverständlich, daß der neugewählte Präsident der Republik, Havel, in seiner Neujahrsrede für 1990 die „humanistischen und demokratischen Traditionen" beschwor und zu einer

Vom Dissidenten zum Präsidenten. Václav Havel nach seiner Wahl zum Staatsoberhaupt der Tschechoslowakei am 29. November 1989.

Umwandlung des totalitären kommunistischen Systems in eine pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln aufrief. Als Prioritäten benannte Havel die Vorbereitung freier Wahlen, die Sicherung der Gleichberechtigung für Tschechen und Slowaken im gemeinsamen Staat, die Verbesserung des Lebensstandards vor allem der sozial schwächeren Schichten und die Stärkung des Ansehens der Tschechoslowakei in der Welt.

Ausdruck des nun einsetzenden politischen Wandels war der schnelle Verfall der KPČ. Obwohl sie bereits im Dezember 1989 den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen verurteilt, die Vorkämpfer des „Prager Frühlings" in ihren eigenen Reihen rehabilitiert, am 6./7. Januar 1990 ihre Führung erneuert und sich nach einem Bekenntnis zu den Prinzipien der pluralistischen Demokratie für die Fehler der Vergangenheit bei der Bevölkerung entschuldigt hatte, mußte die kommunistische Partei in den folgenden Wochen den Verlust von über 700 000 Mitgliedern hinnehmen. Auf diese Weise verlor die KPČ Ende Januar die Zwei-Drittel-Mehrheit in der Bundesversammlung. Am 30. Januar wurden die kommunistischen Abgeordneten durch 120 neue, von der Opposition nominierte Parlamentarier ersetzt. Die KPČ verzichtete vor allem deshalb so schnell auf ihr bisheriges Machtmonopol, weil sich die Sowjetunion jeglicher Eingriffe in den tschechoslowakischen Demokratisierungsprozeß enthielt. Vielmehr vereinbarten Havel und Gorbatschow am 27. Februar 1990 in Moskau, in Zukunft die Beziehungen auf der „Grundlage der Gleichberechtigung und vollen gegenseitigen Achtung der Souveränität" zu gestalten. Wesentliches Ergebnis dieser Übereinkunft war der Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei, der vereinbarungsgemäß im Juni 1991 abgeschlossen wurde.

Heinz Blatt/Fritz Peter Habel

Von der Föderalisierung bis zur Spaltung der Tschechoslowakei

Die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft

Vier Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft hatten tiefe Spuren hinterlassen. Dennoch ist in der Tschechoslowakei in kurzer Zeit Beachtliches auf dem Weg nach Europa geleistet worden. In keinem anderen der ehemaligen sozialistischen Staaten sind die Strukturveränderungen so konsequent durchgeführt worden. Die Umwandlung des totalitären kommunistischen Systems in eine pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft wurde ausschließlich mit demokratischen Mitteln und auf dem Rechtsweg vollzogen, was eine beachtliche gesetzgeberische Leistung voraussetzte. Glücklicherweise gab es politische Kräfte mit dem festen Willen, die einst wohlhabende und leistungsstarke Industrienation im Herzen Europas wieder zu errichten. Unter der Federführung von Finanzminister Václar Klaus begann die neue Regierung mit einer „Schocktherapie". Sie leitete eine radikale Wirtschaftsreform ein mit sofortiger Öffnung der Grenzen, beschleunigter Privatisierung und der Schaffung des freien Wettbewerbs. Dabei verfolgte sie von Anfang an das Ziel einer Wiedereingliederung der Tschechoslowakei als gleichberechtigter und konkurrenzfähiger Partner in die europäische Wirtschaft und Weltwirtschaft.

Radikale Wirtschaftsreform

Bereits am 20. April 1990 wurde mit der Aufhebung der Planwirtschaft der Außenhandel liberalisiert und privates Unternehmertum ermöglicht. Allerdings waren die äußeren Voraussetzungen für einen baldigen Wirtschaftsaufschwung durch die Umstellung des Handels zwischen den ehemaligen RGW-Staaten auf Weltmarktpreise und durch die Verluste der bis dahin wichtigsten Handelspartner, der ehemaligen DDR und der früheren Sowjetunion, denkbar ungünstig. Die wichtigsten Reformschritte, die zunächst vollzogen wurden, waren die Freigabe der Preise, die Sicherung der inneren Konvertierbarkeit der Landeswährung und der Abbau staatlicher Subventionen. Die Umstellung auf den devisenbringenden Handel mit dem Westen gelang durch eine starke Abwertung der Krone. Allerdings hatte dies nach der Freigabe der Preise zum 1. Januar 1991 Preissteigerungen bis zu 40 Prozent zur Folge, die die Bevölkerung bei gleichbleibendem Durchschnittseinkommen, schmerzlichen Einbußen bei Sozialleistungen und zunehmender Arbeitslosigkeit bislang mit beeindruckender Geduld ertragen hat. Vor allem in der Tschechischen Republik schienen die Bürger mehrheitlich erkannt zu haben, daß ein „dritter Weg" zwischen Sozialismus und freier Marktwirtschaft nicht den gewünschten Erfolg zur Verbesserung des Lebensstandards bringen kann. Nicht zuletzt dieser Unterstützung war es zu verdanken, daß die Regierung ihre Politik des knappen Geldes und eines straffen Haushaltes durchhalten und größere wirtschaftliche Einbrüche verhindern konnte.

Der unbestritten wichtigste Schritt der Wirtschaftsreform konnte vollzogen werden, nachdem im Februar 1991 die Bundesversammlung nach heftigen Auseinandersetzungen die Entschädigungs- und Privatisierungsgesetze angenommen hatte. Neben der Privatisierung der Kleinbetriebe (Gewerbeunternehmen, Restaurants, Einzelhandelsgeschäfte) war die „große Privatisierung", also die Zergliederung und Privatisierung der staatsmonopolistischen Großunternehmen, von Bedeutung, da auch ausländischen Investoren die Möglichkeit geboten wurde, Besitz zu erwerben. Prag wollte auf diese Weise nicht nur Anreize für einen stärkeren Zufluß ausländischen Kapitals geben und Unterstützung bei der Modernisierung der Volkswirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze erlangen, sondern auch einen baldigen Zugang zu den anspruchsvollen und durch Handelsbarrieren geschützten westeuropäischen Märkten erreichen. Erste Schritte auf dem Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wurden durch ein 1990 mit der EG abgeschlossenes Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Aufnahme in den Europarat am 21. Februar 1991 vollzogen.

Verfassungsreform

Neben der Wirtschaftspolitik hatte die staats- und verfassungsrechtliche Neuordnung höchste Priorität. Die Tschechen und Slowaken wollten eine echte Föderalisierung ihres gemeinsamen Staates erreichen. In einem neuen Grundgesetz sollten nicht nur die Befugnisse des Gesamtstaates und die Grenzen seiner Kompetenzen neu definiert, sondern auch die Gleichberechtigung beider Nationen gesichert werden. Daß neben den wirtschaftlichen Sorgen und dem Gefühl unsicherer Zukunftsperspektiven die Verfassungs- und Nationalitätenfrage die Gesellschaft belasten würde, zeichnete sich bereits im Vorfeld der ersten freien Parlamentswahlen ab.

So weigerten sich die Slowaken schon während der Verhandlungen über den neuen Staatsnamen, einer zusammengeschriebenen oder nur durch einen Bindestrich getrennten Bezeichnung zuzustimmen. Erst am 20. April 1990 einigte man sich auf eine umständliche Kompromißformel: fortan hieß der gemeinsame Staat „Tschechische und Slowakische Föderative Republik" (ČSFR). Die beiden Teilstaaten bezeichneten sich ohne den Zusatz „sozialistisch" als Tschechische Republik (ČR) und als Slowakische Republik (SR). Bald darauf, am 9. Mai 1990, wurde die mährisch-schlesische Selbstverwaltung auf Landesebene und das während der Ersten Republik bewährte System von Kreis- und Gemeinderäten wieder eingeführt. Die Glie-

Wahlkampf vor der Wahl zur Bundesversammlung am 8./9. Juni 1990.

derung der Verwaltungseinheiten in zwölf Bezirke und 112 Kreise wurde unverändert beibehalten.

Parlamentswahlen

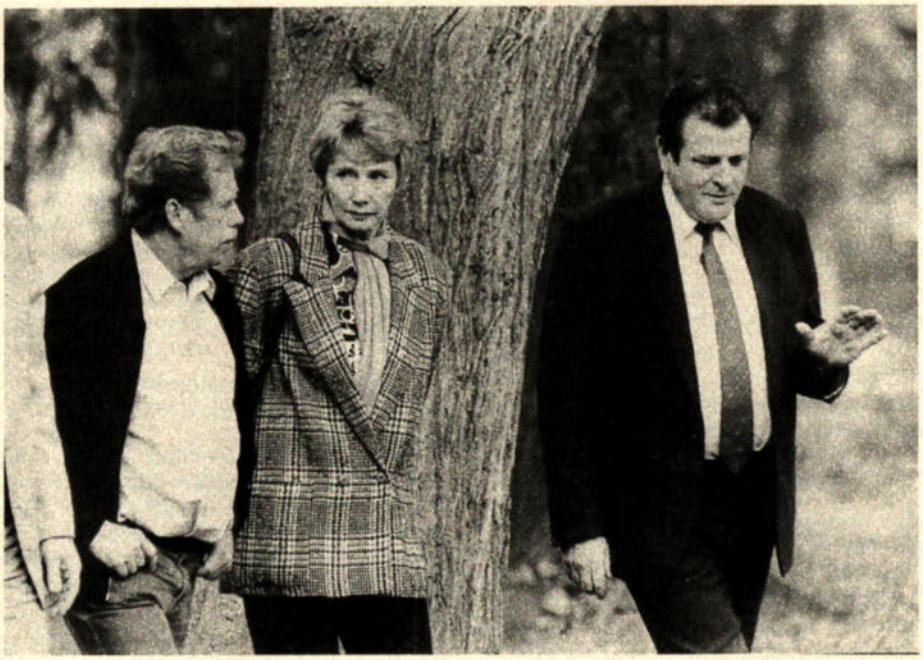
Unterdessen war der Wahlkampf für die ersten freien Wahlen seit 1935 in vollem Gange. In Verhandlungen am „Runden Tisch" war man übereingekommen, das Verhältniswahlrecht und die Fünf-Prozent-Klausel einzuführen. Von den vielen Splittergruppen und neugegründeten Vorkriegsorganisationen nahmen am 8./9. Juni 1990 insgesamt 23 Parteien an den Parlamentswahlen teil. Als Favoriten galten die überparteilichen Oppositionsbewegungen, nämlich das Bürgerforum in der tschechischen und „Öffentlichkeit gegen Gewalt" in der slowakischen Teilrepublik. Sie wurden als Garanten gegen eine Rückkehr des Kommunismus angesehen und gingen erwartungsgemäß als Sieger aus den Wahlen hervor. Von den 300 Sitzen im Föderalparlament (je 150 in der Nationalitätenkammer und in der Volkskammer) erhielten sie als Koalition insgesamt 170; die KPČ errang 47 Mandate, die Koalition der christlichen Parteien 40, und die restlichen Sitze teilten sich die Parteien der Minderheiten. Wenig später, am 5. Juli 1990, wurde Václav Havel mit 234 gegen 49 Stimmen in seinem Präsidentenamt bestätigt.

Die Spaltung der ČSFR

Bereits Anfang August 1990 kam es zwischen den damaligen Ministerpräsidenten der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Petr Pithart (Bürgerforum) und Vladimir Mečiar (Öffentlichkeit gegen Gewalt), zu ersten Gesprächen über die zukünftige Kompetenzverteilung zwischen der Föderalregierung und den Landesregierungen. Schon damals war erkennbar, daß die slowakische Elite nach mehr Machtbeteiligung strebte. Das Ende des Kommunismus begriffen die Slowaken als eine Chance, ihren Anspruch auf nationale Selbstbestimmung und staatliche Eigenständigkeit zu verwirklichen. Dies war ihnen bislang vorenthalten worden; ihre Stellung im gemeinsamen Staat war immer schwach gewesen. Schon in der Ersten Republik war die Slowakei wirtschaftlich und kulturell relativ rückständig, weshalb sie im Bewußtsein der Tschechen meist nicht mehr als eine Erweiterung des eigenen Staatsgebietes darstellte. Nach dem gemeinsam errungenen Sieg über den Totalitarismus begannen sich beide Teile der Tschechoslowakei wirtschaftlich, aber auch politisch auseinanderzuentwickeln.

Kommunalwahlen: Verluste der Bürgerbewegung

Nicht nur die nun selbst Regierungsämter bekleidenden führenden Vertreter der Bürgerbewegung mußten einen schleichenden Autoritäts- und Popularitätsverlust hinnehmen, sondern an der Basis selbst setzte ein Aufspaltungs- und Zerfallsprozeß des Bürgerforums (OF) und „Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) ein. Ausdruck dieser Differenzierung in der öffentlichen Meinung war



Alle Versuche, die Tschechoslowakei als föderalistische Republik zu erhalten, scheiterten. Hier ein Treffen von Václav Havel mit dem Führer der slowakischen Nationalisten Vladimir Mečiar 1990.

das Ergebnis der ersten freien Kommunalwahlen seit 1938 am 24. November 1990, bei der sich in der ČR das Bürgerforum trotz großer Stimmenverluste (15 Prozent) zwar noch als stärkste politische Kraft behaupten konnte (35,6 Prozent), hingegen in der Slowakischen Republik „Öffentlichkeit gegen Gewalt" (20,4 Prozent) von der Christlichdemokratischen Bewegung mit 27,4 Prozent übertroffen wurde. Neben dem erfolgreichen Abschneiden der Kommunisten – sie hatten insgesamt 17,4 Prozent der Stimmen erreichen können – beunruhigte vor allem der Zulauf, den die nationalistisch-radikalen Kräfte insgesamt erhalten hatten.

Die Aufspaltung des Bürgerforums kam in Gang, als dessen Vorsitzender, der konservative Finanzminister Klaus, am 12. Januar 1991 die Umwandlung des OF – das vorher aus verschiedenen kleinen Gruppen bestanden hatte – in eine rechtsgerichtete politische Partei („Demokratische Bürgerpartei", OF-ODS) verkündete. Alsbald sonderten sich andere politische Gruppierungen ab, so etwa der „Liberale Club", der sich mit Außenminister Jiří Dienstbier als Vorsitzenden am 27./28. April unter dem Namen „Bürgerbewegung" (OF-OH) als Partei konstituierte. Auch eine „Vereinigung der Sozialdemokraten" ging aus dem ehemaligen Bürgerforum hervor. In der SR hatte sich am 6. März 1991 von der VPN die „Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) unter Vorsitz des damaligen Ministerpräsidenten Vladimir Mečiar abgespalten. Dieser Prozeß war eine konsequente Fortsetzung der Demokratisierung im Sinne der Herausbildung eines pluralistischen Parteienspektrums. In seinem weiteren Verlauf konnten sich jedoch in den beiden Teilrepubliken politische Eliten etablieren, die nicht nur gegensätzliche Ansichten über den weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Reformen vertraten, sondern darüber hinaus zu keinem Kompromiß in der Verfassungsfrage finden konnten.

Slowaken wollen Auflösung der ČSFR

Diese wurde mehr und mehr zu einem Schlüsselproblem in den Beziehungen zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik. Das Föderalparlament, das eigentlich über die staatsrechtliche Neuordnung der Tschechoslowakei befinden sollte, geriet dabei zunehmend in das Abseits der Verhandlungen zwischen Prag und Preßburg über die zukünftigen Kompetenzen und Selbständigkeiten der Teilrepubliken. Besonders in der Slowakei wurde der Konflikt von nationalen Gruppen lautstark inszeniert. Präsident Havel, der in einer eindrucksvollen Rede vor dem Parlament am 17. September 1990 einer Ausweitung der slowakischen Autonomie im Prinzip zugestimmt hatte, andererseits aber in dem von ihm vorgelegten Verfassungsentwurf weiterhin von der Vorstellung eines gemeinsamen Staates ausging und gleichzeitig vor den Folgen eines überzogenen slowakischen Nationalismus für den Demokratisierungsprozeß in der ČSFR warnte, konnte trotz großen persönlichen Engagements keine Annäherung der Konfliktparteien erreichen. Auch der moderate slowakische Ministerpräsident Jan Čarnogurský, der sich von April 1991 bis Juni 1992 an der Spitze einer Koalition zwischen Christdemokraten und einer bürgerlich-demokratischen Abspaltung des slowakischen Bürgerforums um einen abgewogenen Ausgleich zwischen nationaler Souveränität von Tschechen und Slowaken und einer tschechisch-slowakischen Konföderation bemühte, konnte sich nicht die Gunst seiner Landsleute sichern. Vielmehr versteiften sich die Slowaken auf ihre Forderung, durch einen „Staatsvertrag" mit internationaler Rechtsgültigkeit zwei souveräne Republiken der Tschechen und der Slowaken zu begründen und damit die ČSFR aufzulösen. Ein wichtiger Faktor, der die Haltung der slowakischen Bevölkerung entscheidend mitbestimmte, war die Unzufriedenheit mit der wirtschaftli-

chen Situation im Lande. Die von dem Tschechen Václav Klaus begonnene Wirtschaftsreform hatte in der Slowakei aufgrund der ungünstigeren Industriestruktur weit negativere Auswirkungen als im tschechischen Landesteil. Die europaweite Abrüstung, der Zusammenbruch des RGW und die Zahlungsunfähigkeit der osteuropäischen Handelspartner führten zur Schließung vieler Betriebe der in der Slowakischen Republik konzentrierten Rüstungs- und Textilindustrie; auch der Abbau der Subventionen für landwirtschaftliche Produkte traf die stark agrarisch strukturierte Slowakei besonders hart. Dies hatte zur Folge, daß die Arbeitslosenzahl im östlichen Teil der ČSFR doppelt so hoch wie in der Tschechischen Republik war.

Zunehmende Polarisierung

Die finanziellen Probleme, die zunehmende Desillusionierung und schlechten Zukunftsperspektiven führten dazu, daß in der Slowakei Parteien mit nationalistischen und sozialistischen Programmelementen besonders beliebt waren. Dabei erhielt die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS), die Partei Vladimir Mečiars, den weitaus größten Zuspruch, weil er nicht nur für eine gebremste Wirtschaftsreform und staatliche Eingriffe eintrat, sondern auch für die Idee der „Konföderation" warb. In der Tschechischen Republik hingegen war die rechtskonservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) des Finanzministers und Vizepremiers der ČSFR, Václav Klaus, die stärkste politische Partei. Dieser lehnte eine „Konföderation" als nicht lebensfähig und gefährlich für den Reformprozeß ab.

Die sich abzeichnende gesellschaftspolitische Spaltung und Polarisierung zwischen Slowaken und Tschechen bestimmte auch das Ergebnis der Wahlen zum Föderalparlament am 5. und 6. Juni 1992. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 85 Prozent in beiden Teilrepubliken waren erwartungsgemäß in der ČR die „Demokratische Bürgerpartei" (ODS) und in der SR die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) mit jeweils etwa gleich starken Stimmenanteilen (etwa 34 Prozent) als Sieger hervorgegangen. Während für die Slowaken ihr eigenes nationales Befinden im Vordergrund stand, war der Wahlerfolg der ODS um so bemerkenswerter, als die Tschechen trotz des von ihr propagierten harten Kurses beim Übergang zur Marktwirtschaft ihrem Vorsitzenden Klaus mehrheitlich ihre Zustimmung gaben. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen zeigten, daß Tschechen und Slowaken von der zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ihres Landes völlig unterschiedliche Vorstellungen hatten. Beide Seiten wußten, daß dieser gesellschaftspolitische Gegensatz die weitere Existenz des gemeinsamen Staates in Frage stellte.

Havel scheitert bei Präsidentenwahl

Am 2. Juli 1992 ernannte Präsident Havel in Prag die neue Föderalregierung mit Premierminister Jan Stráský an der Spitze. Am gleichen Tag wurde auch die aus Koalitionsparteien gebildete tschechische Regierung unter Ministerpräsident Václav Klaus vereidigt. Am 3. Juli stellte sich Präsident Havel im Föderalparlament zur Wiederwahl. Aber auch in dem noch am selben Tag durchgeführten zweiten Wahlgang scheiterte Havel an den slowakischen Abgeordneten der linksnationalen Parteien, die ihm ihre Stimmen versagten. Diese klare Absage an Havel, der bis zuletzt als überzeugter Föderalist für den Erhalt des gemeinsamen Staates geworben hatte, bestärkte Ministerpräsident Klaus in seiner Absicht, nunmehr die Grundlagen für die Eigenstaatlichkeit der Tschechischen Republik, also vor allem eine eigene Verfassung zu schaffen.

Tschechische Republik und Slowakische Republik

Obwohl die Regierung in Preßburg sich mehr und mehr über die wirtschaftlichen und außenpolitischen Risiken einer unabhängigen Slowakei bewußt wurde, erklärte das Landesparlament die Slowakische Republik am 17. Juli 1992 für souverän. Unmittelbar nach dem Festakt in Preßburg gab Präsident Havel am 20. Juli in Prag seine Rücktrittserklärung bekannt: durch seinen Amtseid zur Erhaltung des gemeinsamen Staates verpflichtet, wolle er nicht mehr länger Verantwortung tragen für eine Entwicklung, auf die er keinen Einfluß mehr habe. Nach Havels Auszug aus der Burg bereiteten die beiden Regierungen in Prag und Preßburg zielstrebig die Auflösung der „Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik" vor.

Zur Entscheidung für eine Auflösung der Föderation auf dem in der Verfassung vorgeschriebenen Weg kam es am 25. November. Nach dem Votum einer knappen Drei-Fünftel-Mehrheit der Parlamentsabgeordneten wurde die Teilung der ČSFR in zwei unabhängige Staaten zum 1. Januar 1993 beschlossen; die Funktion aller föderalen Institutionen und die Existenz einer gemeinsamen Armee sollten demnach am 31. Dezember 1992 um 24 Uhr enden.
Der letzte Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit der beiden Republiken bestand nunmehr in der Verabschiedung neuer Verfassungen. Das slowakische Parlament tat dies Anfang November 1992 mit besonderem Hinweis darauf, daß die Regelungen des Grundgesetzes der Slowakischen Republik dem europäischen Standard der Menschen- und Minderheitenrechte entsprechen. Auch das Parlament der Tschechischen Republik verabschiedete am 17. Dezember mit großer Mehrheit eine eigene Verfassung. In der Präambel bekennen sich ihre Bürger zur Wahrung der Menschenrechte und zur Achtung der Rechtsstaatlichkeit.

Am 17. Dezember 1992 trat in Prag zum letzten Mal das Bundesparlament zusammen und beendete mit einer Feierstunde seine Arbeit. Dabei wiesen einzelne Abgeordnete darauf hin, daß das Trennende zwischen Tschechen und Slowaken am Ende stärker gewesen sei als das Streben nach Einheit. Die slowakischen Redner erklärten, daß die Tschechoslowakei mehr ein Staat der Tschechen als der Slowaken gewesen sei. Einigkeit herrschte über das beiderseitige Interesse an einer guten Zusammenarbeit und an der Integration in Europa.

Am 1. Januar 1993 sind die Tschechische und die Slowakische Republik als Nachfolgestaaten in die Rechte der ČSFR eingetreten. Die Tschechische Republik hat als traditionelle Industrienation bessere Aussichten, wirtschaftlichen Wohlstand und politische Stabilität zu erlangen. Der slowakische Staat kann mit einem ähnlichen Sympathievorschuß nicht rechnen. Angesichts der Unerfahrenheit mancher slowakischer Politiker, starker ethnischer Minderheiten und einer maroden Wirtschaft könnten leicht politische Unruhen entstehen. Die jungen Demokratien schnell in die internationalen Strukturen einzubinden, ist ein dringendes Gebot, dem sich die Westeuropäer nicht entziehen dürfen.

Die Trennung ist vollzogen. Grenze zwischen der Slowakischen Republik und der Ukraine bei Uzhorod.

Fritz Peter Habel

Die Sudetendeutschen nach 1945

Die Aufnahme

Die über 3 Millionen Deutschen hatten seit Jahrhunderten hauptsächlich in kompakter Siedlung zwischen dem tschechischen und dem staatlich verfaßten deutschen bzw. österreichischen Gebiet gelebt. Sie waren überwiegend in großen Transporten im Jahre 1946 in die amerikanische und sowjetische Besatzungszone des damaligen 4-Zonen-Deutschlands gebracht worden.

1946 war Deutschland weit weniger industrialisiert und verkehrsmäßig erschlossen als heute. Überdies waren Wohnungen, Arbeitsplätze, Straßen zum großen Teil zerstört. Eine neue Verwaltung war erst im Aufbau, sie war von den Besatzungsmächten abhängig. Es herrschten Hunger und Not.

Allein in der Zeit von Mitte März bis Mitte November 1946 nahm beispielsweise Bayern wöchentlich soviele besitzlose Sudetendeutsche auf, wie Städte wie Memmingen oder Rosenheim vor diesem Zustrom Einwohner hatten. Aus heutiger Sicht muß bereits die bloße Aufnahmeleistung bewundert werden.

Darüber hinaus mußten die staatlichen Stellen die Flüchtlinge nach Einweisung in Lager und Notunterkünfte und Aushändigung von Lebensmittelkarten weitgehend alleine lassen: Arbeitsplätze gab es kaum, und Wohnungsbauprogramme waren angesichts der allgemeinen Umstände der Zeit völlig undenkbar.

Daß die Millionen Ostdeutschen im damaligen West-Deutschland oft als „Flüchtlinge" angesehen wurden, trug dazu bei, ihr Schicksal als vorübergehend anzusehen. Sie selbst empfanden sich als eine Art von Evakuierten, die für eine gewisse Übergangsperiode in einen anderen Teil Deutschlands gebracht worden waren, bis durch eine baldige Friedenskonferenz die Rückkehr in die Heimat genauso möglich sein würde, wie es den Bombengeschädigten nach Wiederaufbau der Städte freistehen würde, zurückzukehren. Die Flüchtlinge saßen buchstäblich auf gepackten Koffern (sie hatten ohnehin keinen Raum, sie „auszupacken").

Gesellschaftliche Eingliederung

In den Jahren 1946 bis etwa 1950 hatte es seitens der eingesessenen Bevölkerung aus verschiedenen Gründen teilweise deutliche Ablehnung gegen die damals als Flüchtlinge bezeichneten Vertriebenen gegeben: „Nehmt die Wäsche von der Mauer, es kommen die Sudetengau(n)er!" wurde gelegentlich gerufen. Die wirtschaftliche und soziale Lage war für alle katastrophal, aber die Flüchtlinge litten besonders darunter. Daher war für sie der Tag der Währungsreform, der 20. Juni 1948, ein überaus markantes Datum, das die Bedeutung anderer, auch weltpolitisch wichtiger Entwicklungen (zum Beispiel Berlin-Blockade vom 24. 6. 1948 bis 12. 5. 1949; Parlamentarischer Rat der Westzonen vom 1. 9. 1948 bis 8. 5. 1949; Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag am 14. 8. 1949) überschattete. Die Flüchtlinge wollten arbeiten, um aus ihrer Lage herauszukommen. Für das neue Geld waren endlich die jahrelang unerreichbaren Güter, auch schon Wohnungen erhältlich; es gab auch erste, und sei es schlecht bezahlte, Arbeitsmöglichkeiten.

Nunmehr setzte sich allmählich der Ausdruck „Vertriebene" allgemein durch: Man sprach vom „Vertriebenen-Ausweis", vom „Vertriebenen-Gesetz", von „Vertriebenen-Verbänden". (Man sprach allerdings kaum mehr von Vertriebenen-Lagern, weil sie zwar langsam, aber doch weitgehend aufgelöst werden konnten.) Dem Flüchtling war mit warmer Suppe und einem alten Mantel zu helfen versucht worden; die Vertriebenen – so entsprach es dem neuen Verständnis – galt es, mit einem neuen Arbeitsplatz und einer neuen Wohnung am Aufbauprozeß zu beteiligen.

Zwischen 1950 und etwa 1957 lag das sogenannte „Wirtschaftswunder". Ein wichtiger Faktor war das Vorhandensein zahlreicher ausgebildeter und arbeitswilliger Menschen, unter ihnen auch die Sudetendeutschen. Sie brachten zwar weder Maschinen noch Kapital, aber Kenntnisse und Fertigkeiten mit, die den Ausbau bedeutsamer neuer Zweige der Leicht- und Konsumgüterindustrie in der Bundesrepublik ermöglichten. Diese Industriezweige wurden in wirtschaftlich vorher weniger erschlossenen Gebieten aufgebaut: Neu-Gablonz, Waldkraiburg, Traunreut. Ihre Produktion, wie auch Handschuhe aus Offingen bei Günzburg, Musikinstrumente aus Bubenreuth und Damenstrümpfe aus dem Allgäu, ging zunächst aus Devisengründen vornehmlich in das Ausland und später auch auf den deutschen Markt.

Für die Eingliederung von über 2 Millionen sudetendeutscher Vertriebener in der Bundesrepublik Deutschland war dies (die drei Neusiedlungen hatten 1950 ca. 10000 und 1957 ca. 25000 Einwohner) bei aller optischen Wirksamkeit jedoch eher von lokaler Bedeutung. Die Masse der Sudetendeutschen wurde in der Bundesrepublik Deutschland in einem vielschichtigen Prozeß eingegliedert, den eine lang andauernde günstige Konjunktur unterstützte. Daran partizipierten die Sudetendeutschen wie alle anderen Bürger der Bundesrepublik.

Als sich schließlich mit der Sozialgesetzgebung spezifischer Art (z. B. Lastenausgleichsgesetz ab 1952, Fremdrentengesetz von 1956) sowie der allgemeinen Rentenreform und -dynamisierung von 1957 die materielle Lebensbasis auch der nicht (mehr) Arbeitenden stabilisierte, konnten wichtige Eingliederungsaspekte als im wesentlichen gelöst angesehen werden. Daran hatten sudetendeutsche Bundestagsabgeordnete, wie der spätere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, bedeutenden Anteil.

Die Sudetendeutschen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

Diese Aussagen gelten vorrangig für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Von den circa 3,1 Millionen Sudetendeutschen im Jahre 1950 lebten rund 170000 in Österreich, aber auch etwa 900000 im Gebiet der DDR und um die 250000 im sudetendeutschen Heimatgebiet der ČSR. Die beiden letzten Personengruppen hatten ein anderes Schicksal.

Die Sudetendeutschen in der SBZ/DDR

Die anfängliche Lage der Sudetendeutschen in der Sowjetzone war zwiespältig. Schon vor dem Hauptzeitpunkt ihres Eintreffens hatte zum Beispiel die Landesverwaltung Sachsen festgelegt (6. 10. 1945), daß die Flüchtlinge als „Umsiedler" zu bezeichnen seien. Andererseits erklärte die in der SBZ führende „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" noch viel später (September 1946), „daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden". Noch im März 1947 meinten Pieck und Grotewohl, die führenden Köpfe der SED, ihre Partei billige die Grenzziehung im Osten ebensowenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde. Erst im Zusammenhang mit der Formierung des unter Moskaus Führung stehenden Ostblocks wurde im Prager Abkommen (23. 6. 1950) dann die Vertreibung der Sudetendeutschen von der damaligen DDR nicht nur als „endgültig" anerkannt, sondern auch als „gerecht" bezeichnet.

Die Sudetendeutschen in der ČSR/ČSSR

Rund 200000 Sudetendeutsche waren von der Vertreibung bis Ende 1946 überhaupt nicht erfaßt worden. Es handelte sich vor allem um Facharbeiter, die in der ČSR zurückgehalten wurden. Sie waren in den ersten Jahren völlig rechtlos: Die Verfassung vom 9. Mai 1948 machte die Deutschen zum „Urfeind" der Slawen.

Im April 1948 wurde eine Regierungsverordnung erlassen, die es deutschen Antragstellern mit festem Wohnsitz in der Tschechoslowakei unter bestimmten Auflagen erlaubte, um die „Rückgabe" der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft „nachzusuchen". Durch ein Gesetz vom 24. April 1953 wurden dann alle Personen deutscher Nationalität, die ihren Wohnsitz in der ČSR hatten, zu tschechoslowakischen Staatsbürgern.

Das Verfassungsgesetz über die rechtliche Stellung der nationalen Minderheiten (vom 27. 10. 1968) gab zwar auch den Deutschen erstmals den Nationalitätenstatus; zur Errichtung eigener Schulen, die anderen Nationalitäten in der Tschechoslowakei zugestanden wurden, führte dies jedoch nicht. Positive Folge des Gesetzes war, daß ab Frühjahr 1968 ein Zusammenschluß von Deutschen zum „Kulturverband tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität" erfolgen durfte, der auch nach der Intervention der Staaten des Warschauer Paktes in der ČSSR im August 1968 bestehen blieb.

Die jeweilige Zahl der Deutschen in der ČSR/ČSSR, also einschließlich der Karpatendeutschen, wurde in den offiziellen Statistiken angegeben. Viele Berichte belegten jedoch, daß die ČSSR-Behörden vor allem jüngere Deutsche dazu veranlaßten, sich als Tschechen zu erklären, um eine vernünftige Schulbildung und angemessene Arbeitsplätze zu erhalten. Auch die Zahl der nunmehr als „Aussiedler" bezeichneten Vertriebenen ließ an den offiziellen Angaben zweifeln. Ende 1977 erklärte die Regierung der ČSSR, es gäbe nur noch 3540 aussiedlungswillige Deutsche. Seit damals reisten jedoch bis 1990 mehr als 13 000 Aussiedler in die Bundesrepublik ein. Oft umgingen sie die sonst nach Beantragung der Ausreiseerlaubnis einsetzenden Diskriminierungen der damaligen ČSSR-Behörden dadurch, daß sie als Besucher die Heimat verließen, um sich erst in der Bundesrepublik Deutschland als Aussiedler registrieren zu lassen.

1950 waren bei der Volkszählung in der ČSR noch über 165 000 Deutsche erfaßt worden. Bis 1990 stellte man in der Bundesrepublik rund 102 000 Aussiedler aus der ČSR/ČSSR/ČSFR fest. Unter Berücksichtigung von über 40 Jahren ohne deutsche Schulen war es ganz natürlich, daß bei der Volkszählung der ČSFR am 3. 3. 1991 nur mehr circa 50 000 Deutsche in der heutigen Tschechischen Republik und der Slowakei ermittelt wurden.

Die Entwicklung bis zum 1. Prager Vertrag von 1973

Die politischen Grundprinzipien der Sudetendeutschen, wie aller deutschen Vertriebenen, waren Verzicht auf Rache und Vergeltung, aber Wiedergutmachung der Vertreibungsschäden sowie das Recht auf die Heimat und auf Selbstbestimmung. Staatliche Stellen, alle politisch relevanten Kräfte und praktisch die gesamte öffentliche Meinung in der Bundesrepublik stimmten diesen Prinzipien zunächst zu. Die Eingliederung der Sudetendeutschen, wie aller Vertriebenen, verlief insbesondere wegen des „deutschen Wirtschaftswunders" jedoch derart erfolgreich, daß nach Ansicht vor allem der Massenmedien, aber auch immer weiterer Kreise der Öffentlichkeit diesen Anliegen der Vertriebenen die Basis entzogen wurde. Man kann die damit vertretene These wie folgt charakterisieren: Vertreibungen sind sicherlich verwerflich, aber dann hinzunehmen, wenn die Überlebenden materiell saniert sind. Trotz zahlreicher Hinweise wurde übersehen, daß durch diese Relativierung zu weiteren „Vertreibungen", um 1990 würde man sagen „ethnischen Säuberungen", geradezu aufgefordert wurde.

Unterzeichnung des 1. Prager Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen. V. l.: Außenminister W. Scheel, Bundeskanzler W. Brandt, Ministerpräsident L. Štrougal, Außenminister B. Chnoupek.

Anfang der sechziger Jahre begann die politische Linie der Bundesregierung sich zu wandeln. Der neue (ab 16. 10. 1963) Bundeskanzler Erhard signalisierte die Diskussionsbereitschaft zum Beispiel über die Hallstein-Doktrin und erklärte, das Münchner Abkommen „ist von Hitler zerrissen worden" (11. 6. 1964).

Zeitlich parallel dazu vertraten zunächst kleinere (evangelische) Gruppen im Tübinger Memorandum (1961) und in einer Schrift des (katholischen) „Bensberger Kreises" (1966) den Gedanken, auf Ostdeutschland einschließlich des Sudetengebietes zu verzichten. Die Überlegung erhielt dann durch eine Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) im Jahre 1965 allgemeine, christlich motivierte Breitenwirkung.

Seit Dezember 1966 amtierte in der Bundesrepublik die Regierung der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger, in der die SPD das Außenministerium mit ihrem Parteivorsitzenden Brandt besetzte. Sie brachte schon in der Regierungserklärung (vom 13. 12. 1966) den Wunsch nach „Verständigung" mit der Tschechoslowakei zum Ausdruck, erklärte das Münchner Abkommen für „nicht mehr gültig", erinnerte aber auch an die „Obhutspflicht gegenüber unseren sudetendeutschen Landsleuten".

Nunmehr nannten die kommunistischen Staatsparteien des Ostblocks ihre Bedingungen (in Karlsbad am 26. 4. 1967): Die Respektierung der „realen Lage" in Europa bedeute die „Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa", auch der „zwischen den beiden deutschen Staaten" sowie die „Normalisierung der Beziehungen zwischen der besonderen politischen Einheit Westberlin und der DDR" und die „Anerkennung, daß das Münchener Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist".

Die der Regierung Kiesinger folgende Sozial-Liberale Koalition aus SPD und FDP unter (ab 21. 10. 1969) Bundeskanzler Brandt ging dann im Rahmen von 4-Mächte-Verhandlungen über ein Berlin-Abkommen (vom September 1969 bis 3. 6. 1972) an die Realisierung einer „neuen deutschen Ostpolitik" durch fast gleichzeitige Verhandlungen mit Moskau (vom Januar bis 12. 8. 1970), Warschau (vom Februar bis 7. 12. 1970), Ost-Berlin über einen Verkehrs- und einen sogenannten Grundvertrag (vom November 1970 bis 21. 12. 1972) und später auch Prag (vom Mai bis 11. 12. 1973).

Der zunächst als „Normalisierungsabkommen" bezeichnete Prager Vertrag von 1973 ist vor dem Hintergrund dieses Vertragsgeflechtes als Niederschlag folgender Auffassungen zu werten:

Bloße Rechtsansprüche, ohnedies nur durch neuerliche Vertreibungen zu realisieren, seien in der praktisch/pragmatischen Politik nichts wert und überdies durch die Verbrechen des NS-Regimes für alle Zeiten verspielt. Nach der Versöhnung mit den Völkern Westeuropas müsse man dies auch mit Osteuropa tun. Vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag (19. 11. 1972) erhöhten die Mandatszahlen von SPD und FDP, die diese „neue Ostpolitik" auch mit dem Argument vertraten, zu ihr gäbe es „keine Alternative".

Dem Vertragsabschluß waren ab Oktober 1970 Vorgespräche vorausgegangen, in denen die Verteibung der Sudetendeutschen aus den zu regelnden Fragen ausgeklammert und eine dem vorausgegangenen Grundvertrag der Bundesrepublik mit der DDR (21. 12. 1972) vergleichbare Grenzgarantie vereinbart wurde. Hauptthema war der Versuch der ČSSR-Repräsentanten, für das Münchener Abkommen die Formel „ungültig von Anfang an" durchzusetzen, um das Sudetenproblem aus jedem zukünftigen Friedensvertrag herauszuhalten. Dem konnten die Vertreter der Bundesrepublik nicht zustimmen, da mit einer derartigen Festlegung auch zum Beispiel jede im Sudetengebiet zwischen 1938 und 1945 geschlossene Ehe nichtig geworden wäre. Nach langen Verhandlungen einigte man sich: die Vertragspartner betrachten das Abkommen „nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig".

Von 1973 bis zur „samtenen Revolution" 1989

Generell hatte der Vertrag im Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen eigentlich kaum merkbare Auswirkungen.

Eine der Folgeerscheinungen der Niederschlagung des „Prager Frühlings" durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 war die vierte große Exilwelle von Tschechen im 20. Jahrhundert. Sie löste politische Wirkungen aus, indem sie Begegnungen von Sudetendeutschen mit Tschechen ermöglichte, die unbelastet von der Beteiligung an beziehungsweise Rechtfertigung der Vertreibung waren. In einigen Konferenzen (so zum Beispiel in einem Symposion in Franken am 26. 2. 1978 und einer Studientagung in Endorf/Oberbayern im Dezember 1979) fanden offene Dialoge zwischen Tschechen und Sudetendeutschen über die unterschiedlichen Bewertungen des eng miteinander verwobenen beiderseitigen Schicksals statt.

Einen anderen Impuls sollte dann das Abschlußdokument der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" vom 1. August 1975 geben. KPdSU-Chef Breschnew hatte es vor allem zur juristischen Fixierung des Sowjetimperiums in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Teilung unterschrieben. Die vom Westen dafür verlangte neuerliche Anerkennung von Menschenrechten erschien nicht nur den KP-Führungen im Ostblock als ein geringer Preis: Schließlich hatten sie die gleichen Rechte bereits im „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte", einer UN-Konvention (vom 19. 12. 1969), mitbeschlossen, ohne daß dies irgendetwas bewirkt hätte. Als allseits unvorhergesehener Effekt trat jedoch ein, daß tschechische und slowakische Intellektuelle die Unterzeichner beim Wort nahmen: In der „Charta '77" (vom 1. 1. 1977) begannen sie damit, öffentlich von ihrer eigenen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. Sie wurden zwar sofort hart verfolgt, hielten jedoch ihre Organisation im Untergrund aufrecht. Ihr Vorgehen wurde von polnischen und ungarischen Gesinnungsgenossen und natürlich auch von den Sudetendeutschen aufmerksam verfolgt. Man beachtete, daß ein von „Chartisten", darunter Václav Havel und Jiři Dienstbier, unterzeichneter „Prager Aufruf" (11. 3. 1985) dazu aufforderte, die Teilung Deutschlands auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes und ohne Grenzrevision zu überwinden. Dienstbier, ein als Heizer beschäftigter Publizist mit Berufsverbot, empfahl darüber hinaus in seinem 1986 im Untergrund erschienenen Buch „Träumen von Europa" die tausendjährige Erfahrung der Deutschen und ihre aktuelle Praktizierung des Föderalismus als Blaupause einer „europäischen Ordnung gleichberechtigter Völker". Diese Gedankengänge fortführend stellte dann im Dezember 1987 ein Prager Autor in einer Pariser Zeitschrift die Frage, ob die „hierher" gehörigen „Sudetendeutschen aus der Geschichte, die ihnen einen noch böseren Streich als uns spielte, die richtigen Lehren gezogen" hätten. Als Jüngerem ginge es ihm „um die Zukunft, um das, was geschehen könnte, wenn ..."

Die neueste Entwicklung

Die der „Wende" in der ehemaligen DDR folgende „samtene Revolution" in der ČSSR, der Zerfall des bisherigen Ostblocks sowie die Wiedervereinigung Deutschlands haben die politischen Verhältnisse in Mitteleuropa völlig verändert. Eine neue Außenpolitik ist möglich geworden, die einerseits den territorialen Zustand ab 1945/46 vertraglich neuerlich festgeschrieben, andererseits ein beachtliches Wandlungspotential im Verhältnis von Tschechen und (Sudeten-)Deutschen freigesetzt hat.

Die seit Mitte 1990 praktisch offene Grenze zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik führte zu verstärkten Reisen in beiden Richtungen; alte und neueröffnete Grenzübergänge hatten schnell einen stark ansteigenden Verkehr zu bewältigen. Durch die im Vergleich sehr niedrigen Arbeitskosten zu Deutschland wurden zahlreiche deutsche Unternehmer zu Investitionen vor allem im nahen Böhmen veranlaßt. Von tschechischer offizieller Seite wurde das deutsche Kapital und Know-how als Teil der westlichen Hilfe bei der Neustrukturierung der Wirtschaft begrüßt. In der Öffentlichkeit waren jedoch bald Stimmen zu hören, die vor der „Germanisierung" der tschechischen Wirtschaft warnten.

Diese Tendenzen vollzogen sich vor dem Hintergrund der neuakzentuierten Sudetenfrage: Bereits vor seiner Wahl hatte dazu Präsident Václav Havel (am 23. 12. 1989) seine Ansicht markiert: „Ich möchte mich mit diesem Thema nicht befassen, mir steht nur zu, meine Ansicht zu äußern. Ich denke, daß die Grenze der Tschechoslowakei nicht geändert werden darf. Ich denke, daß keiner der abgeschobenen Sudetendeutschen zurückkommen dürfte, aber ich denke, daß wir den Deutschen gegenüber, die nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschoben wurden, verpflichtet sind, uns zu entschuldigen. Das war ein Akt sehr harter Trennung einiger Millionen Menschen von ihrer Heimat, und es war genau genommen etwas Böses, das zur Vergeltung von vorangehendem Bösen geschah. Und ich denke, daß wir, wenn wir Böses mit Bösem beantworten, das Böse nur weiter und weiter verlängern. Das ist freilich, ich wiederhole nochmals, meine private Ansicht. Zu welchem Ergebnis die gesetzgebenden Körperschaften, die Regierung, Fachkommissionen und die Öffentlichkeit gelangen, ist eine andere Sache" („Rudé Právo vom 3. 1. 1990).

Im Gegenzug hatten der Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat (am 23. 2. 1990) ihre Solidarität mit der freiheitlichen Entwicklung „in der Heimat" und Gesprächsbereitschaft zu „fortschrittlichen und reformerischen Kräften" betont, wobei Havels Erklärung als „Grundlage für künftige Gespräche" begrüßt wurde. Dann hieß es: „Eine zukünftige Lösung der sudetendeutschen Frage gründet auf dem Recht auf die Heimat und dem Selbstbestimmungsrecht, wie es bereits in der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die weiterhin Gültigkeit besitzt, heißt ... Nur diejenige Lösung ist die beste, der sowohl Tschechen als auch Sudetendeutsche frei zustimmen können ... Die Feststellung, wonach die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei erhebt, schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus."

Es war bald zu erkennen, daß die Erwartungen der sudetendeutschen Organisationen in der offiziellen ČSFR keinerlei Echo fanden. Havel verurteilte trotz teilweise wütender Proteste vor allem rechts- und linksradikaler Kreise die Deutschenvertreibung von 1945/1946 weiterhin aus prinzipiellen Gründen. Im Gegensatz zur Haltung der ungarischen und der slowakischen Regierung, die Wiedergutmachung anboten oder signalisierten, blieben jedoch die ČSFR- und die (ab 1. 1. 1993) ČR-Regierung auf hartem Kurs: In einem Regierungspapier zur Ratifizierung des 2. Prager Vertrages (vom 27. 2. 1992) wurde die als Unrecht bezeichnete Vertreibung auf den Zeitraum vor dem 2. 8. 1945 (das heißt von der Potsdamer Konferenz der Alliierten Großmächte) eingeschränkt und zugleich für die tschechischen „Rückwanderer" aus dem Sudetengebiet nach dem 1. 10. 1938 in Anspruch genommen. Dagegen gab es Proteste

und Richtigstellungen bei der Ratifizierung im Deutschen Bundestag.

Zum Vertrag in seiner Gesamtheit meinten zum Beispiel die Delegierten des Sudetendeutschen Priesterwerkes (im März 1992), er sei aus Sicht der Sudetendeutschen nicht befriedigend; „wir sudetendeutschen Priester teilen diese Enttäuschung ... Auch und gerade aus moralischer Sicht haben unsere Gläubigen vom Vertrag mehr erwartet". Aus rechtlicher Sicht hatte bereits vorher (27. 8. 1991) ein Gutachten des österreichischen Völkerrechtlers Ermacora die 1945/46 erfolgte Enteignung und Vertreibung der Deutschen in der ČSR als „unverjährbaren Völkermord" gewertet.

Die ČSFR hatte die Organisationen der Sudetendeutschen trotz deren Gesprächsbereitschaft stets umgangen. Nach Studium der deutschen Regelungen zur Vermögensfrage in der ehemaligen DDR, die als Enddatum der Rückgabe den 31. 12. 1949 vorsahen, hatte Prag den 25. 2. 1948, das Datum des KP-Putsches, festgelegt. Dann waren die seit 1945 im Staatsbesitz befindlichen Wohnhäuser und Betriebe durch Versteigerungen „privatisiert" worden, ohne Rücksicht darauf, ob sie 1938 zum Beispiel Juden, später emigrierten Demokraten oder den noch später vertriebenen Sudetendeutschen gehört hatten. Zum Nachbarschaftsvertrag von 1992 war dann in einer weiteren Note festgestellt worden: „Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen". Damit war ein Dissens festgeschrieben.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hatte gegen das ČSFR-Vorgehen zeitgerecht protestiert. Bisher nicht in der Verfügungsgewalt einzelner Tschechen, sondern in der des Staates stehendes sudetendeutsches Eigentum dürfe nicht gerade dann an Privatpersonen verkauft werden, wenn die ČSFR glaubwürdig zu demokratischen Grundprinzipien zurückkehren wolle, zu denen auch das Eigentumsrecht gehöre, die Versteigerungen seien deshalb doppelt illegitim. Später (8. 2. 1993) beschlossen Israel und der Jüdische Weltkongreß, auch von der Tschechischen und der Slowakischen Republik die vollständige Rückgabe der Vermögen nach dem Stand von 1938 zu verlangen. Zwischenzeitlich hatte die ČR festgelegt, wenigstens den heimatverbliebenen Sudetendeutschen ihren landwirtschaftlichen Grundbesitz ohne Rücksicht auf das Datum 25. 2. 1948 zurückzugeben.

Die „samtene Revolution" von 1989 hatte für sie darüber hinaus weitere wichtige Auswirkungen. Der bisherige „Kulturverband tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität", der für sie eingerichtet worden war und in rund 60 Ortsgruppen ca. 10000 Mitglieder umfaßte, blieb nach der „Wende" völlig vom KP-Denken beherrscht. Die Herstellung seiner „Prager Volkszeitung" wurde deswegen sogar von tschechischen Druckern verweigert. Daher organisierte sich zunächst als deutsche Sektion des „Bürgerforums" ein „Verband der Deutschen in der Tschechoslowakei", der „Bürgern der ČSFR und Deutschen mit ständigem Wohnsitz in der ČSFR offensteht"; die Leitung übernahm zunächst der heimatverbliebene Sudetendeutsche und ČR-Abgeordnete Piverka. Später erfolgte eine Neugründung zum „Verband der Deutschen/Kulturverband" (VdD/KV; 20. 10. 1990) und schließlich die Schaffung einer demokratisch gewählten „Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien" (7. 11. 1992), der vom ČR-Innenministerium eine gesonderte Rechtsstellung zuerkannt wurde (19. 1. 1993).

Der 2. Prager Vertrag von 1992 hat für die heimatverbliebenen Sudetendeutschen (in Artikel 20) lediglich die KSZE-Minderheitenrechte vom 29. 6. 1990 bindend vereinbart. Damit ist deutlich hinter den Minderheitenschutzvertrag von 1919 zurückgegangen worden: Den Deutschen in der heutigen ČR ist jetzt weder Grundschulunterricht ihrer Kinder noch Verteidigung vor Gericht in ihrer Muttersprache gewährleistet. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft dürfte im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht bleiben, ihre Landsleute in der ČR zu unterstützen.

Diese könnten Teil einer wichtigen Brückenfunktion der Sudetendeutschen sein. Zahlreiche Begegnungen einzelner Deutscher und Tschechen zeigten, daß bei ihnen vorhandene Sprachkenntnisse für den Übergang von neuentdeckter Nachbarschaft zu sachlicher Partnerschaft hohen Stellenwert haben. Elemente derartiger Zusammenarbeit deuteten sich in den letzten Jahren in vielfältiger Form an: Gemeinsame Ausstellungen und Schriftstellertreffen erfolgten, zerstörte Denkmäler, eingeebnete Friedhöfe und verfallene Kirchen im Sudetengebiet wurden gemeinsam restauriert. Tausende Tschechen erhielten in Deutschland (und Österreich) Dauerarbeitsplätze. Grenzüberschreitende, komplexe Zusammenarbeit in Form sogenannter Euroregios im Egerland, in Nordböhmen und im Böhmerwald führten zu Konzepten von gemeinsamer Katastrophen- und Nachbarschaftshilfe sowie Landschaftspflege durch Naturparks und Umweltschutz.

Es ist zu hoffen, daß diese Ansätze zu einer neuen qualitativen Veränderung des Verhältnisses von Deutschen und Tschechen führen werden.

Literaturhinweise

Bosl, Karl (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder,* 4 Bände, Hiersemann Verlag, Stuttgart 1966–1970.

Böse, Oskar / Eibicht, Rolf-Josef (Hrsg.): *Die Sudetendeutschen – Eine Volksgruppe im Herzen Europas. Von der Frankfurter Paulskirche zur Bundesrepublik Deutschland,* Verlagshaus Sudetenland, München 1989.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV, hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei, 2 Bände, München 1984. Auch dtv 3273.

Franzel, Emil: *Sudetendeutsche Geschichte.* Eine volkstümliche Darstellung, Kraft Verlag, 9. Auflage, Mannheim 1990.

Habel, Fritz Peter: *Die Sudetendeutschen. Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat,* Band I, Langen Müller Verlag, München 1992.

ders.: *Dokumente zur Sudetenfrage,* Langen Müller Verlag, 4. Auflage, München 1984.

Hoensch, Jörg: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1978,* Kohlhammer Verlag, 3. erw. Auflage, Stuttgart 1992.

Jaksch, Wenzel: *Europas Weg nach Potsdam,* Langen Müller Verlag, 4. Auflage, München 1990.

Mamatey / Luža: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1948,* Böhlau Verlag, Wien 1980.

Mlynař, Zdeněk: *Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings,* Athenäum Verlag, Königstein 1988.

Mühlfenzl, Rudolf: *Geflohen und vertrieben – Nach der Fernsehdokumentation Flucht und Vertreibung,* Athenäum Verlag, Königstein 1981.

Nawratil, Heinz: *Vertreibungsverbrechen an Deutschen – Tatbestand, Motive, Bewältigung,* Universitätsverlag, München 1982. Auch Ullstein TB 33084 (1987).

Norden, Peter: *Prag 21. August. Das Ende des Prager Frühlings,* München 1977.

Prinz, Friedrich: *Geschichte Böhmens 1848–1948,* Langen Müller Verlag, 2. Auflage, München 1991. Auch Ullstein TB 34707.

Raschhofer, Hermann / Kimminich, Otto: *Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart,* Olzog Verlag, 2. Auflage, München 1988.

Richter, Walli: *Letzte Tage im Sudetenland,* Langen Müller Verlag, München 1989.

Rouček, Libor: *Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989,* tuduv-Verlagsgesellschaft, München 1990.

Wenzke, Rüdiger: *Prager Frühling – Prager Herbst. Zur Intervention der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in der ČSSR 1968. Fakten und Zusammenhänge,* Berlin 1990.

Zayas, Alfred M. de: *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten,* Kohlhammer TB, Stuttgart 1987.

ders.: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen,* Beck Verlag, München 1981.

Informationen zur politischen Bildung

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Schüller.

Manuskripte und Mitarbeit: Verena Artz, Bonn; Heinz Blatt, Bonn; Babette Claas, München; Dr. Fritz Peter Habel, Grafing bei München; Dr. Helmut Kistler, München; Horst Pötzsch, Bonn; Carola Schüller, Bonn.

Titelbild: Jürgens, Ost+Europa-Photo.

Fotos: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (S. 2, 4); dpa (S. 10, 12, 29, 34, 36 links, 47, 48 unten); Keystone (S. 17, 21, 33 oben, 37, 39, 41 oben, 42, 45, 48 oben, 49, 50, 51, 52); Süddeutscher Verlag (S. 8, 9, 11, 13, 14, 19, 24, 26, 32, 35, 36 rechts, 46); Ullstein (S. 5, 6, 15, 20, 22, 27, 33 unten, 38, 41 unten, 43, 54).

Kartographie: Adolf Westerdorf, Bonn-Bad Godesberg.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH, Karlstraße 35, 8000 München 2.

Druck: Bruckmann, München.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage 200000.

2. aktualisierte Auflage.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: April 1993.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr zur Verfügung.